

ifo Dresden berichtet

Aktueller Kommentar

- *Joachim Ragnitz*
Konsolidierung der öffentlichen Haushalte:
Subventionsabbau nicht vernachlässigen

Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Johannes Steinbrecher und Björn Ziegenbalg*
Regionale Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise am Beispiel der sächsischen Landkreise
- *Christian Thater*
Auswirkungen des demographischen Wandels auf die kommunalen Ausgaben im Freistaat Sachsen
- *Joachim Ragnitz*
Wirtschaftspolitische Aufgaben in Ostdeutschland
- *Horst Penzkofer und Heinz Schmalholz*
Innovationskraft der sächsischen Industrie hilft bei der Krisenbewältigung
- *Wolfgang Nierhaus*
Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das zweite Quartal 2009

Im Blickpunkt

- *Robert Lehmann*
Die Strukturen der Ausfuhr in Deutschland: ein Vergleich zwischen neuen und alten Bundesländern



16. Jahrgang (2009)
Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e. V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,
Telefon: 0351 264760, Telefax: 0351 26476-20
E-Mail: dresden@ifo.de
Internet: <http://www.ifo-dresden.de>
Redaktion: Joachim Ragnitz
Technische Leitung: Anja Ziesche
Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Bezugspreis jährlich: 25,00 €
Preis des Einzelheftes: 5,00 €
Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten
Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.
Grafik Design: © ifo Institut München
Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden
Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):
Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung
eines Belegexemplares.

ifo Dresden berichtet 5/2009

Aktueller Kommentar

Konsolidierung der öffentlichen Haushalte: Subventionsabbau nicht vernachlässigen

3

Joachim Ragnitz

Aktuelle Forschungsergebnisse

Regionale Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise am Beispiel der sächsischen Landkreise

4

Johannes Steinbrecher und Björn Ziegenbalg

Die weltweite Finanzkrise, welche Anfang 2009 ihren bisherigen Höhepunkt erreichte, hat auch die deutsche Realwirtschaft negativ betroffen. Auch der Freistaat Sachsen kann sich von der weltwirtschaftlichen Entwicklung nicht abkoppeln. Für das laufende Jahr muss nach aktuellen Einschätzungen mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 5,5 % gerechnet werden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die einzelnen sächsischen Landkreise unterschiedlich stark von der Rezession betroffen sind, da sie sich hinsichtlich ihrer Wirtschaftsstruktur teilweise deutlich unterscheiden. Der vorliegende Artikel soll die individuelle Betroffenheit am Beispiel der sächsischen Kreise darstellen und mögliche Erklärungen für die regionalen Unterschiede liefern.

Auswirkungen des demographischen Wandels auf die kommunalen Ausgaben im Freistaat Sachsen

13

Christian Thater

Die Bevölkerung des Freistaates wird bis zum Jahr 2020 um etwa acht Prozent zurückgehen, wobei diese landesweite demographische Entwicklung in den Teilregionen Sachsens jedoch durchaus heterogen verläuft. Der demographische Wandel hat tiefgreifende Konsequenzen für die Einnahmen- wie auch die Ausgabenseite der kommunalen Haushalte. Durch den Einwohnerrückgang im Land werden in Zukunft den Kommunen insgesamt weniger Mittel zur Verfügung stehen, da die Einnahmen des Freistaates sehr stark an die Bevölkerungszahl gekoppelt sind. Dies kann auch auf der Ausgabenseite nicht ohne Folgen bleiben. Der vorliegende Beitrag widmet sich der Frage, ob es für die Kommunen überhaupt möglich ist, ihre Ausgaben im Gleichschritt mit der schrumpfenden Bevölkerung zu senken. Die Ergebnisse zeigen, dass in wichtigen Bereichen des öffentlichen Leistungsangebots Kostensenkungen sehr gut realisierbar sind.

Wirtschaftspolitische Aufgaben in Ostdeutschland

21

Joachim Ragnitz

Zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR wird vielfach Bilanz der wirtschaftlichen Entwicklung seither gezogen. Unbestritten ist, dass im Vergleich zur Situation in der DDR vieles besser geworden ist; unbestritten ist aber auch, dass nicht alle zu Beginn des Vereinigungsprozesses gehegten Erwartungen in Erfüllung gegangen sind. In vielen Bereichen der Wirtschaft gibt es nach wie vor einen deutlichen Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland, und die weitere Annäherung gesamtwirtschaftlicher Indikatoren an westdeutsche Werte kommt nur noch schleppend voran. Da die „Angleichung der Lebensverhältnisse“ nach wie vor politisches Ziel ist, stellt sich die Frage, welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen hierfür erforderlich sind. Der Beginn einer neuen Legislaturperiode im Bund, aber auch in mehreren ostdeutschen Ländern gibt Anlass, hierüber verstärkt nachzudenken. Im vorliegenden Papier werden nach einer Bestandsaufnahme bisheriger Entwicklungen hierfür verschiedene Ansatzpunkte vorgeschlagen.

Innovationskraft der sächsischen Industrie hilft bei der Krisenbewältigung **30**

Horst Penzkofer und Heinz Schmalholz

Begünstigt durch ein sich dynamisch entwickelndes wirtschaftliches Umfeld nahm in den Jahren 2005 bis 2007 die Innovationstätigkeit in der deutschen Industrie stetig zu und die Innovationsbudgets wuchsen. Der Mitte 2008 durch die Finanzkrise verursachte globale Konjunkturabschwung hatte auch für das Innovationsgeschehen in Deutschland negative Folgen, die sich allerdings noch in moderaten Größenordnungen hielten. Für 2009 wird infolge der sich bis Jahresmitte verschärfenden rezessiven Entwicklung mit einer starken Beeinträchtigung der Innovationsneigung zu rechnen sein. Eine aktuelle Studie zeigt jedoch, wie wichtig gerade in der Krise Wissen und Innovationsfähigkeit als Voraussetzungen für prosperierende Regionen sind. Im vorliegenden Beitrag wird analysiert, wie sich das Innovationsgeschehen in der sächsischen Industrie vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Situation der Jahre 2007 und 2008 entwickelt hat.

Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das zweite Quartal 2009 **40**

Wolfgang Nierhaus

Mit der hier vorgestellten Vierteljahresrechnung liegen erstmals Ergebnisse für die Wirtschaftsleistung im Freistaat Sachsen für den Zeitraum I/1996 bis II/2009 vor. Die vierteljährlichen Angaben sind mit den amtlichen Jahresdaten des Arbeitskreises VGR d. L. konsistent und zusätzlich auf das kürzlich veröffentlichte amtliche Ergebnis für das erste Halbjahr 2009 abgestimmt. Die Ergebnisse zeigen, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Vierteljahr 2009 erneut deutlich unter dem Stand des Vorjahres gelegen hat (-5,3 %). Im ersten Quartal betrug das Minus sogar 6,0 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Sachsen wies aber zuletzt im Vergleich zu den vorangegangenen, stark rezessionsgeprägten Quartalen erste Stabilisierungstendenzen auf.

Im Blickpunkt

Die Strukturen der Ausfuhr in Deutschland: ein Vergleich zwischen neuen und alten Bundesländern **45**

Robert Lehmann

Eine wichtige Triebkraft für die positive wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland der letzten Jahre war der Export. Die starke Außenhandelsverflechtung der deutschen Wirtschaft wird in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise jedoch immer mehr zu einer Belastung. Aufgrund der starken Auslandsabhängigkeit geriet der Motor der deutschen Konjunktur ins Stocken. Vor diesem Hintergrund analysiert der Beitrag die ostdeutschen Ausfuhrstrukturen und vergleicht diese mit denen der westdeutschen Bundesländer. Der Beitrag schließt mit einer Einschätzung, wie diese Ausfuhrstrukturen in Zeiten der globalen Wirtschaftskrise wirken.

Daten und Prognosen

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich **51**

Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest **53**

Aus der ifo Werkstatt

ifo Veranstaltungen **56**

ifo Vorträge **57**

ifo Veröffentlichungen **58**

Konsolidierung der öffentlichen Haushalte: Subventionsabbau nicht vernachlässigen

Joachim Ragnitz*

Ein wichtiges Thema bei den aktuellen Koalitionsverhandlungen um die Schwerpunkte der Politik für die nächste Legislaturperiode ist die Finanzpolitik. Einerseits stehen CDU/CSU und FDP gegenüber ihren Wählern in der Pflicht, die versprochenen Steuerentlastungen zu realisieren, andererseits sehen sie sich enormen Schulden gegenüber, die die Gestaltungsspielräume der Politik zunehmend einschränken. Da verwundert es, dass der Abbau von Subventionen bislang offenbar noch nicht als Mittel zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Betracht gezogen wurde.

Allein beim Bund betragen die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen ausweislich des aktuellen Subventionsberichts der Bundesregierung rund 21 Mrd. € (Angaben für 2008). Hinzu kommen Subventionen der Länder und Gemeinden, sodass sich das maximale Einsparvolumen für alle föderalen Ebenen auf fast 50 Mrd. € beläuft. Selbst wenn man berücksichtigt, dass hierin auch Kredite und Sonderabschreibungen enthalten sind, die keine dauerhaften Mehrausgaben bzw. Minderausgaben für den Staatshaushalt bedeuten, und dass manche Subventionen durchaus auch ihre Berechtigung haben, scheint das Einsparpotenzial doch enorm.

Ein Ärgernis sind dabei insbesondere die Steuervergünstigungen – diese beliefen sich im Jahr 2008 bei Bund und Ländern zusammengenommen auf fast 27 Mrd. € und damit auf mehr als die Hälfte aller gewährten Subventionen. Steuervergünstigungen mögen aus Sicht der Empfänger gewisse Vorteile aufweisen; aus

ökonomischer Sicht sind sie hingegen problematisch: Sie sind wenig zielgenau, weil sie aufgrund des Rechtsanspruchs im Regelfall hohe Mitnahmeeffekte provozieren, sie erhöhen die Budgetunsicherheit des Staates und sie sind wenig transparent und entziehen sich damit häufig einer sachgerechten Erfolgskontrolle. Hinzu kommt schließlich, dass Steuervergünstigungen, soweit sie sich auf die Gemeinschaftssteuern beziehen, nicht nur vom Bund, sondern auch von Ländern und Gemeinden entsprechend ihren Anteilen am Aufkommen dieser Steuern getragen werden müssen. Da die Steuerausfälle auch die im bundesstaatlichen Finanzausgleich zu nivellierende Finanzkraft beeinflussen, kann es zu unbeabsichtigten Umverteilungswirkungen zwischen den Ländern kommen.

Nicht zuletzt aus diesen Gründen hat die Bundesregierung in ihren im Jahr 2006 verabschiedeten „Subventionspolitischen Leitlinien“ als Ziel definiert, bestehende Steuervergünstigungen nach Möglichkeit in Finanzhilfen umzuwandeln. Wenigstens dies sollte bei den laufenden Koalitionsverhandlungen berücksichtigt werden. Noch besser wäre es freilich, wenn es gelänge, die Subventionen substantiell zu verringern und auf diese Weise einen Beitrag zur Konsolidierung des Staatshaushalts zu leisten.

* Dr. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts.

Regionale Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise am Beispiel der sächsischen Landkreise

Johannes Steinbrecher und Björn Ziegenbalg*

Einleitung

Die weltweite Finanzkrise, welche Anfang 2009 ihren bisherigen Höhepunkt erreichte, hat auch die deutsche Realwirtschaft negativ betroffen. [vgl. NIERHAUS (2009)]. Auch der FREISTAAT SACHSEN kann sich von der weltwirtschaftlichen Entwicklung nicht abkoppeln. Für das laufende Jahr muss nach aktuellen Einschätzungen mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 5,5% gerechnet werden [vgl. KRENZ et al. (2009)]. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die einzelnen sächsischen Landkreise unterschiedlich stark von der Rezession betroffen sind, da sie sich hinsichtlich ihrer Wirtschaftsstruktur teilweise deutlich unterscheiden. Insbesondere Wirtschaftszweige des verarbeitenden Gewerbes, beispielsweise der Automobil- und Fahrzeugbau, sind aufgrund ihrer hohen Exportquote von der weltwirtschaftlichen Entwicklung in besonderem Maße abhängig. Landkreise, in denen diese Branchen hohe Wertschöpfungsbeiträge und Beschäftigtenanteile aufweisen, dürften daher stärker von der aktuellen Krise betroffen sein. Der vorliegende Artikel soll die individuelle Betroffenheit am Beispiel der sächsischen Kreise darstellen und mögliche Erklärungen für die regionalen Unterschiede liefern. Dazu wird im folgenden Abschnitt zunächst das methodische Vorgehen der Analyse erläutert. Anschließend werden die zentralen Ergebnisse präsentiert.

Methodik

Die bisherigen Untersuchungen regionaler Auswirkungen der Finanzkrise verwendeten stets Bundesdaten.¹ Im Gegensatz zu diesen Studien werden im vorliegenden Artikel disaggregierte Daten für einzelne Regionen verwendet, welche eine sachsenspezifische Analyse auf Kreisebene ermöglichen. Die Untersuchung regionaler Auswirkungen der Wirtschaftskrise ist jedoch aufgrund des eingeschränkten Datenmaterials, welches für die sächsischen Kreise verfügbar ist, nur begrenzt möglich.

Viele der volkswirtschaftlichen Kennzahlen, die zur Deskription und Analyse der konjunkturellen Lage verwendet werden, sind nur auf Bundes- oder Länderebene verfügbar. Deshalb stützt sich die vorliegende Untersuchung auf zwei zentrale Bereiche, für die aussagekräftiges Datenmaterial verfügbar ist. Zum einen wird die Entwicklung der Wirtschaftsleistung in den sächsischen Kreisen betrachtet. Zum anderen wird die Entwicklung auf dem sächsischen Arbeitsmarkt diskutiert.

Als gängiges Maß der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dient das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Da keine disaggregierten Daten und Prognosen für die BIP-Entwicklung auf Kreisebene vorliegen, wird die Entwicklung der Bruttowertschöpfung (BWS) in den einzelnen Wirtschaftszweigen genauer beleuchtet. Die über alle Wirtschaftsbereiche aggregierte BWS ist sehr stark mit dem BIP korreliert und ist daher ein geeignetes Näherungsmaß für dieses. So lag die Korrelation zwischen BIP und BWS im Zeitraum 2000–2007 für Sachsen bei 99,9%.

Um die Veränderung der BWS in den jeweiligen Kreisen zu quantifizieren, werden zunächst auf Kreisebene die Anteile der einzelnen Wirtschaftszweige an der Bruttowertschöpfung herangezogen. Die Daten liegen aktuell zwar nur für das Jahr 2007 vor, allerdings unterliegen die Anteile an der BWS im Allgemeinen keinen stärkeren kurzfristigen Schwankungen, weshalb die Daten aus 2007 als Maß für die momentanen Bruttowertschöpfungsanteile dienen.²

Für die Entwicklung der BWS im verarbeitenden Gewerbe wurde, basierend auf den aktuellen Monatsberichten des STATISTISCHEN LANDESAMTES SACHSEN, die tatsächliche Umsatzentwicklung auf Kreisebene in den ersten fünf Monaten des Jahres 2009 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ermittelt. Die Umsatzzahlen dienen als Näherungsmaß für die Entwicklung der BWS, da davon ausgegangen wird, dass die Vorleistungsquote unverändert ist.

Die Entwicklung der Umsatzzahlen in der Baubranche liegt für den gleichen Zeitraum hingegen nur auf Länderebene vor. Hier wurde in allen Landkreisen ähnliche Betroffenheit von der aktuellen Wirtschaftskrise unterstellt. Für die übrigen Wirtschaftszweige³ existieren Umsatzveröffentlichungen schließlich gar nicht. Aus diesem Grund fließen die Daten aus der aktuellen ifo-Konjunkturprog-

* Johannes Steinbrecher und Björn Ziegenbalg sind Doktoranden am ifo Institut, Niederlassung Dresden.

nose für Sachsen in die Berechnung ein. Wir haben hierfür die jeweilige nominale Entwicklung der BWS der einzelnen Wirtschaftszweige 2009 gegenüber 2008 als Veränderungsmaß herangezogen (vgl. Tab. 1).

Die prozentualen Umsatzänderungen im verarbeitenden Gewerbe und der Baubranche bzw. die ifo-Konjunkturprognosedaten für die übrigen Wirtschaftszweige wurden mit den jeweiligen Bruttowertschöpfungsanteilen in jedem Kreis gewichtet. Die daraus gewonnene Indexzahl lässt sich als verfeinerte regionale Prognose der Bruttowertschöpfungsentwicklung im Jahr 2009 gegenüber dem Jahr 2008 interpretieren.

Die Entwicklung der BWS gibt einen Überblick über die Betroffenheit der Wirtschaft in den jeweiligen Regionen. Die Auswirkungen für die Bürger der Kreise sind jedoch am deutlichsten auf dem Arbeitsmarkt zu spüren. In der aktuellen Krise ist erstmals die Kurzarbeit, welche durch die Bundesregierung aktuell bis zu einer Dauer von 24 Monaten unterstützt wird, als arbeitsmarktpolitisches Instrument in den Vordergrund gerückt. Durch Kurzarbeit soll es den besonders stark betroffenen Branchen ermöglicht werden, die mit den Umsatzrückgängen einhergehende sinkende Arbeitskräftenachfrage zu überbrücken, ohne unmittelbar auf betriebsbedingte Kündigungen zurückgreifen zu müssen. Dieses Instrument wurde von den Unternehmen bisher sehr stark in Anspruch genommen und damit die Möglichkeit genutzt, trotz geringer Kapazitätsauslastung auf entsprechende Entlassungen zu verzichten. Die Auswirkungen des Rückgangs der Wirtschaftskraft spiegeln sich daher bislang nur wenig in den aktuellen Arbeitslosenquoten wider. Allerdings sind hier zukünftig negative Entwicklungen zu erwarten, da

spätestens mit dem Auslaufen der Kurzarbeitergeldregelungen mit verstärktem Stellenabbau zu rechnen ist [vgl. IWH (2009)]. Der Bestand an Kurzarbeitern kann somit als Maß für das Potenzial zusätzlicher Entlassungen bzw. Arbeitslosigkeit verwendet werden. Da die Zahlen der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (BA) zur regionalen Kurzarbeit bislang nur für den März 2009 vorliegen, wird die Entwicklung der Kurzarbeit lediglich für den Zeitraum von Juli 2008 bis März 2009 untersucht. Um die bisher realisierten Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt zu verdeutlichen, wurde darüber hinaus auch die Veränderung der Arbeitslosenquoten in den sächsischen Kreisen untersucht. Da für die Arbeitslosenquote aktuellere Zahlen der BA vorliegen, kann die Arbeitslosenquote für den gesamten Untersuchungszeitraum von Juli 2008 bis Juli 2009 betrachtet werden.

Um die unterschiedliche Betroffenheit der Kreise gegeneinander abgrenzen zu können, wurden die Kreise in drei Kategorien unterteilt: durchschnittlich betroffen, unterdurchschnittlich betroffen sowie überdurchschnittlich betroffen. Als durchschnittlich betroffen werden für den jeweils untersuchten Indikator dabei die Landkreise eingestuft, deren Veränderungsraten im Bereich einer halben Standardabweichung um den sächsischen Schnitt liegen (d.h. Mittelwert der Kennzahl \pm halbe Standardabweichung der Kennzahl). Als unterdurchschnittlich (überdurchschnittlich) betroffen gelten demnach die Kreise, die bei der Entwicklung des jeweiligen Wertes besser (schlechter) als der sächsischen Schnitt zzgl. (abzgl.) einer halben Standardabweichung abschnitten.

Tabelle 1: ifo Prognose der nominalen Bruttowertschöpfung in Sachsen 2009

Bereich	BWS Prognose in %
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	-14,8
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	-16,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-15,0
Verarbeitendes Gewerbe	-17,6
Energie- und Wasserversorgung	-7,1
Baugewerbe	3,7
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	-5,1
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	-0,7
Öffentliche und private Dienstleister	2,7

Quelle: ifo Konjunkturprognose Sachsen.

Entwicklung der Bruttowertschöpfung in den sächsischen Kreisen

Die Anteile der Wirtschaftszweige an der Bruttowertschöpfung sind in Tabelle 2 für die einzelnen sächsischen Kreise sowie für den Freistaat Sachsen und Deutschland insgesamt aufgeführt. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes liegt mit 21,0% leicht unter dem Bundesdurchschnitt von 23,9%. Es sind jedoch regional starke Unterschiede auszumachen. So besitzen die kreisfreien Städte, mit Ausnahme von Dresden, generell einen unterdurchschnittlichen Wertschöpfungsbeitrag aus der verarbeitenden Industrie. Die Kreise Vogtland, Meißen und Mittelsachsen liegen mit einem Anteil von 24,5%, 27,6% bzw. 28,5% hingegen sogar über dem deutschen Durchschnittswert (vgl. Tab. 2).

In seiner Konjunkturprognose rechnet das IFO INSTITUT DRESDEN mit einem Rückgang der nominalen Bruttowertschöpfung in Sachsen von 4,2%.⁴ Dabei sind die Verluste in den einzelnen Wirtschaftsbereichen jedoch sehr unterschiedlich. Das „verarbeitende Gewerbe“ weist mit erwarteten –17,6% die größten Verluste aus, gefolgt vom „Bergbau“ sowie der „Land- und Forstwirtschaft; Fischerei“ mit –15% bzw. –14,8%. Unternehmer der Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistung spüren die Auswirkungen der Finanzkrise bisher kaum. So rechnet das IFO INSTITUT DRESDEN hier nur mit einem nominalen Rückgang von 0,7%. „Öffentliche und private Dienstleister“ entwickeln sich voraussichtlich sogar positiv mit einer Zuwachsrate von 2,7% (vgl. Tab. 1).

Sächsische Regionen mit einem hohen Wertschöpfungsbeitrag aus dem verarbeitenden Gewerbe sind

Tabelle 2: Anteil der Wirtschaftszweige an der Bruttowertschöpfung 2007 in %

Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	Energie	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	Öffentl. und private Dienstleister
Bautzen	1,5	1,6	0,3	21,7	7,4	17,3	25,6	24,5
Chemnitz, Stadt	0,1	4,0	0,3	14,6	5,9	13,2	35,3	26,5
Dresden, Stadt	0,2	2,8	0,3	22,4	3,6	13,7	27,1	30,0
Erzgebirgskreis	1,3	2,4	0,3	24,1	8,4	12,9	24,3	26,2
Görlitz	1,6	9,2	0,3	17,5	5,7	12,5	24,8	28,5
Leipzig, Land	2,0	7,4	0,3	16,6	8,6	18,9	24,2	22,0
Leipzig, Stadt	0,1	3,9	0,3	14,1	4,3	15,9	33,0	28,2
Meißen	2,1	2,0	0,3	27,6	6,1	16,3	22,6	22,9
Mittelsachsen	1,9	3,0	0,3	28,7	6,1	14,7	24,7	20,6
Nordsachsen	3,2	2,4	0,3	17,9	7,8	20,5	24,2	23,8
Sächs. Schweiz – Osterzgebirge	2,1	1,8	0,3	19,0	9,1	16,6	23,4	27,9
Vogtlandkreis	1,2	2,3	0,3	24,5	6,7	13,2	27,4	24,5
Zwickau	0,9	1,5	0,3	27,0	6,0	17,5	23,9	22,9
Sachsen	1,1	3,3	0,3	21,0	6,0	15,4	27,0	25,9
Deutschland	0,9	2,2	0,2	23,9	4,0	17,6	29,2	21,9

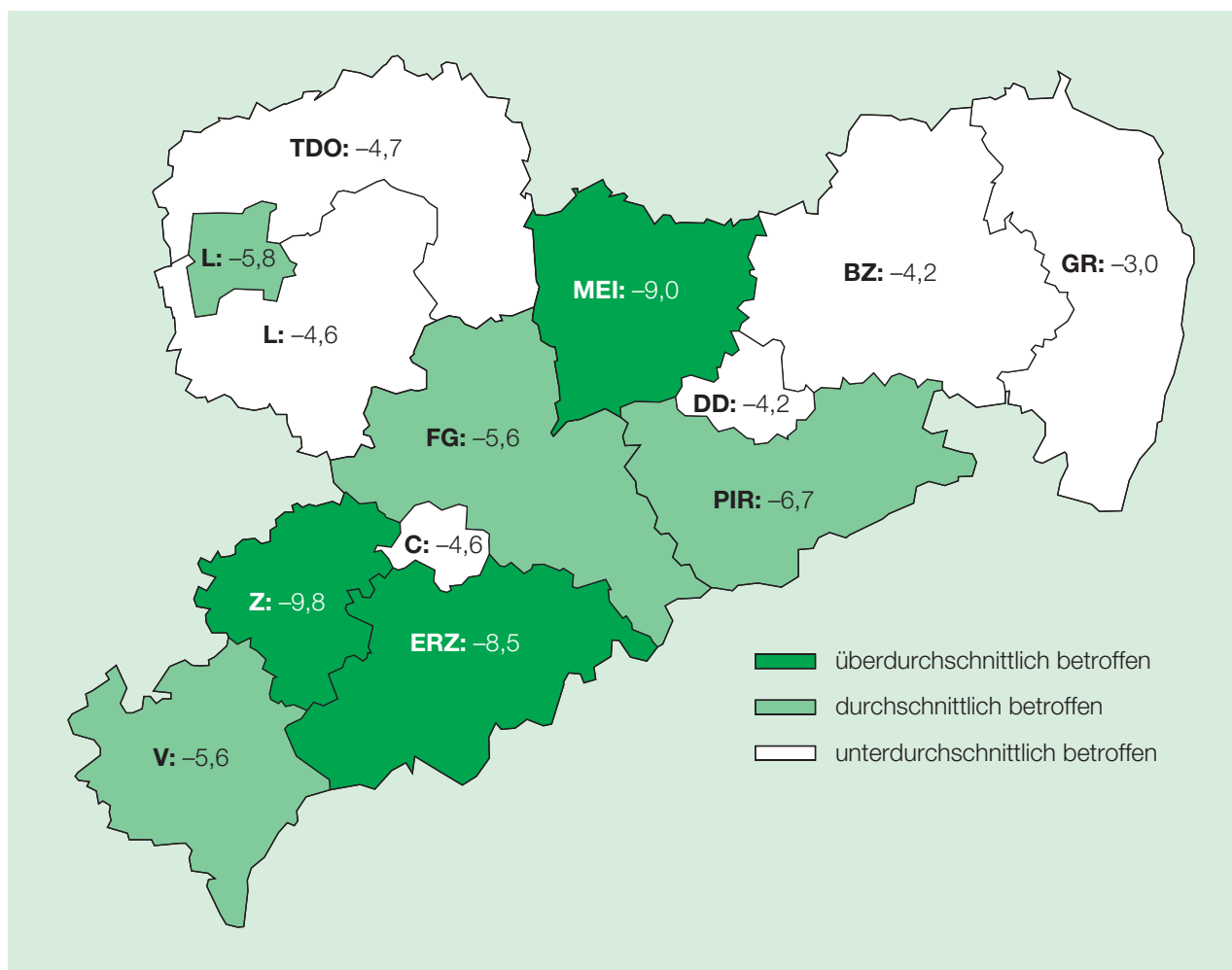
Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Berechnungen des ifo Instituts.

stärker von der aktuellen Rezession erfasst. Die zugehörigen Branchen⁵ sind jedoch nicht alle in gleichem Maße negativ betroffen. Zudem sind regionalspezifische Entwicklungen auszumachen. Aus diesem Grund erfolgte bei der Auswertung der Ergebnisse eine gezielte Betrachtung der bisherigen Umsatzentwicklung für die Branchen des verarbeitenden Gewerbes in 2009. Die regionalen Auswirkungen der derzeitigen Konjunkturkrise sind in einer Kreiskarte grafisch veranschaulicht (vgl. Karte 1), in welcher die Ergebnisse des regionalen BWS-Index eingetragen sind. Hierfür wurde die bisherige Umsatz- bzw. erwartete BWS-Entwicklung für 2009 der einzelnen Wirtschaftszweige mit dem jeweiligen BWS-Anteil auf Kreisebene gewichtet.

Überdurchschnittlich betroffen von der aktuellen Wirtschaftskrise sind demnach die Landkreise Zwickau, der Erzgebirgskreis sowie der Landkreis Meißen. Erstgenannter ist vor allem durch die negative Entwicklung in der Automobilbranche von der Rezession erfasst. Der

Umsatzanteil des Fahrzeugbaus am Gesamtumsatz im verarbeitenden Gewerbe mit mehr als 50 Mitarbeitern lag hier 2008 bei etwa 77 %. Negativ wirkt der hohe Auslandsumsatzanteil im Fahrzeugbau von 63 %, da der Auslandsumsatz in den ersten fünf Monaten des Jahres 2009 um 53 % eingebrochen ist. Im Erzgebirgskreis ist die Branchendiversifikation sehr viel ausgeprägter, jedoch dominieren auch hier Branchen, welche, bedingt durch eine starke Exportabhängigkeit, von der Krise erfasst sind. Diese sind vor allem die Metallerzeugung sowie die Herstellung von Metallerzeugnissen, der Maschinen- und Kraftwagenbau. In Summe stellen diese einen Umsatzanteil im verarbeitenden Gewerbe von 64 % bei Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten. Die stärksten Umsatzeinbrüche verzeichneten der Kraftwagenbau und die Metallerzeugung mit 42 % bzw. 40 %. Der Landkreis Meißen ist aus ähnlichen Gründen stärker von der aktuellen Krise erfasst. Die Metallbranche und der Maschinenbau stellen auch hier die stärksten Anteile am

Karte 1: Auswirkung der Wirtschaftskrise 2009 auf die Wirtschaftskraft der sächsischen Landkreise und kreisfreien Städte



Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts Dresden.

Gesamtumsatz. Der Maschinenbau verzeichnete allein einen Umsatzrückgang von 42 %. Der hohe Auslandsumsatzanteil von 68 % ist für diese negative Entwicklung eine Hauptursache.

Zu den durchschnittlich betroffenen Regionen zählen der Kreis Sächsische Schweiz, die kreisfreie Stadt Leipzig, sowie die Landkreise Vogtland und Mittelsachsen. Im Kreis Sächsische Schweiz sind die Metallherzeugung und der Maschinenbau mit starken negativen Entwicklungen auszumachen. Diese verzeichneten einen Umsatzrückgang von 39 % bzw. 18 % bei einem gemeinsamen Umsatzanteil von 38 % am Gesamtumsatz im verarbeitenden Gewerbe. In der Stadt Leipzig wirkt dagegen vor allem der hohe Wertschöpfungsbeitrag des Fahrzeugbaus negativ. Im Vogtlandkreis sind mehrere negativ wirkende Geschäftszweige auszumachen. Hierzu zählen vor allem die Herstellung von elektronischen Ausrüstungen, der Maschinenbau sowie die Textilbranche. Der Maschinenbau ist vor allem durch den Rückgang der Auslandsnachfrage von der Krise getroffen, so brachen die Auslandsumsätze um 40 % ein, bei einem Anteil am Gesamtumsatz 2008 von 65 %. Das verarbeitende Gewerbe in Mittelsachsen besitzt keine ausgeprägten sektoralen Schwerpunkte und ist somit nicht in so hohem Maße von den negativen Entwicklungen in einzelnen Wirtschaftszweigen abhängig.

Ein geringeres Ausmaß der Krise ist in den Kreisen Nordsachsen, Leipzig Land, Bautzen und Görlitz sowie in den kreisfreien Städten Chemnitz und Dresden zu spüren. Der Landkreis Leipzig Land profitiert von einer positiven Entwicklung bei der Herstellung von Nahrungsmitteln. Diese Branche erzielte einen Umsatzanstieg, in den ersten fünf Monaten des Jahres 2009, von 11 % und leistet aktuell einen Anteil am Gesamtumsatz im verarbeitenden Gewerbe von 16 % gegenüber 13 % 2008.

Bautzen profitiert von einer stark diversifizierten Wirtschaftsstruktur. Zudem sind größere Firmen aus der Fahrzeugbau- und Maschinenbaubranche gar nicht bzw. kaum ansässig. Die Stadt Dresden kann die hohen Umsatzeinbußen der Elektronikbranche von 31 %, bei einem Umsatzanteil von 40 % am Gesamtumsatz 2008 im verarbeitenden Gewerbe, durch schwächere negative Entwicklungen anderer Branchen kompensieren. So lag der Umsatzrückgang im gesamten verarbeitenden Gewerbe in den ersten fünf Monaten bei vergleichsweise geringeren 16 %. Zudem generiert der gesamte Dienstleistungssektor einen Großteil der Bruttowertschöpfung. Die negativen Auswirkungen im verarbeitenden Gewerbe wirken somit weniger stark.

Entgegen aller anderen Entwicklungen haben sich im Kreis Görlitz der Maschinenbau und die Metallherzeugung positiv entwickelt. Diese verzeichneten einen Umsatzanstieg von 15 % bzw. 3 %. Der Maschinenbau ist zudem

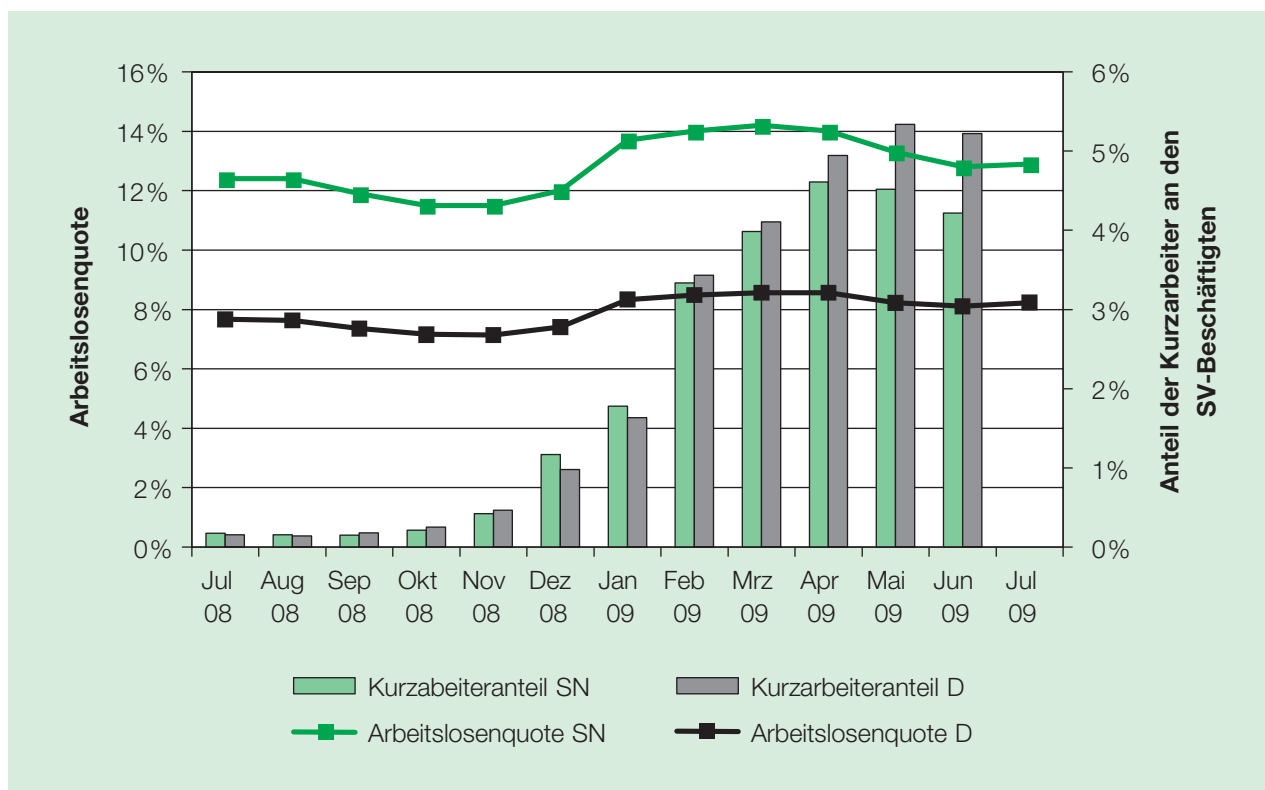
eine Schwerpunktbranche mit einem Umsatzanteil am Gesamtumsatz im verarbeitenden Gewerbe von 30 %, in den ersten fünf Monaten 2009. Eine mögliche Ursache hierfür liegt in den langfristig laufenden Aufträgen der Großindustrie im Waggon- und Turbinenbau, welche relativ konjunkturunabhängig sind und in der Region Görlitz einen hohen Wertschöpfungsbeitrag leisten. Der Dienstleistungssektor ist hier zudem gegenüber anderen Flächenkreisen überdurchschnittlich stark an der Bruttowertschöpfung beteiligt.

Regionale Auswirkungen auf den sächsischen Arbeitsmarkt

Die Finanzkrise wird im erheblichen Maße auf den deutschen Arbeitsmarkt durchschlagen. Die aktuelle Konjunkturprognose des IFO INSTITUTS geht von einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen um über 300.000 Personen im Jahr 2009 sowie um weitere 700.000 Personen im Jahr 2010 aus [vgl. NIERHAUS (2009)]. Auch wenn die aktuellen Entwicklungen auf eine leichte Entspannung der Beschäftigungsentwicklung hindeuten (vgl. IFO BESCHÄFTIGUNGSBAROMETER, August 2009), ist mit deutlichen Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt auch in Sachsen zu rechnen. Allerdings dürften die Auswirkungen der Krise aufgrund der verschiedenen Wirtschaftsstrukturen unterschiedlich stark in den einzelnen Kreisen zu spüren sein. Abbildung 1 gibt einen Überblick über die Entwicklungen der Arbeitslosenquote in Deutschland und Sachsen, sowie der Anteile an Kurzarbeitern in Deutschland und Sachsen.

Die Grafik stellt die Entwicklung der Arbeitslosenquoten, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, in Deutschland und Sachsen für den Zeitraum von Juli 2008 bis Juli 2009 dar. Die entsprechenden Arbeitslosenquoten sind auf der linken Ordinate abgetragen. Aus der Abbildung wird sichtbar, dass sich die Arbeitslosigkeit in Sachsen über diesen Zeitraum ähnlich wie in Gesamtdeutschland entwickelt hat. Zwar stieg die Arbeitslosigkeit zu Beginn des Jahres 2009 in Sachsen etwas stärker als im Bundesgebiet, allerdings fiel der Rückgang in den Sommermonaten auch dementsprechend stärker aus. Im beobachteten Zeitraum stieg die Arbeitslosenquote in Sachsen um 0,5 Prozentpunkte auf 12,9 %, während für Gesamtdeutschland ein Anstieg um knapp 0,6 Prozentpunkte auf 8,2 % zu beobachten war. Damit fielen die Auswirkungen auf den sächsischen Arbeitsmarkt bis zum Juli 2009 insgesamt, auch im Vergleich zu Gesamtdeutschland, moderat aus. Fraglich ist, inwiefern die Ausweitung der Kurzarbeit einen stärkeren Anstieg der Arbeitslosigkeit bislang verhindern konnte. Aus Abbildung 1 kann ebenfalls die Entwicklung der Kurzarbeiteranteile an den

Abbildung 1: Entwicklung der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterquoten in Sachsen und Deutschland

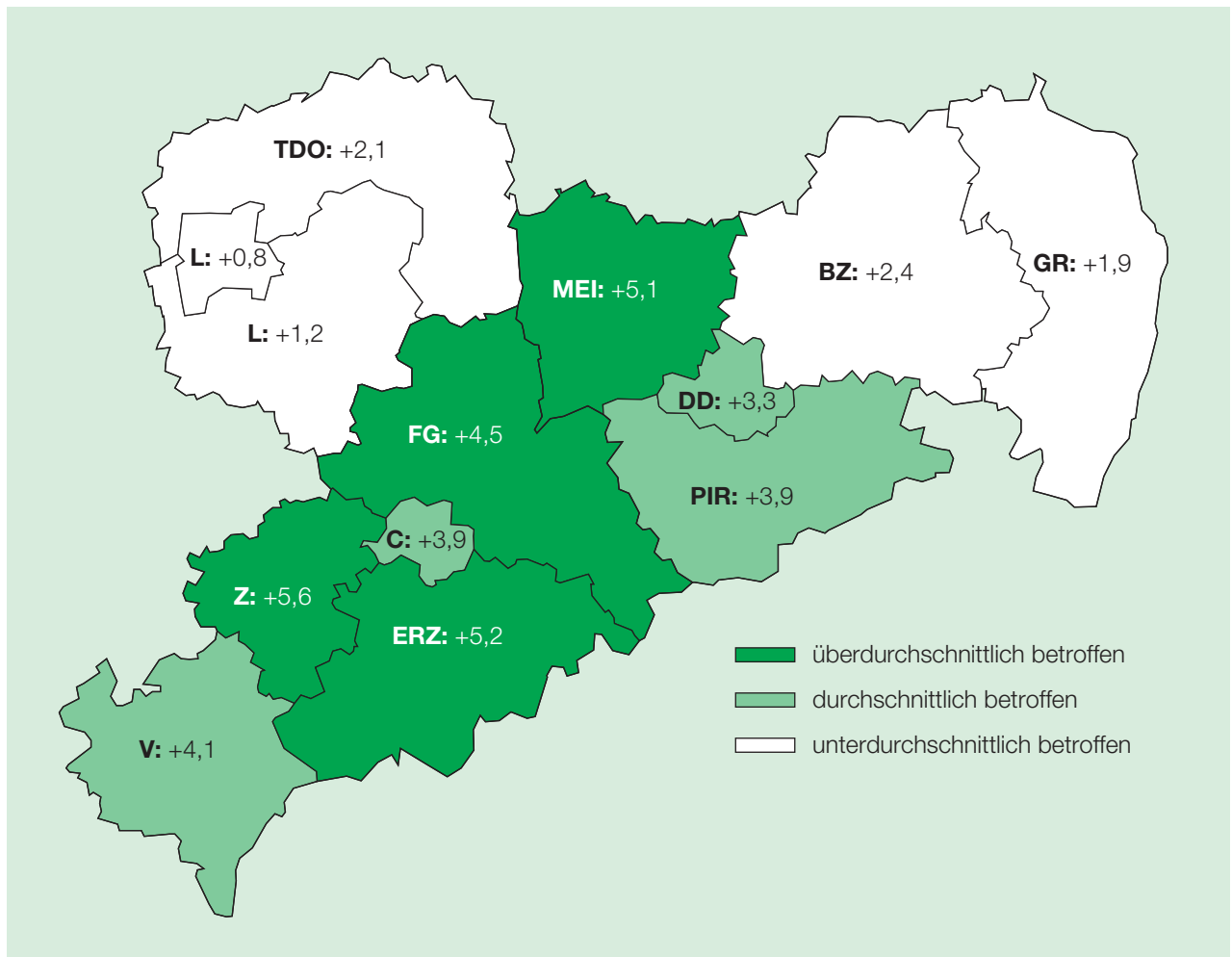


Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Darstellung des ifo Instituts.

sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von Juli 2008 bis Juni 2009 entnommen werden⁶, welche auf der rechten Ordinate abgetragen werden. Die Abbildung zeigt, dass der Anstieg der Kurzarbeit sowohl in Gesamtdeutschland als auch in Sachsen viel stärker ausfiel als der Anstieg der Arbeitslosenquote. In Deutschland stieg der Anteil der Kurzarbeiter von knapp 0,2 % im Juli 2008 auf rund 5,2 % im Juni 2009, wobei der bisherige Spitzenwert im Mai 2009 mit über 5,3 % erreicht wurde. In absoluten Zahlen entspricht dies einem Anstieg um knapp 1,39 Mill. auf derzeit 1,43 Mill. Kurzarbeiter. In Sachsen verlief dieser Anstieg ähnlich, wenn auch etwas weniger stark ausgeprägt. Waren im Juli 2008 mit rund 2.500 Arbeitnehmern nur etwa 0,2 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Sachsen in Kurzarbeit, betrug dieses Verhältnis im Juni 2009 fast 4,2 %, was einem Bestand von über 58.000 Kurzarbeitern gleichkommt. Allerdings erreichte der Anteil der Kurzarbeiter in Sachsen bereits im April 2009 seinen bisherigen Höhepunkt und ist seitdem jeden Monat gefallen. Die Betroffenheit der Kreise fällt jedoch deutlich unterschiedlich aus. Karte 2 stellt die sächsischen Kreise hinsichtlich der Entwicklung der Kurzarbeiter dar. Da die regionalen Kurzarbeiterzahlen momentan nur bis März 2009 verfügbar sind, werden in der Karte die Veränderungen der Kurzarbeiterquoten von Juli 2008 bis März 2009 dargestellt.

Die Karte stellt die Betroffenheit der Kreise im Hinblick auf den Anstieg der Kurzarbeiterquote gegenüber. Im Schnitt stieg die Kurzarbeit während des Betrachtungszeitraumes in Sachsen um 3,4 Prozentpunkte. Durchschnittlich betroffen sind demnach Regionen, in denen ein Anstieg der Kurzarbeit zwischen 2,6 Prozentpunkte und 4,2 Prozentpunkte zu beobachten war. Folglich werden die Kreise als überdurchschnittlich (unterdurchschnittlich) betroffen eingestuft, deren Kurzarbeiterquote um mehr als 4,2 Prozentpunkte (weniger als 2,6 Prozentpunkte) angestiegen ist. Aus der Darstellung wird deutlich, dass vor allem Süd- und Mittelsachsen stärker durch ansteigende Kurzarbeit betroffen sind als der Rest Sachsens. Besonders die an die Stadt Chemnitz angrenzenden Peripherieregionen sowie der Landkreis Meißen weisen einen überdurchschnittlichen Anstieg auf. Den höchsten Anstieg der Kurzarbeit muss der Kreis Zwickau verkraften. Hier ist eine Zunahme der Kurzarbeiter um 5,6 Prozentpunkte zu beobachten, was einer Erhöhung von fast 9.100 Kurzarbeitern entspricht. Ähnlich starke Anstiege können im Erzgebirgskreis, im Landkreis Meißen sowie in Mittelsachsen beobachtet werden. In den Städten Dresden und Chemnitz sowie den Landkreisen Sächsische-Schweiz-Osterzgebirge und Vogtland ist ein durchschnittlicher Zuwachs der Kurzarbeit zu beobachten. In Dresden stieg der Anteil ähnlich stark wie im

Karte 2: Veränderung des Anteils der Kurzarbeiter an den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Sachsen zwischen Juli 2008 und März 2009 (in Prozentpunkten)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Darstellung des ifo Instituts.

sächsischen Schnitt um 3,3 Prozentpunkte auf knapp 3,4 %, was einem Zuwachs von rund 7.600 Kurzarbeitern entspricht. In Chemnitz und den Landkreisen Sächsische-Schweiz-Osterzgebirge und Vogtland fiel der Anstieg etwas stärker aus. Am geringsten durch die Kurzarbeit betroffen sind die Regionen in Nord- und Ost-sachsen, wo Anstiege zwischen rund einem Prozentpunkt (Leipzig, Stadt und Leipzig, Land) bzw. rund zwei Prozentpunkten (Bautzen, Görlitz, Nordsachsen) zu beobachten sind. Betrachtet man die regionale Entwicklung der Arbeitslosenquote, so lässt sich ein ähnliches Betroffenheitsbild feststellen. Im sächsischen Durchschnitt stieg die Arbeitslosenquote zwischen Juli 2008 und Juli 2009 um 0,5 Prozentpunkte, wobei die Werte zwischen einem Anstieg um 1,5 Prozentpunkte und einem Rückgang um 0,5 Prozentpunkte schwanken. Im Wesentlichen sind die Kreise in besonderem Maße von einer steigenden Arbeitslosenquote betroffen, die ebenfalls einen überdurchschnittlich starken Anstieg der Kurzarbeit verzeichnen.⁷

Auch hier ist vor allem das südliche Sachsen sehr stark betroffen. Den höchsten Anstieg der Arbeitslosenquote muss der Kreis Zwickau verkraften, in dem die Arbeitslosenquote zwischen Juli 2008 und Juli 2009 von 12,7 % auf 14,2 % stieg. Die beste Entwicklung weist der Kreis Görlitz auf, hier sank die Arbeitslosenquote sogar um 0,5 Prozentpunkte auf 17,5 %. Leichte Abweichungen bei den Entwicklungen der Arbeitslosenquote und des Kurzarbeiteranteils gibt es in Dresden, Leipzig und dem Vogtlandkreis. Während Dresden tendenziell stärker von einer Zunahme der Kurzarbeit betroffen ist, stieg in der Stadt Leipzig sowie dem Vogtlandkreis die Arbeitslosenquote etwas stärker als der Kurzarbeiteranteil.

Ursachen regionaler Disparitäten

In der nachfolgenden Tabelle 3 sind die Ränge der sächsischen Kreise für den Anteil des verarbeitenden Gewerbes

an der Gesamtbruttowertschöpfung, der prognostizierten Entwicklung der BWS in 2009, der bisherigen Entwicklung des Arbeitsmarktes in 2009 sowie der Gesamtbetroffenheit dargestellt.

Für die Betroffenheitsränge der beiden Kriterien BWS und Arbeitsmarkt werden jeweils Punkte verteilt. Die Gesamtbetroffenheit ergibt sich dabei aus der Summe der Spaltenpunktzahlen, wobei der Arbeitsmarkt und die Bruttowertschöpfung gleichgewichtet in das Endergebnis einfließen. Die Tabelle verdeutlicht die hohe Korrelation zwischen dem BWS-Anteil des verarbeitenden Gewerbes und der Intensität der Wirtschaftskrise in den sächsischen Regionen anhand einer sehr ähnlichen Rangverteilung. Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen teils erhebliche Unterschiede in der Betroffenheit der sächsischen Kreise durch die aktuelle Finanzkrise. Diese lassen sich, wie bereits eingangs vermutet, durch die Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur erklären. So zeigt sich beispielsweise, dass der Anteil des verarbeitenden Gewerbes eine sehr hohe negative Korrelation mit dem Rückgang der Bruttowertschöpfung hat (-0,58). Das heißt, Regionen mit einem hohem BWS-Anteil des verarbeitenden Gewerbes sind auch am stärksten vom Rückgang der Bruttowertschöpfung betroffen. Die Branchen im verarbeitenden Gewerbe sind jedoch nicht in

gleichem Maße negativ von der Rezession betroffen, einzelne Branchen wie der Fahrzeug- und Maschinenbau spüren die Auswirkungen der Krise besonders stark. Landkreise, in welchen diese Branchen überproportional vertreten sind, zeigen daher eine deutlich negativere Entwicklung. Stärker konjunkturrobuste Branchen wie der Energiesektor, das Ernährungsgewerbe oder die öffentlichen Dienstleistungen wirken dagegen kompensierend auf den Rückgang der Bruttowertschöpfung in den übrigen Bereichen.

Das gleiche Bild liefert die Betrachtung der Kurzarbeiterquoten. Auch hier hat das verarbeitende Gewerbe den höchsten Einfluss auf die Entwicklung der Kurzarbeit. Die Korrelation zwischen dem Anteil des verarbeitenden Gewerbes und der Kurzarbeiterquote beträgt 0,77. Auch verhindern hohe Anteile an den Sektoren Energie, Handel und Dienstleistungen einen stärkeren Anstieg der Kurzarbeiterquote. Dies ist insofern plausibel, da Kurzarbeit tendenziell eher in kapitalintensiven Branchen mit hohen Absatzschwankungen praktikabel ist, in denen eine Anpassung der Maschinenauslastung (und damit Personalauslastung) an die Absatzlage im Allgemeinen einfacher ist, als eine personelle Anpassung in den weniger dynamischen und arbeitsintensiven Dienstleistungsbereichen.

Tabelle 3: Rangfolge der regionalen Betroffenheit sowie des Anteils des verarbeitenden Gewerbes an der BWS

Kreisfreie Stadt	Anteil des verarbeitenden Gewerbes	Entwicklung der BWS	Entwicklung des Arbeitsmarktes	Gesamtbetroffenheit
Zwickau	3	1	1	1
Erzgebirgskreis	5	3	2	2
Meißen	2	2	3	3
Vogtlandkreis	4	6	5	4
Mittelsachsen	1	7	3	5
Sächsische Schweiz – Osterzgebirge	8	4	7	6
Chemnitz, Stadt	12	10	6	7
Leipzig, Stadt	13	5	12	8
Nordsachsen	9	8	9	9
Leipzig, Land	11	9	10	10
Dresden, Stadt	6	12	8	11
Bautzen	7	11	10	12
Görlitz	10	13	12	13

Quelle: Berechnung des ifo Instituts.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass alle sächsischen Kreise von der Finanzkrise betroffen sind, wenn auch in einer differenzierten Intensität.

Wirtschaftliche Krisen zeigen jeweils individuelle Ausprägungen, so dass der nächste Konjunkturerbruch völlig andere Wirtschaftszweige stärker in Mitleidenschaft ziehen kann. Es können zwar positive Effekte in Folge einer Spezialisierung der Wirtschaft auf gezielte Einzelbranchen, welche komparative Kostenvorteile aufweisen, erzielt werden. Jedoch besteht die Gefahr, dass einzelne Regionen dann in besonderem Maß von einer Rezession erfasst werden, wenn genau diese Branche, auf welche man sich spezialisiert hat, eine verstärkte negative Entwicklung aufweist. Im Hinblick auf eine nachhaltige stabile Wirtschaftsentwicklung sollte sich daher die Leistungserstellung nicht zu sehr auf einzelne Branchen konzentrieren, um von negativ wirkenden Schocks auf einzelne Wirtschaftsbereiche weniger stark betroffen zu sein.

Es gilt zu berücksichtigen, dass die in diesem Artikel diskutierten Entwicklungen für das Gesamtjahr sogar noch negativer ausfallen können. Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt könnten durch die zeitverzögerte Reaktion des Arbeitsmarktes und die fehlenden Daten für den Monat August bislang nicht vollständig in den Daten zu sehen sein. Bei der Kurzarbeit, bei der die aktuelle Datenlücke noch größer ist, könnte dieser Effekt stärker ausfallen. Beim Rückgang der Bruttowertschöpfung sollte beachtet werden, dass die bisherigen Rückgänge noch nicht das vollständige Ausmaß der Krise erfassen, sondern durch noch gut gefüllte Auftragsbestände aus dem Vorjahr etwas gemildert wurden.

Literatur

IFO INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG: Beschäftigungsbarometer Deutschland – Ergebnisse des ifo Konjunkturtest im August 2009.

IW KÖLN CONSULT (2009): Regionalranking 2009: Untersuchung von 409 Kreisen und kreisfreien Städten. Abrufbar unter: http://www.insm-regionalranking.de/files/2009_endbericht.pdf.

ARBEITSKREIS KONJUNKTUR OSTDEUTSCHLAND (IWH) (2009): Ostdeutsche Wirtschaft im Jahr 2009: Aufholen in der Weltfinanzkrise? – Rechnerisch scheinbar, in Wirklichkeit nicht! In: *Wirtschaft im Wandel* 8/2009; S. 309–343.

KRENZ, S.; SCHIRWITZ, B.; VOGT, G. (2009): Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2009/2010: Anhaltende Rezession. In: *ifo Dresden berichtet*, Heft 4/2009; Jg. 16; S. 12–21.

NIERHAUS, W. (2009): Deutschlandprognose 2009/210: Abschwung hält an. In: *ifo Dresden berichtet*, Heft 4/2009, Jg. 16; S. 3–11.

¹ Eine bundesweite Studie über die regionalen Auswirkungen der Finanzkrise ist z. B. das INSM Regionalranking [vgl. IW KÖLN CONSULT (2009)], in welcher nur die Entwicklung der Umsätze im verarbeitenden Gewerbe auf Bundesebene betrachtet wird und diese als gleichverteilt über alle Regionen unterstellt werden.

² Der Wilcoxon-Rangsummentest spricht für keine signifikante Änderung des jeweiligen Bruttowertschöpfungsanteils der Wirtschaftszweige auf Kreisebene 2005 gegenüber 2007.

³ „Land- und Forstwirtschaft; Fischerei“, „Bergbau“, „Energie- und Wasserversorgung“, „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“, „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ sowie „öffentliche und private Dienstleister“.

⁴ Die Zahl auf S. 1 bezieht sich auf das reale BIP. Dieses ergibt sich aus der preisbereinigten BWS plus Gütersteuern abzüglich Subventionen.

⁵ U. a. Maschinenbau, Fahrzeugbau, Metallverarbeitung, EDV, Nahrungsmittel- und Futtermittelherstellung, Getränkeherstellung, Gummi- und Kunststoffwaren.

⁶ Die Daten für die Kurzarbeiter werden mit einer stärkeren Verzögerung als die Arbeitslosenstatistiken durch die BA bereitgestellt, weshalb der Beobachtungszeitraum um einen Monat kürzer ausfällt.

⁷ Die Korrelation zwischen der Arbeitslosenquote und der Kurzarbeit beträgt für die Kreise 0,81.

Auswirkungen des demographischen Wandels auf die kommunalen Ausgaben im Freistaat Sachsen

Christian Thater*

Einleitung

Die sächsischen Kommunen stehen zweifellos vor großen demographischen Herausforderungen. Die Bevölkerung des Freistaates wird bis zum Jahr 2020 von gegenwärtig 4,19 Mill. Personen um etwa acht Prozent auf 3,87 Mill. Einwohner zurückgehen. Während dabei der Anteil der Unter-20-Jährigen nahezu konstant bleibt, erhöht sich der Anteil der Über-65-Jährigen von derzeit 22,2 % auf 28,5 % [vgl. STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2008a)]. Diese landesweite demographische Entwicklung verläuft in den Teilregionen Sachsens jedoch durchaus heterogen. Regionen mit leichtem Bevölkerungsgewinn wird es ebenso geben wie Regionen mit massivem Bevölkerungsrückgang.

Der demographische Wandel hat tiefgreifende Konsequenzen für die Einnahmen- wie auch die Ausgaben-seite der kommunalen Haushalte. Durch den Einwohner-rückgang im Land werden den Kommunen insgesamt in Zukunft weniger Mittel zur Verfügung stehen, da die Einnahmen des gesamten Freistaates sehr stark an die Bevölkerungszahl gekoppelt sind. Dies kann auch auf der Ausgabe-seite nicht ohne Folgen bleiben. Zum einen zwingen schon allein die knapper werdenden Mittel zu Einsparungen. Zum anderen ist es auch wegen der veränderten Bevölkerungsgröße und Altersstruktur notwendig, die Ausgabe-seite adäquat anzupassen.

Der folgende Beitrag widmet sich der Frage, ob es für die Kommunen überhaupt möglich ist, ihre Ausgaben im Gleichschritt mit der schrumpfenden Bevölkerung zu senken. Selbst eine erfolgreiche Kapazitätsanpassung muss nicht unbedingt dazu führen, dass die Kosten der bereitgestellten Leistungen in gleicher Weise zurückgehen. Typische Beispiele sind hier Netzinfrastrukturen wie etwa bei der Trinkwasserversorgung oder der Abwasser-entsorgung, wo hohe Fixkosten vorliegen. Die Ausgaben gehen deswegen langsamer zurück als die Bevölkerungszahl. Allerdings entfällt nur ein kleiner Teil des gesamten öffentlichen Leistungsangebotes auf Güter, bei denen durch die hohen Fixkosten offensichtliche Größenvorteile entstehen. Im Folgenden wird daher untersucht, ob bei der Erstellung ausgewählter kommunaler Leistungen („allgemeine Verwaltung“, „Städteplanung“¹ sowie „Kindertageseinrichtungen“) tatsächlich Größenvorteile vorliegen.

Dazu wird in den nächsten Abschnitten zunächst die Problemstellung näher erläutert sowie die empirische

Schätzgleichung abgeleitet. Anschließend werden die verwendeten Daten vorgestellt sowie die Ergebnisse präsentiert.

Problemstellung

Die Möglichkeit, kommunale Ausgaben an eine schrumpfende Bevölkerung anzupassen, hängt davon ab, ob die bereitgestellten Leistungen eher die Charakteristika öffentlicher oder privater Güter aufweisen. Formal wird dies über den Zusammenhang zwischen individuell konsumierter und insgesamt bereitgestellter Menge eines Gutes dargestellt:

$$X_i = \frac{X}{N^\delta} \quad (1)$$

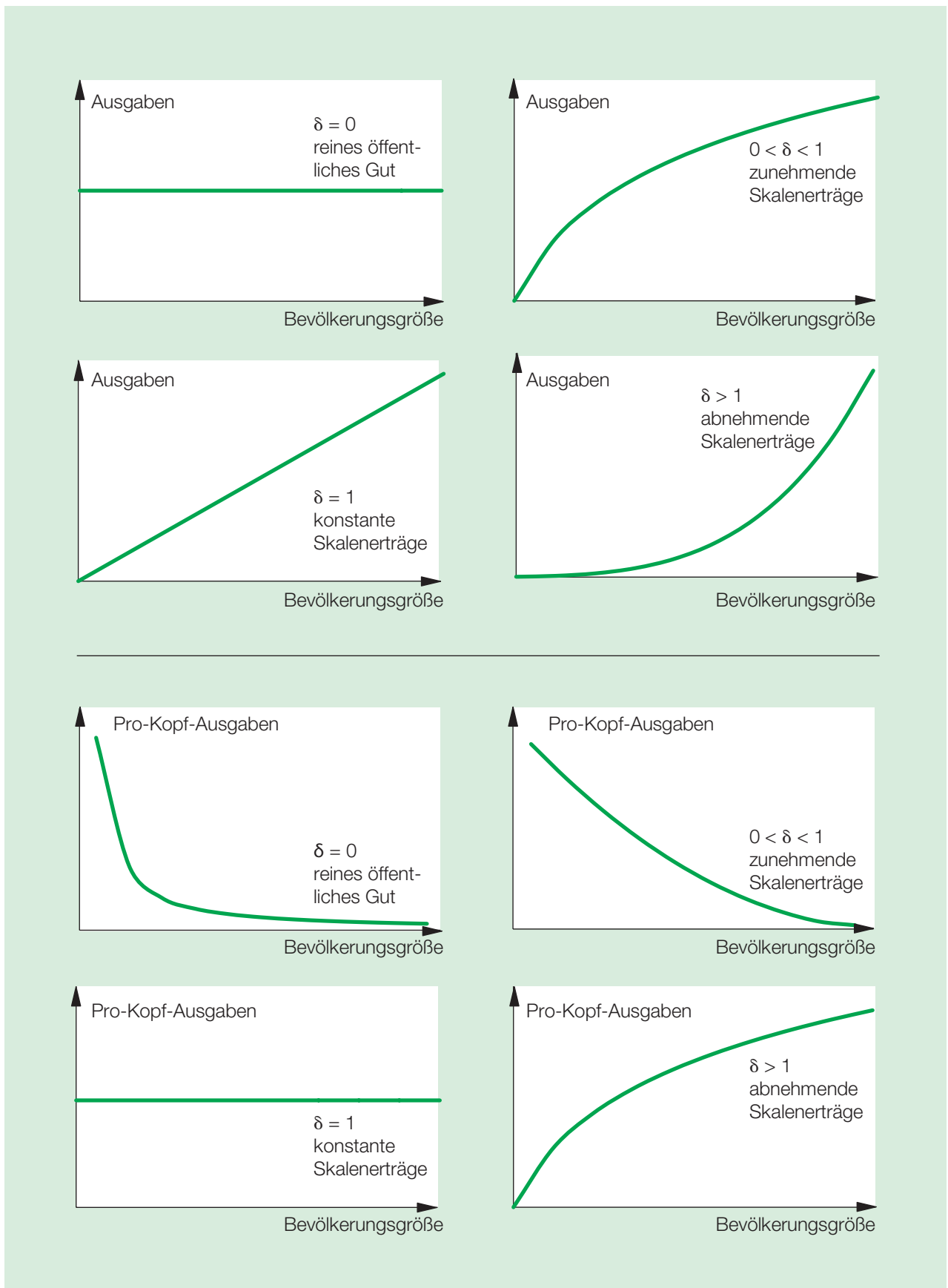
X_i entspricht der individuell konsumierten Menge eines Gutes, X repräsentiert die gesamte bereitgestellte Menge dieses Gutes in einer Gemeinde und N bezeichnet die Bevölkerung dieser Gemeinde. Der Herstellungspreis wird auf „1“ normiert, so dass dieser in der weiteren Betrachtung vernachlässigt werden kann. δ beschreibt einen Verdrängungsparameter und ist definiert für den Wertebereich von $0 \leq \delta < \infty$.

Bei einem rein öffentlichen Gut nimmt δ den Wert Null an. Damit gilt $X_i = X$, was impliziert, dass jeder Einwohner das Gut in gleichem Umfang nutzen kann und keinerlei Verdrängungseffekte auftreten. Die Gesamtkosten der Bereitstellung einer bestimmten Menge des Gutes sind daher konstant und unabhängig von der Nutzerzahl. Die Pro-Kopf-Kosten (Durchschnittskosten) sinken somit durch weitere Nutzer, bei einem Bevölkerungsrückgang steigen sie hingegen an. Dies bedeutet jedoch auch, dass die gesamten Bereitstellungskosten bei einer Schrumpfung der Bevölkerung nicht reduziert werden können, soll das bisherige Leistungsniveau beibehalten werden (vgl. Abb. 1).

Von 0 abweichende Werte des Parameters δ kennzeichnen Güter, bei denen die Pro-Kopf-Ausgaben mit der Zahl der Nutzer variieren. Abbildung 1 zeigt die Entwicklung von Gesamt- sowie Pro-Kopf-Ausgaben in Abhängigkeit von der Bevölkerungsgröße für verschiedene Werte des Verdrängungsparameters δ . Auf der

* Christian Thater ist Doktorand am ifo Institut, Niederlassung Dresden.

Abbildung 1: Gesamtausgaben und Pro-Kopf-Ausgaben in Abhängigkeit des Verdrängungsparameters



Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

Abszisse ist jeweils die Bevölkerungsgröße abgetragen. Die Abbildungen unterscheiden sich dadurch, dass die oberen vier Diagramme zeigen, inwieweit sich die Gesamtausgaben (Ordinate) in Abhängigkeit des Verdrängungsparameters ändern und die unteren vier Diagramme zeigen die Veränderung der Pro-Kopf-Ausgaben.

Mit steigendem δ wächst die Rivalität im Konsum. Zusätzliche Nutzer verringern bei gegebenem Gesamtangebot die Menge des Gutes, welche den einzelnen Nutzern zur Verfügung steht. Soll das Versorgungsniveau aufrechterhalten werden, muss die insgesamt bereitgestellte Menge erhöht werden. Dies bringt allerdings auch steigende Kosten mit sich. Für $0 < \delta < 1$ existieren zwar Verdrängungseffekte, jedoch sind diese nicht vollständig. Daher steigen die Kosten auch nur unterproportional im Verhältnis zur Nutzerzahl, es liegen zunehmende Skalenerträge vor. Ist $\delta = 1$, handelt es sich um ein rein privates Gut. Ein weiterer Nutzer reduziert die Menge des konsumierbaren Gutes für den Einzelnen um genau den Teil, den er selbst beansprucht, es gilt:

$$X_i = \frac{X}{N}. \quad (2)$$

In diesem Fall sind die Skalenerträge konstant. Die Ausgaben erhöhen sich damit proportional zur Nutzerzahl und die Pro-Kopf-Ausgaben bleiben unverändert. Umgekehrt können die Gesamtausgaben bei einem Bevölkerungsrückgang aber auch im gleichen Maße wie die Einwohnerzahl sinken, ohne dass es zu einer Verschlechterung der Versorgungslage kommt. Ist $\delta > 1$, liegen abnehmende Skalenerträge vor, ein weiterer Nutzer reduziert somit die Menge des Gutes um mehr als seinen eigenen Anteil. Dies ist immer dann der Fall, wenn Überfüllungseffekte auftreten. Bereitgestellte Menge und Kosten steigen daher überproportional stark an, können bei einer geringeren Bevölkerungszahl aber auch überproportional stark gesenkt werden.

Da in den kommenden Jahren fast überall in Sachsen mit einer schrumpfenden Bevölkerung zu rechnen ist, sind abnehmende oder konstante Skalenerträge jedoch nicht nachteilig. In diesen Fällen ist eine Anpassung der Ausgaben an die geringere Einwohnerzahl besonders gut möglich. Kostenremanenzen sind dagegen zu erwarten, falls für die untersuchten Bereiche zunehmende Skalenerträge ermittelt werden.

Das Modell zur Schätzung der kommunalen Ausgaben

Der im Folgenden vorgestellten Methodik zur nachfrageorientierten Schätzung von Gemeindeausgaben liegen die Arbeiten von BERGSTROM und GOODMAN (1973) sowie

BORCHERDING und DEACON (1972) zu Grunde. In diesen findet das Medianwähler-Modell Verwendung, welches besagt, dass die politischen Parteien ihre Programme an den Präferenzen des Medianwählers ausrichten, der somit die Höhe öffentlicher Ausgaben für verschiedene Güter bestimmt. Es wird angenommen, dass sich Gemeindeausgaben im Wesentlichen durch drei Faktoren bestimmen lassen: Das Medianeinkommen und die Bevölkerungszahl der jeweiligen Gemeinde sowie den Preis des bereitgestellten Gutes.

Die Motivation für die Verwendung dieser Variablen ist folgende: Zum einen steigt typischerweise die Nachfrage nach öffentlich angebotenen Gütern mit dem Einkommen der Bevölkerung. Je höher das Medianeinkommen in einer Gemeinde ist, desto größer sind die Nachfrage und damit auch die bereitgestellte Menge öffentlich angebotener Leistungen. Zum anderen hat auch die Größe der Bevölkerung einer Gemeinde einen unmittelbaren Einfluss auf die Nachfrage nach einem Gut. Die Bereitstellungsmenge steigt normalerweise in der Zahl der Einwohner. Ob dieser Anstieg aber über- oder unterproportional zur Bevölkerungsgröße erfolgt, ist a priori unklar und soll deshalb Hauptaugenmerk der folgenden Schätzung sein. Das Modell geht weiterhin davon aus, dass die öffentlichen Leistungen durch Steuern finanziert werden und die Einwohner wissen, für welchen Anteil der bereitgestellten Leistungen sie durch ihre Steuerzahlung aufkommen. Damit haben sie auch Kenntnis darüber, wie sich eine Änderung der Höhe der Gemeindeausgaben auf ihre Steuerbelastung auswirken würde, die somit den Preis einer öffentlichen Leistung für das Individuum abbildet. Die Individuen können wählen, wie viele öffentliche bzw. private Güter sie nachfragen und maximieren ihren Nutzen über diese Entscheidung. Da die Nachfrage nach öffentlichen Leistungen dem Angebot dieser entspricht, haben sie damit ebenfalls die Möglichkeit, über den Steuersatz zu entscheiden. Während BORCHERDING und DEACON (1972) annehmen, dass die Herstellung einer Einheit des öffentlich angebotenen Gutes in verschiedenen Gemeinden unterschiedliche Kosten verursachen kann, weil die Löhne in den einzelnen Regionen verschieden hoch sein können, gehen BERGSTROM und GOODMAN (1973) davon aus, dass die Löhne in allen Regionen gleich sind. Demnach variiert die Nachfrage nach öffentlich angebotenen Gütern in ihrem Modell nicht aufgrund unterschiedlicher Löhne, sondern aufgrund unterschiedlicher Steuersätze in den einzelnen Gemeinden. Aufbauend auf diesen beiden Arbeiten existieren zahlreiche Veröffentlichungen, die für verschiedene öffentliche Leistungen den jeweiligen Einfluss der Bevölkerung auf die Ausgaben geschätzt haben. Da die Studien überwiegend für die USA durchgeführt wurden, sind die Ergebnisse nur bedingt auf Deutschland übertragbar. Während

hierzulande viele kommunale Angebote von höheren föderalen Ebenen zumindest kofinanziert werden und die Gemeinden deshalb nicht völlige Gestaltungsfreiheit in der Bereitstellung dieser Leistungsangebote besitzen, existiert eine solche föderale Struktur in anderen Ländern nicht. Zudem ist die Koinzidenz von Steuern und öffentlichen Leistungen hier nicht gegeben, sodass die Preisvariable nicht definiert ist. Daher gibt es lediglich zwei Studien, welche die Nachfrage nach kommunalen Leistungen in Deutschland untersuchen.

PROSS (1982) untersucht anhand von Daten des Jahres 1977 für 150 baden-württembergische Gemeinden verschiedener Größe, ob Skalenerträge bei den Gesamtausgaben der Kommunen vorliegen. Sämtliche Leistungen werden hier also aggregiert und es findet keine Unterteilung in verschiedene Ausgabenbereiche gemäß Einzelgliederungsplan statt. Als Ergebnis zeigt sich, dass die Ausgaben mit dem Einkommen der Einwohner positiv, mit der Steuerbelastung hingegen negativ korreliert sind.

BOTHE (1989) folgt dem Modell von BERGSTROM und GOODMAN und verwendet als abhängige Variablen daher Einkommen, Bevölkerungsgröße und Steuerlastanteil. Er untersucht die Ausgaben des Jahres 1983 für 486 Gemeinden in den alten Bundesländern. Dabei bildet er zwei Ausgabengruppen und ordnet die einzelnen Ausgabenpositionen je nachdem, ob es für die jeweiligen Leistungen Substitute auf privaten Märkten gibt oder nicht. Zusätzlich unterscheidet er nach verschiedenen Größenklassen der untersuchten Gemeinden. Es werden mehrere Varianten der Schätzung durchgeführt, wobei sowohl Median- als auch Durchschnittswerte für Einkommen und Anteil der gezahlten Steuern Verwendung finden. Als Ergebnis zeigt sich auch hier, dass das Einkommen einen positiven Einfluss auf die Höhe der Gemeindeausgaben hat, die Bereitstellungskosten und der Steuerersatz dagegen einen negativen Einfluss. In beiden Untersuchungen ergeben sich in den meisten Fällen annähernd konstante oder leicht abnehmende Skalenerträge.

Unser Vorgehen orientiert sich an der Arbeit von BOTHE (1989). Die Ausgaben einer Gemeinde für eine bereitgestellte Leistung werden in Abhängigkeit von Durchschnittseinkommen und Bevölkerungsgröße geschätzt. Die Schätzgleichung lautet

$$\log E = c + a \cdot \log \bar{Y} + b \cdot \log N. \quad (3)$$

Dabei bezeichnet E die Ausgaben der Gemeinde für eine öffentliche Leistung, \bar{Y} das durchschnittliche Einkommen und N die Bevölkerungsgröße. Das durchschnittliche Einkommen in einer Gemeinde wird als Quotient aus dem Gesamtbetrag der Einkünfte und der Anzahl der

Einkommensteuerpflichtigen berechnet:

$$\bar{Y} = \frac{\text{Gesamtbetrag der Einkünfte}}{\text{Anzahl der Steuerpflichtigen}}. \quad (4)$$

Auf die, durch die Steuerbelastung abgebildete, Preisvariable wird verzichtet, da sie sich als insignifikant erwies und somit den Erklärungsgehalt des Modells nicht steigert. Grund hierfür ist, dass der Großteil der individuell gezahlten Steuern (Einkommen- und Umsatzsteuer) nicht direkt an die Gemeinden fließt, sondern erst indirekt über den Gemeindeanteil nivelliert an die Gemeinden zurückfließt. Die gezahlten Steuern stehen demnach auf der kommunalen Ebene nicht in Zusammenhang mit dem öffentlichen Leistungsangebot und können deswegen auch nicht als Preisindikator herangezogen werden. Des Weiteren wird, aufgrund eines höheren Erklärungsgehaltes der einzelnen Koeffizienten, das Durchschnitts- statt des Medianeinkommens verwendet. Die Schätzung erfolgt in logarithmierten Werten, die Koeffizienten können daher direkt als Elastizitäten interpretiert werden.

Untersuchungsgegenstand und Datengrundlage

Untersuchungsgegenstand sind die 496 sächsischen Gemeinden nach dem Gebietsstand vom 01.08.2008. Die für die Berechnung notwendigen Informationen zu den Ausgaben einer Gemeinde stammen aus der Jahresrechnungsstatistik. Die Angaben über die Gesamtzahl der Einkommensteuerpflichtigen sowie deren erzielte Einkünfte werden der Lohn- und Einkommensteuerstatistik entnommen. Die Daten zur Entwicklung der Bevölkerungszahlen entstammen der Bevölkerungsfortschreibung des STATISTISCHEN LANDESAMTES [vgl. STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2008a, b und d)].

Da die erforderlichen Daten sowohl für alle Gemeinden als auch für mehrere Jahre vorliegen, wären grundsätzlich sowohl eine Zeitreihen-, Querschnitts- als auch eine Panelanalyse denkbar. Für die vorliegende Berechnung wurde, dem Vorschlag von BOTHE (1989) folgend, auf die Querschnittsbetrachtung zurückgegriffen. Es werden somit alle Gemeinden zu einem bestimmten Stichtag verglichen. Die Veränderung innerhalb einzelner Gemeinden über die Zeit wird nicht als zusätzliche Information hinzugenommen. Grund hierfür sind die Gebietsstrukturereformen der vergangenen Jahre, die dazu führen, dass die Ausgaben einzelner Gemeinden nicht konsistent über die Jahre zurückverfolgt werden können. In der folgenden Untersuchung wurden ausgewählte Bereiche des kommunalen Leistungsangebotes betrachtet. Ursächlich für die selektive Auswahl ist, dass kommunale Ausgaben oftmals durch bundes- oder landesrechtlich geregelte Leistungsgesetze determiniert sind und sich

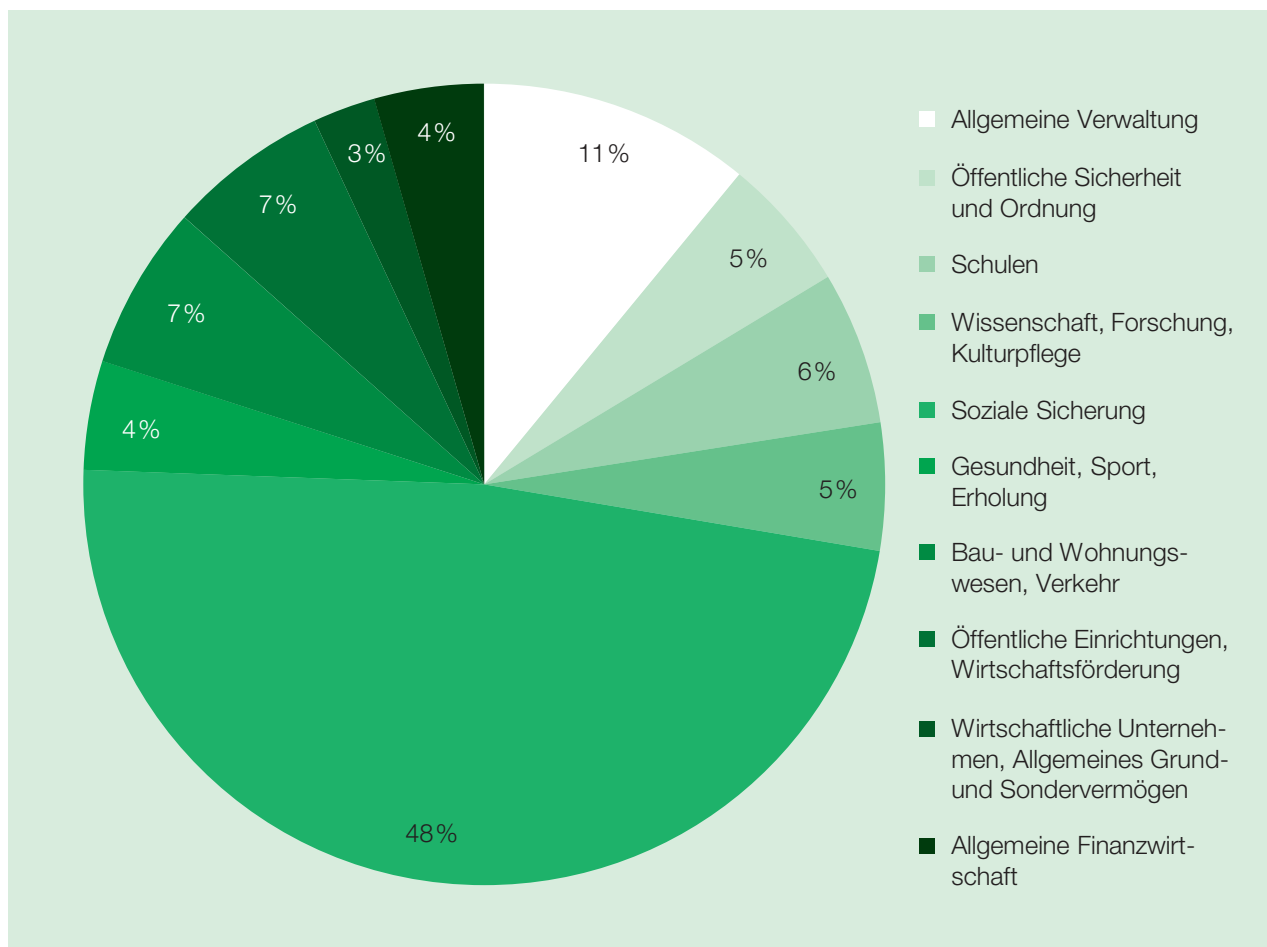
somit der kommunalen Gestaltungshoheit entziehen. Dementsprechend wurden Bereiche ausgewählt, die (überwiegend) kommunal finanziert werden und zudem einen bedeutenden Anteil an den gesamten kommunalen Ausgaben haben. Abbildung 2 zeigt die Anteile einzelner Leistungen am Gesamthaushalt der Kommunen. Dabei werden nur diejenigen Ausgaben berücksichtigt, die ausschließlich von den Kommunen gezahlt werden. Zweckgebundene Zuweisungen und Zuschüsse von Bund und Land sind demnach in Abbildung 2 nicht berücksichtigt.

Der Bereich „Soziale Sicherung“ nimmt augenscheinlich den größten Teil im kommunalen Budget ein. Dieser Ausgabenblock setzt sich wiederum aus einer Vielzahl von Unterkategorien zusammen, von denen einige größtenteils kommunal finanziert werden. Mit der Kategorie „Kindertageseinrichtungen“ wurde ein Teilbereich ausgewählt und näher betrachtet, dessen Kosten in besonderem Maße von der demographischen Entwicklung betroffen sein werden und von den Kommunen selbst beeinflussbar sind. Weiterhin nimmt die „allgemeine

Verwaltung“ mit 11% einen großen Teil der Gesamtausgaben ein. In zahlreichen Studien wurde gezeigt, dass in diesem Bereich häufig starke Einsparpotenziale vorliegen [vgl. SEITZ (2007)]. Diese Einsparpotenziale waren auch eine der treibenden Kräfte für die Verwaltungsstrukturreform in Sachsen im Jahr 2008. Zusätzlich wird noch die „Städteplanung“ untersucht. Sie zählt zum Bereich Bau- und Wohnungswesen, der einen Anteil von 7% der kommunalen Ausgaben darstellt. In den kommenden Jahren wird die Städteplanung vielerorts von besonderer Bedeutung für das Gelingen von demographischen Anpassungsmaßnahmen sein. In vielen Kommunen wird in naher Zukunft ein gezielter Rückbau von Wohnquartieren und der darauf entfallenden Infrastrukturen erforderlich werden. Eine effizient organisierte Städteplanung kann hier beitragen, erhebliche Ausgaben einzusparen.

In Tabelle 1 sind diese Kategorien nochmals detailliert aufgeführt. Dargestellt werden die Gesamtausgaben aller sächsischen Gemeinden für die gewählten Bereiche sowie deren jeweiliger Anteil an den gesamten kommunalen Ausgaben.

Abbildung 2: Ausgaben nach Einzelplan für die sächsischen Gemeinden in 2006 (in %)



Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2008c), Darstellung des ifo Instituts.

Tabelle 1: Kommunale Ausgaben für die Bereiche „allgemeine Verwaltung“, „Städteplanung“ sowie „Kindertageseinrichtungen“

Bereich	Ausgaben (in 1.000 €)	Anteil am Gesamthaushalt in %
Allgemeine Verwaltung	724,599	11,00
Städteplanung	241,409	3,65
Kindertageseinrichtungen	373,277	5,67

Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2008c), Darstellung des ifo Instituts.

Schätzergebnisse

Tabelle 2 zeigt den Einfluss der Bevölkerungsgröße und des Durchschnittseinkommens auf die kommunalen Ausgaben für die drei untersuchten Ausgabenbereiche. Dabei werden die Koeffizienten der Schätzgleichung sowie die Güte der Schätzung ausgegeben.

Für den Bereich der allgemeinen Verwaltung zeigt sich, dass alle verwendeten Variablen signifikant von Null verschieden sind und damit einen Einfluss auf die Höhe der Ausgaben haben. Bei den vorliegenden Ergebnissen überrascht lediglich das Vorzeichen des Koeffizienten des Durchschnittseinkommens. Während nach den theoretischen Überlegungen die Nachfrage nach allgemeiner Verwaltung im Durchschnittseinkommen der Bevölkerung zunehmen oder zumindest konstant bleiben sollte, nimmt sie in den sächsischen Gemeinden tatsächlich ab. Der Schätzwert gibt an, dass die Nachfrage um 0,667 % zurückgeht, wenn das Durchschnittseinkommen in einer Gemeinde um 1 % steigt.

Der Koeffizient der Bevölkerungsgröße stellt gleichzeitig den zu untersuchenden Verdrängungsparameter

dar und ermöglicht deshalb eine Aussage über das Vorliegen von Skalenerträgen. Der ermittelte Wert gibt an, dass die Ausgaben für die allgemeine Verwaltung um 1,174 % steigen, wenn die Bevölkerung um 1 % wächst. Die Ausgaben steigen somit leicht überproportional und es liegen abnehmende Skalenerträge vor. Dies bedeutet jedoch auch, dass bei einem Rückgang der Einwohnerzahl langfristig eine überproportionale Kostensenkung möglich ist.

Das sehr hohe Bestimmtheitsmaß von 83,7 % impliziert einen sehr guten Erklärungsgehalt der Ausgaben in den einzelnen Gemeinden mit den gewählten Variablen. Generell könnten neben dem Grundmodell der Schätzung zusätzliche Variablen verwendet werden, die geeignet scheinen, den Bedarf an allgemeiner Verwaltung zu erklären. So wäre es beispielsweise vorstellbar, dass eine hohe Gewerbeintensität in einer Gemeinde zu einem größeren Bedarf an allgemeiner Verwaltung führt. Ein geeigneter Indikator hierfür wäre das jeweilige Gewerbesteueraufkommen vor Ort. Verschiedene Varianten der Schätzung haben jedoch gezeigt, dass die Hinzunahme weiterer Variablen die Erklärungsgüte des Modells nicht

Tabelle 2: Schätzergebnisse zur Höhe der kommunalen Ausgaben

Variable	Parameter	Koeffizienten		
		Allgemeine Verwaltung	Städteplanung	Kindertageseinrichtungen
Konstante		9,933***	-15,169*	6,699*
Durchschnittliches Einkommen	a	-0,667***	0,975	0,281
Bevölkerung im relevanten Alter (=Verdrängungsparameter)	b	1,174***	1,993***	0,739***
Änderung der Bevölkerungsgröße	c	-	0,227*	-
korrigiertes Bestimmtheitsmaß R ²		0,837	0,586	0,629

Anmerkung: * signifikant zum 10%-Niveau, ** signifikant zum 5%-Niveau, *** signifikant zum 1%-Niveau

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

wesentlich erhöht. Somit wurde für die weitere Analyse lediglich auf das Grundmodell zurückgegriffen.

Bei der Städteplanung haben, abgesehen vom durchschnittlichen Einkommen, ebenfalls alle Variablen einen signifikanten Einfluss auf die Höhe der Ausgaben. Der Einfluss der Bevölkerungsgröße ist hier deutlich stärker als bei der zuvor betrachteten allgemeinen Verwaltung. Eine einprozentige Verringerung der Einwohnerzahl führt zu geringeren Ausgaben in Höhe von 1,993 %. Neben den Variablen des Grundmodells wurde bei der Schätzung dieser Ausgabenkategorie die betragsmäßige prozentuale Veränderung der Bevölkerungsgröße im Zeitraum 2000 bis 2006 hinzugenommen. Annahme hierbei ist, dass eine große Veränderung der Einwohnerzahl – unabhängig vom Vorzeichen – auch den Anpassungs- und damit den Planungsbedarf erhöht. Der Parameter erweist sich als signifikant und zeigt einen höheren Bedarf an Stadtplanung in Gemeinden mit relativ starken Veränderungen der Bevölkerungsgröße. Der Koeffizient sagt aus, dass die Ausgaben zusätzlich um 0,227 % zur Bevölkerungsgröße ansteigen, wenn sich die Einwohnerzahl in der Vergangenheit um 1 % veränderte. Da die Änderung der Bevölkerungszahl von 2000 bis 2006 verwendet wurde, bezieht sich die Untersuchung überwiegend auf schrumpfende Gemeinden, da in den sächsischen Gemeinden in diesem Zeitraum bereits ein deutlicher Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen war.

Auch für die Schätzung der Ausgaben für Kindertageseinrichtungen zeigt sich, dass die Bevölkerungsgröße einen Einfluss auf deren Höhe hat. Hier wurde aus naheliegenden Gründen für die Bevölkerungsgröße nur die Bevölkerung im relevanten Alter (0–6 Jahre) verwendet.² Im Gegensatz zur allgemeinen Verwaltung und zur Städteplanung erhalten wir für den Koeffizienten jedoch mit 0,739 einen Wert kleiner als Eins. Dies bedeutet, dass Kostenremanenzen vorliegen und die Ausgaben somit nicht im gleichen Maße reduziert werden können, wie es eine Veränderung der Bevölkerungsgröße im relevanten Alter erforderlich machen würde. Dieser Schätzwert steht im Kontrast zu den bisherigen Ergebnissen

der anderen beiden Ausgabenbereiche, ist jedoch konsistent mit den Ergebnissen anderer Studien. So wurden in Studien von POMMERHNE und FREY (1976) sowie SANTERRE (1985) die Ausgaben von Schulen der Grundstufe untersucht und in beiden Fällen leicht zunehmende Skalenerträge festgestellt [vgl. REITER und WEICHENRIEDER (1997)]. Auch für dieses Modell wären zusätzliche Variablen denkbar. Allerdings bringen weder die Informationen zur Anzahl der Einrichtungen, der tätigen Personen noch der genehmigten Plätze weitere Erkenntnisse für die Schätzung. Grund hierfür ist, dass all diese Variablen miteinander sehr hoch korreliert sind und sich zusätzlich recht ähnlich zur Bevölkerungsgröße verhalten.

Um die Interpretation der ermittelten Koeffizienten zu erleichtern, zeigt Tabelle 3 die prozentuale Veränderung der Gesamt- und der Pro-Kopf-Ausgaben in den ausgewählten Bereichen, die bis zum Jahr 2020 aufgrund der Bevölkerungsentwicklung realisiert werden können. Alle Werte sind arithmetische Mittel der Ergebnisse für die 496 sächsischen Gemeinden. Es zeigt sich, dass in allen untersuchten Kategorien ein deutlicher Rückgang der Ausgaben möglich ist, für die allgemeine Verwaltung und die Städteplanung liegt dieser sogar im zweistelligen Prozent-Bereich. Die Ausgaben für die allgemeine Verwaltung können um ca. 13 % gesenkt werden. Weiterhin wurden für diesen Bereich leicht abnehmende Skalenerträge ermittelt, sodass ein Bevölkerungsrückgang auch zu sinkenden Pro-Kopf-Ausgaben führt. Ein ähnliches Bild zeigt sich im Bereich Städtebau, wo die Gesamtausgaben um 22 % und die Pro-Kopf-Ausgaben aufgrund der stark abnehmenden Skalenerträge um über 8 % gesenkt werden können.

Im Bereich der Kindertageseinrichtungen fällt der mögliche Rückgang der Gesamtausgaben mit ca. 8 % am geringsten aus. Im Gegensatz zu den anderen beiden Leistungsbereichen steigen hier sogar die Pro-Kopf-Ausgaben, was durch die, für diese Leistung ermittelten, zunehmenden Skalenerträge verursacht wird.

Tabelle 3: Entwicklung von Gesamt- und Pro-Kopf-Ausgaben bis zum Jahr 2020

	Bereich		
	Allgemeine Verwaltung	Städtebau	Kindertageseinrichtungen
Ausgabenrückgang gesamt	-13,19 %	-22,00 %	-7,79 %
Veränderung Pro-Kopf-Ausgaben	-2,24 %	-8,24 %	16,86 %

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Schlussfolgerungen

Der Rückgang der Einwohnerzahl sowie die Alterung der Bevölkerung zwingen die sächsischen Kommunen in den kommenden Jahren zu einer Änderung ihrer Ausgabenpolitik. Einerseits werden die Einnahmen aufgrund der sinkenden Bevölkerungszahl zurückgehen, andererseits wird sich durch den demographischen Wandel auch die Nachfrage nach öffentlichen Leistungen verändern. Daher hat dieser Beitrag untersucht, inwiefern es für die Gemeinden möglich ist, ihre Ausgaben an die sich verändernden Rahmenbedingungen anzupassen. Die Ergebnisse zeigen, dass in wichtigen Bereichen des öffentlichen Leistungsangebots keine Größenvorteile existieren und Kostensenkungen daher sehr gut möglich sind. In zwei der drei untersuchten Ausgabenkategorien („allgemeine Verwaltung“ und „Städtebau“) wurden sogar abnehmende Skalenerträge festgestellt, welche bei einer geringeren Einwohnerzahl überproportionale Kostensenkungen ermöglichen, ohne die Qualität der Versorgung zu verringern. Bei den Ausgaben für Kindertageseinrichtungen liegen zwar zunehmende Skalenerträge vor, die Demographiesensitivitätsanalyse zeigt jedoch auch hier Einsparpotenziale, welche aus der geringeren Nutzerzahl resultieren.

Allerdings besteht die Gefahr, dass einzelne Kommunen notwendige Anpassungen aufgrund von Informationsdefiziten oder befürchteten Rückwirkungen auf die demographische Entwicklung verzögern. Da bei der Entscheidung der Menschen und Unternehmen für Wohn- und Produktionsstandorte immer auch das öffentliche Leistungsangebot in den jeweils konkurrierenden Gemeinden ein Auswahlkriterium darstellt, kann es zu einem „Wartespiel“ kommen, bei dem die Kommunen den Rückbau vorhandener Infrastrukturen so lange wie möglich hinauszögern. Vor diesem Hintergrund bedarf es regulierender Maßnahmen der Landespolitik: Geeignete finanzielle Anreizinstrumente sollten eingesetzt werden, um die Gemeinden zu einem gesamtwirtschaftlich effizienten Verhalten zu bewegen. Insbesondere durch die Investitionsförderpolitik hat die Landesregierung die Möglichkeit, den Kommunen finanzielle Entlastung für anfallende Anpassungskosten zu gewähren. Derartige Zuwendungen sollten jedoch stets an konkrete Verwendungsaufgaben geknüpft werden und außerdem nur zeitlich befristet zur Verfügung stehen, um einen Anreiz zur zügigen Anpassung zu setzen. Um das „Wartespiel“ zu überwinden, ist es weiterhin sinnvoll, kooperatives Verhalten zwischen einzelnen Kommunen zu belohnen, beispielsweise durch Zuweisungen für übergemeindliche Vorhaben oder den Zusammenschluss von Infrastrukturen. Bei allen Maßnahmen muss jedoch darauf geachtet werden, die Chancengleichheit der Bevölkerung in besonders stark schrumpfenden Regionen nicht zu gefährden.

Literatur

- BERGSTROM, T.; GOODMAN R. P. (1973): Private Demand for Public Goods. In: *The American Economic Review* 63 (3); S. 280–296.
- BORCHERDING, T. E.; DEACON, R. T. (1972): The Demand for the Services of NonFederal Governments. In: *The American Economic Review* 62; S. 891–901.
- BOTHE, A. (1989): Die Gemeindeausgaben in der Bundesrepublik: Ein nachfrageorientierter Erklärungsansatz. Kieler Studien Nr. 226.
- POMMEREHNE, W. W.; FREY, B. S. (1976): Two approaches to estimating public expenditures. In: *Public Finance Review* 4; S. 395–404.
- PROSS, G. (1982): Die Nachfrage nach öffentlichen Gütern: Eine empirische Untersuchung der Gemeindeausgaben in Baden-Württemberg.
- REITER, M.; WEICHENRIEDER, A. J. (1997): Are Public Goods Public? A Critical Survey of the Demand Estimates for Local Public Services. In: *Finanzarchiv* 54; S. 374–408.
- SANTERRE, R. E. (1985): Spatial differences in the demand for local public goods. In: *Land Economics*; S. 119–128.
- SEITZ, H. (2006): Berechnung und Projektion von alterabhängigen Ausgaben auf der kommunalen Ebene. Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung, TU Dresden.
- SEITZ, H. (2007): Die ökonomischen und fiskalischen Effekte der Kreisstrukturreform in Sachsen. TU Dresden, verfügbar unter: [http://www.tu-dresden.de/www/wlmp/publikation/Seitz\(2007\)_KreisreformSachsen.pdf](http://www.tu-dresden.de/www/wlmp/publikation/Seitz(2007)_KreisreformSachsen.pdf).
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2008a): 4. Regionalisierte Bevölkerungsfortschreibung des Freistaates Sachsen bis 2020, Variante 3.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2008b): Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden/GV in Sachsen 1999–2006.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2008c): Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Kommunalhaushalte des Freistaates Sachsen.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2008d): Unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtige, Gesamtbetrag der Einkünfte und festzusetzende Einkommensteuer in Sachsen 2004 nach Gemeinden und Größenklassen.

¹ Im Folgenden wird die Bezeichnung Städteplanung synonym verwendet für die Gliederungspunkte 60 und 61 gemäß Einzelplan. Die vollständige Bezeichnung lautet „Bauverwaltung, Städteplanung, Vermessung und Bauordnung“.

² Es nehmen zwar Kinder bis zwölf Jahre Kindertageseinrichtungen in Anspruch (Hort), allerdings ist in der Altersgruppe der 6- bis 12-Jährigen der Personalschlüssel sehr gering, so dass die 0- bis 6-Jährigen die treibende Gruppe für die Gesamtkosten darstellt.

Wirtschaftspolitische Aufgaben in Ostdeutschland¹

Joachim Ragnitz*

Vielerlei Bilder werden derzeit bemüht, um den Zustand der ostdeutschen Wirtschaft zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR zu beschreiben. Während die Partei „Die Linke“ das endgültige Scheitern des „Aufbau Ost als Nachbau West“ konstatiert [vgl. DIE LINKE (2009)], stellt die CDU fest, dass die ostdeutschen Länder „sichtbar aufgeblüht“ seien [CDU (2008), S. 1]. Auch der Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit beschreibt die Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft seit 1990 als Erfolg und verheißt ein Aufholen gegenüber den strukturschwächeren Ländern Westdeutschlands bis zum Jahre 2019 [vgl. BUNDESREGIERUNG (2009), S. 6]. Ein Blick auf die Fakten zeigt, dass weder die optimistische noch die pessimistische Sichtweise so wirklich zutreffend ist.

Unbestritten ist, dass im Vergleich zur Situation in der DDR Vieles besser geworden ist; unbestritten ist aber auch, dass nicht alle zu Beginn des Vereinigungsprozesses gehegten Erwartungen in Erfüllung gegangen sind. So hat sich das materielle Wohlstandsniveau der Bevölkerung gegenüber der Situation in der DDR deutlich erhöht – messbar an den gestiegenen Einkommen, der verbesserten Wohnsituation, der quantitativ und qualitativ besser gewordenen Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern und der größeren Vielfalt des Warenangebots. Auch die Verbesserung der Umweltsituation und die vielfach gut ausgebaute Infrastruktur sind sichtbare Zeichen für die Fortschritte, die im Vergleich zu 1989 erzielt wurden [siehe zum Vergleich der Situation heute mit der wirtschaftlichen Lage im Jahr 1989: RAGNITZ, J.; SCHARFE, S., SCHIRWITZ, B. (2009)]. In vielen Bereichen der Wirtschaft gibt es aber nach wie vor einen deutlichen Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland, der vor allem in den neuen Ländern vielfach Anlass zur Unzufriedenheit gibt, aber auch in Westdeutschland wegen der daraus resultierenden finanziellen Belastungen Unbehagen auslöst. Hinzu kommt, dass die Annäherung gesamtwirtschaftlicher Indikatoren an westdeutsche Werte seit Langem nur noch schleppend vorankommt. Da die „Angleichung der Lebensverhältnisse“ nach wie vor politisches Ziel ist, stellt sich die Frage, welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen hierfür erforderlich sind. Der Beginn einer neuen Legislaturperiode im Bund, aber auch in mehreren ostdeutschen Ländern gibt Anlass, hierüber verstärkt nachzudenken.

Gesamtwirtschaftliche Grunddaten

Auf einer aggregierten Ebene lassen sich Erfolg und Misserfolg des Aufbaus Ost an einigen wenigen gesamtwirtschaftlichen Kennzahlen ablesen. Betrachtet man das (nominale) Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner, so liegt dieses derzeit bei knapp 71 % des westdeutschen Durchschnittswertes² – im Jahr 1991 waren es erst 43 % (vgl. Tab. 1). Nach einem kräftigen Anstieg unmittelbar nach der Vereinigung gab es seit etwa 1997 jedoch kaum noch eine weitere Annäherung an das westdeutsche Niveau, und wenn, so ist diese eher auf den Rückgang der Bevölkerung als auf eine Erhöhung der Wirtschaftsleistung zurückzuführen. Während nämlich das reale Bruttoinlandsprodukt zwischen 1997 und 2008 nur noch um 1,1 % jährlich und damit deutlich schwächer als in Westdeutschland (1,6 %) gestiegen ist, nahm die Bevölkerung in diesem Zeitraum um mehr als 0,5 % pro Jahr ab (Westdeutschland: +0,2 %). Anders als in den frühen 1990er Jahren ist somit keine echte Konvergenz des Wohlstandsniveaus zwischen Ost- und Westdeutschland mehr festzustellen [Vgl. zu entsprechenden Rechnungen auf der Ebene der einzelnen Bundesländer auch: BERTHOLD, N.; KULLAS, M. (2009)].

Etwas geringer, aber dennoch groß, ist der Rückstand Ostdeutschlands auch bei der Arbeitsproduktivität (gemessen am nominalen BIP je Erwerbstätigenstunde), die aktuell bei 76 % des westdeutschen Durchschnittswertes liegt. Der Unterschied zum BIP je Einwohner ergibt sich dabei durch das Zusammenspiel mehrerer Einflussfaktoren: Einerseits ist die Erwerbstätigenquote (Erwerbstätige je Einwohner) in den neuen Ländern um etwa 10 % niedriger als in den alten Ländern, gleichzeitig ist die geleistete Stundenzahl je Erwerbstätigen aber um rund 5 % höher. Neben einer höheren Präferenz für Vollzeitbeschäftigung spielen dabei auch längere (tarifliche) Wochenarbeitszeiten und geringere Urlaubsansprüche eine Rolle.

Der Abstand der Arbeitsproduktivität zwischen Ost- und Westdeutschland reflektiert vor allem Strukturunterschiede zwischen beiden Regionen, insbesondere die divergierende Betriebsgrößenstruktur und das weitgehende Fehlen von Unternehmenshauptsitzen in den neuen Ländern [vgl. DIW/IAB/IfW/IWH/ZEW (2002), S. 193ff.]. Dies hat zur Folge, dass bestimmte wertschöpfungsintensive Tätigkeiten (besonders ausgeprägt im Bereich von Forschung und Entwicklung) in Ostdeutschland nur schwach vertreten sind, dass die Exportorientierung gering ist und

* Dr. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts.

Tabelle 1: Indikatoren zum Konvergenzprozess in Ostdeutschland: nominales Bruttoinlandsprodukt (Westdeutschland=100)

Jahr	BIP je Einwohner	BIP je Erwerbstätigen	BIP je Erwerbstätigenstunde
1991	42,9	44,5	44,3
1995	67,1	72,2	65,9
2000	67,2	75,7	70,1
2005	69,5	78,6	74,3
2006	69,9	78,5	74,4
2007	70,3	78,5	74,9
2008	70,9	79,0	75,6

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder; Berechnungen des ifo Instituts.

Kostenvorteile durch größere Produktionsserien häufig nicht wahrgenommen werden können. Andere Faktoren, die bis in die zweite Hälfte der 1990er Jahre häufig noch als ausschlaggebend für die Produktivitätslücke Ostdeutschlands genannt wurden (wie z.B. Qualifikationsdefizite der ostdeutschen Erwerbstätigen oder eine unzureichende Infrastrukturausstattung), dürften hingegen heute keine Rolle mehr spielen [vgl. RAGNITZ, J. u. a. (2001)].

Die im Aggregat geringere Leistungskraft der ostdeutschen Wirtschaft spiegelt sich in den Einkommen der Menschen indes nur teilweise wider – die (nominalen) verfügbaren Einkommen je Einwohner liegen derzeit (2007) bei 78,6 % des westdeutschen Niveaus; in realer Rechnung dürfte der Angleichungsstand sogar noch

höher sein, weil viele nur regional gehandelte Güter (haushaltsnahe Dienstleistungen, Wohnraum) in Ostdeutschland billiger sind als in Westdeutschland [vgl. zu entsprechenden Schätzungen Roos, M. (2006)]. Der Grund für die im Vergleich zum BIP je Einwohner relativ günstige Situation bei den verfügbaren Einkommen ist vor allem in den Umverteilungswirkungen des Steuer- und Transfersystems zu sehen; die empfangenen Sozialleistungen liegen pro Kopf um 20 % höher, die gezahlten Einkommensteuern hingegen um fast 50 % niedriger als im Westen. Neben der hohen Zahl an Leistungsempfängern spielt dabei auch eine Rolle, dass die ostdeutschen Rentnerhaushalte aufgrund höherer eigener Rentenansprüche der Frauen derzeit noch besser gestellt sind als die Rentner in Westdeutschland. Bei den Vermögenseinkommen

Tabelle 2: Zusammensetzung der Verfügbaren Einkommen (Westdeutschland=100)

Jahr	Primäreinkommen				Empf. monetäre Sozialst.	Eink.- u. Verm.-steuer	Sozialbeiträge	Verfügb. Einkommen
		Arbeitnehmerentgelt (Inländer)	Selbstständigen-einkommen	Saldo der Verm.-einkommen				
1991	49,2	59,0	26,9	26,0	86,2	24,8	60,3	59,2
1995	68,7	77,9	49,8	45,4	110,2	55,1	84,2	77,9
2000	67,5	77,1	56,8	38,6	121,5	48,1	86,9	80,5
2005	66,8	76,3	65,1	37,5	115,8	52,2	82,1	78,9
2006	66,9	76,6	65,0	38,4	115,0	51,6	80,9	78,9
2007	67,4	77,2	66,7	38,1	113,6	53,4	80,6	78,6

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des ifo Instituts.

ist hingegen noch ein deutlicher Rückstand gegenüber Westdeutschland zu konstatieren; diese betragen je Einwohner weniger als 40 % des westdeutschen Niveaus (vgl. Tab. 2)

Die gemessen an der Wirtschaftskraft hohen Einkommen sind ein wesentlicher Grund dafür, dass Ostdeutschland nach wie vor einen „Verbrauchsüberhang“ aufweist – die Binnennachfrage übertrifft das Bruttoinlandsprodukt um 33 Mrd. € oder knapp 10 %. Dies ist zwar deutlich weniger als noch vor wenigen Jahren (im Jahr 2000 belief sich der Verbrauchsüberhang noch auf rund ein Viertel des BIP), zeigt aber auch den nach wie vor bestehenden Mangel an überregional wettbewerbsfähiger Produktion in den neuen Ländern [vgl. zur Begründung SINN, H.-W. (2000)]. Es gelingt der ostdeutschen Wirtschaft eben nicht, in hinreichendem Umfang durch Verkauf von Waren und Dienstleistungen außerhalb der Region Einkommen zu generieren; vielmehr erfolgt die Finanzierung der heimischen Nachfrage zu einem verhältnismäßig hohen Anteil durch die vom Bund, den westdeutschen Ländern und den Sozialversicherungen bereitgestellten Zahlungen. Diese beliefen sich im Jahre 2005 (nach Abzug der auf Ostdeutschland entfallenden Steuer- und Beitragseinnahmen) auf 70–80 Mrd. € oder 3,5 % des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts; rund ein Fünftel der Inlandsnachfrage wird durch Mittelzuflüsse von außen finanziert [vgl. BLUM, U.; RAGNITZ, J.; SCHARFE, S.; SCHNEIDER, L. (2009)]. Insoweit ist die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern bislang nicht „selbsttragend“.

Ein näherer Blick auf die einzelnen Verwendungsaggregate zeigt, dass vor allem die Investitionsgüternachfrage in den neuen Ländern stark nachgelassen hat – lag diese, je Einwohner gerechnet, im Jahr 1997 noch um mehr als 40 % über dem westdeutschen Niveau, hat sie sich inzwischen auf nur noch rund 75 % des westdeutschen Wertes reduziert (vgl. Tab. 3). Ausschlaggebend hierfür

war vor allem der massive Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen nach dem Auslaufen günstiger Fördermöglichkeiten in diesem Bereich; auch in der gewerblichen Wirtschaft hat die Investitionstätigkeit deutlich nachgelassen. Offenkundig setzt sich der Aufbau neuen Produktionspotenzials in den neuen Ländern somit nur noch verlangsamt fort. Tatsächlich lag der Kapitalstock je Einwohner auch im Jahr 2006 nur bei 75 % des westdeutschen Durchschnittswertes, freilich bei einem deutlich höheren Modernitätsgrad der vorhandenen Anlagen (66,2 % im Vergleich zu 59,7 %, Stand am Jahresende).

Diese Investitionen reichen kaum aus, neue Arbeitsplätze zu schaffen – zwar ist die Zahl der Erwerbstätigen im jüngsten Konjunkturaufschwung (2005 bis 2008) um immerhin 4 % angestiegen; das Beschäftigungsniveau liegt damit jedoch genauso hoch wie im Jahr 1993 und um etwa 12 % niedriger als im Jahr 1991. Vielmehr dienen die Investitionen vor allem dazu, die Kapitalausstattung der Arbeitsplätze zu erhöhen – so übertrifft die Kapitalintensität im Produzierenden Gewerbe den entsprechenden Wert in Westdeutschland inzwischen um ein Sechstel (vgl. Tab. 4). Dies liegt unter anderem daran, dass es unter dem Einfluss der primär am Kapitaleinsatz anknüpfenden Förderung – die zu einer Verzerrung der effektiven relativen Faktorpreise geführt hat – zu einer übermäßigen Kapitalintensivierung der Produktion bzw. zur bevorzugten Ansiedlung kapitalintensiver Branchen gekommen ist [vgl. GERLING, K. (2002)]. Hierzu passt es, dass die Kapitalproduktivität im produzierenden Gewerbe, die Mitte der 1990er Jahre noch bei fast 90 % des westdeutschen Niveaus lag, inzwischen auf nur noch zwei Drittel des korrespondierenden Wertes in den alten Ländern gefallen ist, denn die zeitweise Reduktion der Kapitalnutzungspreise auf negative Werte [vgl. SINN, H.-W. (2000)] hat dazu geführt, dass auch unrentable Projekte sich aus einzelbetrieblicher Sicht noch als rentabel erwiesen haben. In den weniger stark durch

Tabelle 3: Komponenten der Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts (Westdeutschland=100)

Jahr	Private Konsumausgaben	Konsumausgaben des Staates	Bruttoanlageinvestitionen	Inlandsnachfrage insgesamt	nachr: Sparen der privaten Haushalte
1991	62,1	81,8	68,8	67,3	36,9
1995	77,8	110,4	143,4	97,2	72,5
2000	81,0	106,8	101,6	90,1	68,4
2005	79,8	103,4	80,3	84,3	67,7
2006	79,8	101,6	75,6	83,0	66,6
2007	79,7	–	–	–	64,5

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des ifo Instituts.

die Investitionsförderung begünstigten Dienstleistungsbereichen liegt die Kapitalausstattung der Arbeitsplätze hingegen um rund 20 % unter dem westdeutschen Vergleichswert; hier wird als Folge der niedrigeren Lohnsätze in den neuen Ländern eher arbeitsintensiv produziert. Entsprechend hoch ist hier auch die Produktivität des eingesetzten Kapitals.

Positiv ist zwar, dass sich das verarbeitende Gewerbe nach dem massiven Kapazitätsabbau in den Jahren 1990 und 1991 zuletzt recht dynamisch entwickelt hat – gegenüber dem Niveau Mitte der 1990er Jahre hat sich die reale Bruttowertschöpfung hier mehr als verdoppelt; am aktuellen Rand konnten teilweise Zuwachsraten von annähernd 10 % erreicht werden. Beigetragen hierzu hat vor allem, dass die Lohnentwicklung in den vergangenen Jahren hinter der Produktivitätsentwicklung zurückblieb; während zu Beginn der 1990er Jahre das Verarbeitende Gewerbe einen Lohnstückkostennachteil von mehr als 50 % aufwies, liegen die Lohnstückkosten am aktuellen Rand um 12 % unterhalb des westdeutschen Vergleichswertes. Vor allem im Ausland haben ostdeutsche Anbieter ihre Marktanteile deutlich ausweiten können; die Exportquote (Auslandsumsätze in Relation zu den Gesamtumsätzen) hat sich von nur wenig mehr als 10 % Mitte der 1990er Jahre auf zuletzt 33 % erhöht, liegt damit aber noch immer weit von westdeutschen Vergleichswerten (46 %) entfernt. Mit 64 Erwerbstätigen je 1.000 Einwohner ist das verarbeitende Gewerbe aber weiterhin von geringerer Bedeutung als im Westen (101 Erwerbstätigen je 1.000 Einw.) – während die eher privaten und öffentlichen Dienstleistungen im Osten nach wie vor stärker vertreten sind (156 zu 146 Erwerbstätige je 1.000 Einw.).

Selbst das Baugewerbe, wo nach den anfänglichen Übertreibungen seit 1995 in hohem Umfang Kapazitäten abgebaut werden mussten, ist in den neuen Ländern immer noch recht bedeutsam; je 1.000 Einwohner gerechnet, sind hier immer noch rund 30 % mehr Personen tätig als in Westdeutschland. Alles in allem ist somit eine immer noch starke Stellung der binnenmarktorientierten Sektoren in Ostdeutschland festzustellen (vgl. Tab. 5).

Eine Folge der gesamtwirtschaftlich schwachen Entwicklung seit Mitte der 1990er Jahre ist die unbefriedigende Arbeitsmarktsituation in den neuen Ländern. Zwar ist die Zahl der (registrierten) Arbeitslosen verglichen mit dem Höchststand des Jahres 2003 (1,62 Mio.) deutlich – auf 1,12 Mio. Personen im Jahr 2008 – zurückgegangen, und auch die Arbeitslosenquote hat sich von mehr als 20 % auf weniger als 15 % reduziert; sie ist aber immer noch doppelt so hoch wie in Westdeutschland (7,2 % im Jahr 2008). Der Rückgang der Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren ist dabei allerdings nur teilweise auf eine Zunahme der Beschäftigung (+250.000 Personen seit dem Jahr 2003) zurückzuführen; wichtiger ist hingegen die Abnahme des Arbeitsangebots durch die Schrumpfung der (erwerbsfähigen) Bevölkerung (Rückgang um rund 650.000 Personen zwischen Jahresende 2003 und Jahresende 2007). Anders als noch zu Beginn der neunziger Jahre reflektiert die höhere Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern dabei inzwischen nahezu ausschließlich die geringere Verfügbarkeit an Arbeitsplätzen, nicht aber ein höheres Arbeitsangebot: Die Erwerbsbeteiligungsquote (Erwerbspersonen in Relation zur erwerbsfähigen Bevölkerung) liegt in beiden Landesteilen inzwischen in etwa gleichauf.³

Tabelle 4: Kapitalstock^a und Kapitalproduktivität in Ostdeutschland (Westdeutschland=100)

Jahr	Kapitalstock je Einwohner	Kapitalstock je Erwerbstätigen			Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Einheit Kapitalstock		
		insgesamt	darunter: Produz. Gewerbe (einschl. Baugew.)	Dienstleistungsbereiche	insgesamt	darunter: Produz. Gewerbe (einschl. Baugew.)	Dienstleistungsbereiche
1991	43,8	45,5	59,3	44,2	98,6	62,9	115,5
1995	55,4	59,6	77,3	55,8	121,1	86,2	133,5
2000	69,5	78,3	99,5	73,4	96,7	70,5	106,1
2005	74,8	84,6	115,8	78,2	92,9	66,6	101,9
2006	75,3	84,6	116,9	78,2	92,8	65,9	102,1

a) jahresdurchschnittliches Bruttoanlagevermögen in Wiederbeschaffungspreisen.

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des ifo Instituts.

Tabelle 5: Erwerbstätigenstruktur in den neuen Ländern (Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt in %)

Jahr	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe		Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzier., Vermietung und Unternehmensdienstleist.	Öffentliche und private Dienstleister
			darunter: Verarb. Gewerbe				
1991	5,8	27,6	24,4	9,8	21,7	7,3	27,9
1995	3,2	16,2	14,4	15,6	22,6	10,8	31,6
2000	2,8	15,1	13,9	11,2	23,5	13,8	33,6
2005	2,4	15,0	13,9	7,6	23,7	15,8	35,5
2006	2,3	14,9	13,8	7,4	23,6	16,4	35,4
2007	2,3	15,1	14,0	7,4	23,6	16,7	35,0
2008	2,3	15,2	14,2	7,2	23,4	17,0	34,8
Nachr.: Westdeutshl. 2008	2,1	20,9	20,1	5,1	25,3	17,5	29,1

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des ifo Instituts.

Nimmt man dies alles zusammen, so muss 20 Jahre nach dem Übergang noch immer ein deutlicher Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland konstatiert werden – ohne erkennbare Anzeichen einer schnellen Besserung. Zu einem nicht unerheblichen Teil ist dies als Nachwirkung der DDR-Zeit bzw. als Folge von wirtschaftspolitischen Entscheidungen im Verlauf des Transformationsprozesses in den neuen Ländern zu interpretieren – die heute nicht mehr rückgängig gemacht werden können, es aber auch nicht erlauben, den Aufbau Ost quasi als Selbstläufer zu betrachten, der ohne besonderes Zutun im Rahmen gesamtdeutscher Politikansätze allein zum Erfolg geführt werden könnte. Deswegen sollen im Folgenden mögliche Ansatzpunkte für die Wirtschaftspolitik aufgezeigt werden.

Politische Schlussfolgerungen: Ein Zehn-Punkte-Plan für die neuen Länder

Die geringe Wirtschaftskraft in den neuen Ländern einerseits und die unbefriedigende Arbeitsmarktsituation andererseits sind aus politischer Sicht kaum hinnehmbar – immerhin verlangt das Grundgesetz in Art. 72 Abs. 2, dass in den einzelnen Regionen des Bundesgebietes „gleichwertige Lebensverhältnisse“ herzustellen seien,

wovon trotz aller Unbestimmtheit des Begriffs (vgl. z. B. BARLÖSIUS, E. (2006)) derzeit wohl nicht die Rede sein kann. Hinzu kommt, dass der fortbestehende Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland auch ein gesellschaftspolitisches Problem darstellt, das zu Politikverdrossenheit und antidemokratischen Tendenzen beitragen kann. Handlungsbedarf für besondere Maßnahmen zugunsten der neuen Länder gibt es somit auch weiterhin.

Die Ableitung entsprechender Maßnahmen muss freilich vor dem Hintergrund aktueller und künftiger Restriktionen für ein stärkeres Wachstum in den neuen Ländern geschehen. Hier ist vor allem die demographische Entwicklung zu nennen: Schon von 1989 bis 1999 ist die Bevölkerung auf dem Gebiet der früheren DDR [Neue Länder und Berlin (Ost)] um 1,3 Mio. Personen (–8 %) zurückgegangen; seither hat sich der Bevölkerungsrückgang nahezu ungebremst fortgesetzt [in Ostdeutschland einschließlich Berlin: –775 Tsd. Personen (–4,5%)]. Für den Bevölkerungsrückgang sind dabei zu nahezu gleichen Teilen die Abwanderung (Wanderungssaldo 2001–2007: –309 Tsd. Personen) und das Geburtendefizit (Saldo der natürlichen Bevölkerungsentwicklung 2001–2007: –374 Tsd. Personen) verantwortlich. Aus ökonomischer Sicht hat dies zwei Implikationen: Einerseits verschlechtert sich infolge der selektiven Abwanderung – insbesondere

junge, gut qualifizierte Personen wandern nach Westdeutschland ab – die Humankapitalsituation in den neuen Ländern, und zum anderen kommt es aufgrund der überproportionalen Verringerung der Zahl der Erwerbsfähigen – die nachwachsenden Kohorten sind quantitativ schwächer besetzt als die aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Kohorten – zu einer allgemeinen Verknappung von Arbeitskräften. Da dieser Prozess sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird, verschlechtern sich die Wachstumsperspektiven in den neuen Ländern, vor allem in den eher peripher gelegenen Regionen mit überdurchschnittlichem Bevölkerungsrückgang [vgl. RAGNITZ, J. u. a. (2007)]. Hier besteht durchaus das Risiko fortschreitender Entleerung, also gleichsam einer „passiven Sanierung“. Hinzu kommt, dass mit rückläufiger Bevölkerungszahl auch die Nachfrage nach „nicht-handelbaren“ Gütern zurückgehen dürfte, also auch von dieser Seite her die wirtschaftlichen Perspektiven beeinträchtigt werden.

Der zweite Belastungsfaktor für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland stellt die sich abzeichnende Einengung der finanzpolitischen Spielräume dar. Der Solidarpakt II, in dem die überproportionalen Finanzhilfen zugunsten der neuen Länder geregelt sind, ist bis zum Jahr 2019 befristet; zudem dürfte auch die EU-Förderung ab dem Jahr 2013 allmählich auslaufen. In der Folge werden nicht nur die derzeit noch geltenden Förderpräferenzen für die neuen Länder allmählich abgebaut werden müssen, sondern auch die ostdeutschen Länder und Kommunen zur Einschränkung ihrer (derzeit noch um 20 % über dem Pro-Kopf-Niveau der finanzschwachen westdeutschen Flächenländer liegenden) Ausgaben gezwungen. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wird damit für sich genommen gedämpft.

Schließlich besteht das Risiko, dass auch bereits vorhandene Produktionskapazitäten in den neuen Ländern nicht dauerhaft bestehen bleiben. Insbesondere in der Industrie dominieren „verlängerte Werkbänke“, die häufig keine engen Verflechtungen in der Region aufgebaut haben und vielfach von Entscheidungen global agierender Konzerne abhängig sind. Es ist nicht auszuschließen, dass diese künftig von Produktionsverlagerungen betroffen sein können, wenn die in den 1990er Jahren gebauten Anlagen technologisch veraltet und vollständig abgeschrieben sind. Nur in wenigen Branchen und Technologiefeldern, die noch am Beginn des Produktlebenszyklus stehen und deswegen noch keine standörtlichen Festlegungen aufweisen (Beispiele hierfür sind die opto-elektronische Industrie oder die Herstellung von Anlagen für die Erzeugung regenerativer Energien) haben es die neuen Länder geschafft, sich als Standort international agierender Unternehmen zu etablieren [vgl. zur Position Ostdeutschlands in derartigen „Zukunftsfeldern“ z. B.

HIERO (2008)]. Deren quantitative Bedeutung ist allerdings zu gering, als dass sie etwaige Schrumpfungstendenzen in anderen Sektoren tatsächlich ausgleichen könnten.

Die noch bestehenden Einkommensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland reflektieren zum Teil die unterschiedlichen standörtlichen Rahmenbedingungen in den beiden Landesteilen und sind insoweit wohl auch langfristig hinzunehmen [vgl. RAGNITZ, J. (2009)]. Zum Teil spiegeln sich darin aber auch noch Nachwirkungen des Transformationsprozesses wider, die sich jedoch zunehmend zu verhärten drohen. Soweit dies der Fall ist, bedarf es weiterhin (besonderer) wirtschaftspolitischer Anstrengungen zur „Beschleunigung“ des Aufbaus Ost. Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden 10 Punkte aufgelistet, mit denen dem Aufbau Ost neuer Schwung verliehen werden kann:⁴

1. Umsetzung regionaler Entwicklungskonzepte durch globale Mittelzuweisungen unterstützen:

Mit zunehmender Ausdifferenzierung der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Ländern kommt regionalen Entwicklungsstrategien verstärkte Bedeutung zu. Diese müssen sich je nach standörtlichen Gegebenheiten unterscheiden und sollten auch die regionalen Präferenzen in angemessener Weise berücksichtigen; dementsprechend ist eine alleinige Orientierung an westdeutschen Vorbildern nicht zweckmäßig. Derartige Konzepte können nur von den jeweiligen Akteuren vor Ort sachgerecht umgesetzt werden. Um dies zu unterstützen, sollten entsprechende Mittel durch den Bund oder die Länder zur Verfügung gestellt werden; freilich ist auf ein strenges Controlling der Mittel zu achten. Ein Vorbild könnte hierbei der InnoRegion-Wettbewerb darstellen, der in seinem Kern auf eine dauerhafte Mobilisierung der regionalen Akteure abzielte [vgl. DIW (2004)].

2. Neuorientierung in der Investitionsförderung:

Die Investitionsförderung sollte künftig primär als Instrument der Ansiedlungspolitik verwendet werden – indem sie auf Neuinvestitionen beschränkt bleibt, die glaubhaft auf Standortalternativen außerhalb der neuen Länder verweisen können. In einem Jahr nicht verausgabte Mittel sollten auf die folgenden Jahre übertragen werden können. Sinnvoll erscheint es zudem, die Förderhöhe nicht vorrangig an der Investitionssumme, sondern an der Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze auszurichten, um eine übermäßige Kapitalintensivierung der Produktion zu vermeiden. Eine sektorale Konzentration auf vermeintliche „Zukunftsfelder“ ist hingegen nicht zu empfehlen, da dies zu erheblichen Verzerrungen führen würde und im Zweifel ohnehin nicht durchhaltbar erscheint. Eine derartige „Industriepolitik“ ist bestenfalls auf Bundesebene,

nicht aber auf der Ebene einzelner Regionen oder Länder sinnvoll.

- 3. Verstärkung der Innovationsförderung:** Die allgemeine Wirtschaftsförderung zum Zwecke der „Bestandspflege“ sollte auf die Unterstützung der Innovationstätigkeit in den Unternehmen abstellen. Auf diese Weise könnte insbesondere auch die Exportfähigkeit ostdeutscher Unternehmen verbessert werden. Angesichts von Schwierigkeiten bei der Selektion förderwürdiger Projekte sollte die Förderung möglichst technologieneutral ausgestaltet werden – so zum Beispiel durch eine allgemeine steuerliche Innovationsförderung [EXPERTENKOMMISSION FORSCHUNG UND INNOVATION (2008), S. 32ff.].
- 4. Gründungsförderung ausbauen:** Aufgrund nicht gelöster Nachfolgeprobleme droht in den kommenden Jahren eine Unternehmenslücke in den neuen Ländern; gleichzeitig ist das öffentliche Bild „des Unternehmers“ nach wie vor von negativen Vorurteilen geprägt. Neben vermehrter Aufklärung sind daher Anreize für Unternehmensneugründungen und -übernahmen zu setzen. Hierzu zählt insbesondere die Bereitstellung von Kapital zum Ausgleich mangelnden Eigenkapitals potenzieller Gründer (beispielsweise in Form längerfristiger nachrangiger Darlehen, wobei diese jedoch nicht unbedingt auch subventioniert sein müssen) sowie die Erschließung bislang wenig gründungsbereiter Bevölkerungsschichten (Frauen, Erwerbslose, ältere Erwerbstätige). Bei der Förderung sollte freilich mehr als bisher auch auf die Zukunftsfähigkeit geplanter Existenzgründungen im Blick behalten werden.
- 5. Beseitigung noch bestehender infrastruktureller Defizite:** Im Großen und Ganzen ist die Infrastruktur in den neuen Ländern zwar gut ausgebaut; gleichwohl gibt es in Teilbereichen noch Engpässe, wie zum Beispiel beim grenzüberschreitenden Verkehr nach Polen und Tschechien oder bei verbleibenden Lückenschlüssen im Fernverkehrsnetz (Straße und Schiene). Gerade mit Blick auf eine verbesserte Einbindung der ostdeutschen Länder in die überregionale Arbeitsteilung sollten diese möglichst schnell geschlossen werden. Im Bereich der Forschungsinfrastrukturen (Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen) ist auf bessere Passfähigkeit zur Wirtschaft in den neuen Ländern zu achten – insbesondere mit Blick auf den Fachkräftebedarf und den Technologietransfer.
- 6. Drohende Fachkräfteprobleme durch verbesserte Aus- und Weiterbildung beheben:** Nicht zuletzt aufgrund der demographischen Entwicklungen kommt es schon in wenigen Jahren zu einer spürbaren Verknappung gut ausgebildeter Fachkräfte in den neuen Ländern. Gleichzeitig bleibt die Arbeitslosigkeit bei Geringqualifizierten hoch, weil dem Arbeitsangebots-

rückgang hier ein ähnlich hoher Arbeitsnachfrage-rückgang gegenübersteht [vgl. RAGNITZ, J. u. a. (2007)]. Dies spricht für verstärkte Bildungsanstrengungen auf allen Stufen des Bildungssystems einschließlich der Weiterbildung bereits erwerbstätiger Personen. Hier geht es nicht nur um die Bereitstellung öffentlicher Mittel, sondern teilweise auch nur um die Qualitätsverbesserung bestehender Angebote.

- 7. Demographische Herausforderungen annehmen:** Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung in Ostdeutschland lassen sich nicht mehr aufhalten. Erforderlich sind daher Anpassungsmaßnahmen an den demographischen Wandel. Hierzu gehört es, alle politischen Maßnahmen auf ihre Demographietauglichkeit zu überprüfen, darüber hinaus aber auch, Anreize für zentrennähere Siedlungsstrukturen zu setzen und die öffentliche Daseinsvorsorge in der Fläche auf eine Grundversorgung zu reduzieren, im Gegenzug aber mehr Freiräume für Eigeninitiative zu schaffen.
- 8. Spielräume für länder- und regionsspezifische Regulierungen eröffnen:** Ein Dauerbrenner in der Diskussion um den Aufbau Ost ist die Deregulierung. Auch wenn es nicht leicht fällt, hierzu konkrete Vorschläge zu benennen, sollte dort, wo ein Interesse an bundeseinheitlicher Regelung nicht nachgewiesen werden kann, die Gesetzgebungshoheit auf die Länder zurückübertragen werden. Gegebenenfalls können hierfür in stärkerem Umfang auch zeitlich befristete Abweichungsmöglichkeiten von Bundesrecht genutzt werden.
- 9. Vernetzung mit mittel- und osteuropäischen Ländern verbessern:** Allein schon aufgrund der räumlichen Nähe sind Polen und Tschechien, darüber hinaus aber auch andere mittel- und osteuropäische Länder quasi „natürliche“ Zielländer für grenzüberschreitende Aktivitäten ostdeutscher Unternehmen. Neben dem Handel mit Waren und Leistungen sind hier insbesondere auch Kooperationen in der Produktion sowie in Forschung und Entwicklung anzustreben; darüber hinaus kann auch eine stärkere Integration der regionalen Arbeitsmärkte beiderseits der Grenzen nutzbringend sein. Die hier bestehenden Potenziale sind bislang nicht ausgeschöpft, teilweise aufgrund mentaler Barrieren oder auch fehlender Sprachkenntnisse. Hier bieten sich verschiedenartige Anknüpfungspunkte für die Politik.
- 10. Stärkung des gesamtdeutschen Wachstums:** Ostdeutschland wird am ehesten dann zu Westdeutschland aufschließen können, wenn die wirtschaftliche Entwicklung in Gesamtdeutschland an Dynamik gewinnt. Zum einen verbessert dies die Absatzchancen für ostdeutsche Unternehmen, zum anderen wird dann auch mehr investiert, so dass Standorte in den neuen Ländern vermehrt auch in den Blickpunkt

westdeutscher Unternehmen kommen können. Es ist daher – über die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise hinaus – nach Wegen zu suchen, wie das gesamtdeutsche Wirtschaftswachstum beschleunigt werden kann.

Natürlich sind die genannten 10 Punkte, die hier nur ansatzweise umrissen werden konnten, nicht als abschließend anzusehen. Wichtig ist es aber vor allem zu erkennen, dass ein „Weiter so“, eine Beschränkung der Politik nur auf gesamtdeutsch orientierte Maßnahmen der Problemlage in Ostdeutschland nicht gerecht würde. Es wäre auch verfehlt, allein die ostdeutschen Länder auf ihre Verantwortung zu verweisen – solange es nicht gelingt, eine selbsttragende Entwicklung in den neuen Ländern anzustoßen, wird der Bedarf der neuen Länder an finanziellen Hilfen (neben dem bundesstaatlichen Finanzausgleich sind hier vor allem die Sozialausgaben zu nennen) auch die Entwicklung im Westen belasten. Insoweit muss auch der Bund über seine eingegangenen Verpflichtungen im Solidarpakt II hinaus Engagement in den neuen Ländern zeigen.

Ist es realistisch, bis zum Jahr 2020 eine Angleichung wenigstens an das Niveau der finanzschwachen westdeutschen Länder zu erwarten? Ohne zusätzliche politische Anstrengungen stehen die Chancen hierfür nicht gut, jedenfalls nicht so gut wie die Bundesregierung es glauben machen möchte. Dies sollte Anlass sein, zu Beginn einer neuen Legislaturperiode darüber nachzudenken, mit welchen Maßnahmen dieses Ziel doch noch erreicht werden kann.

Literatur

- AKERLOF, G.; ROSE, A.; YELLEN, J; HESSENIUS, H. (1991). East Germany in from the Cold: The Economic Aftermath of the Currency Union. In: Brookings Papers on Economic Activity; S. 1–105.
- BARLÖSIUS, E. (2006), Gleichwertig ist nicht gleich. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 37/2006.
- BARRO R. J.; SALA-I-MARTIN, X. (1991): Convergence across States and Regions. In: Brookings Papers on Economic Activity; S.107–181.
- BERTHOLD, N.; KULLAS, M. (2009): 20 Jahre Mauerfall – Konvergenz in Deutschland? Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbes. Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik an der Universität Würzburg; Nr. 105.
- BLUM, U.; RAGNITZ, J.; SCHARFE, S.; SCHNEIDER, L. (2009): Regionalisierung von öffentlichen Ausgaben und Einnahmen. Erscheint demnächst als IWH-Sonderheft.
- BMW (1991): Arbeitspapier für eine „Strategie Aufschwung-Ost“. Mimeo, Bonn, 12. Februar 1991.
- BUNDESAMT ZUR REGELUNG OFFENER VERMÖGENSFRAGEN (2001), Offene Vermögensfragen – Versuch einer Bilanz.
- BUNDESREGIERUNG (2009): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2009. BMVBS.
- CDU (2008): Perspektiven für den Osten Deutschlands – Moderne Mitte Europas. Beschluss des Präsidiums der CDU Deutschlands, 30. Juni 2008.
- DIE LINKE (2009): Leitbild „Ostdeutschland 2020“. Studie im Auftrag der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Partei DIE LINKE in den Landtagen und im Deutschen Bundestag.
- DIW (2004): Info-Brief der wissenschaftlichen Begleitforschung der InnoRegio-Initiative, Nr. 10.
- DIW/IAB/IfW/IWH/ZEW (2002): Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland. IWH-Sonderheft 3/2002.
- DIW/IAB/IfW/IWH/ZEW (2003): Zweiter Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland. IWH-Sonderheft 7/2003.
- EXPERTENKOMMISSION FORSCHUNG UND INNOVATION (2008): Gutachten 2008, Teil C, Berlin.
- GERLING, K. (2002): Subsidization and Structural Change in Eastern Germany, Kieler Studien Nr. 315, Heidelberg.
- HIERO (2008): Wirtschaftliche Zukunftsfelder in Ostdeutschland, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.
- IWH (2009): Ostdeutsche Wirtschaft im Jahr 2009: Aufholen in der Weltfinanzkrise? – Rechnerisch scheinbar, in Wirklichkeit nicht! In: Wirtschaft im Wandel, Heft 8/2009; S. 309–343.
- RAGNITZ, J. (2009): Angleichung der Lebensverhältnisse in Ostdeutschland: Eine regional differenzierte Analyse. In: ifo Dresden berichtet, Heft 4/2009.
- RAGNITZ, J.; MÜLLER, G.; WÖFL, A. u. a. (2001): Produktivitätsunterschiede und Konvergenz von Wirtschaftsräumen – Das Beispiel der neuen Länder. IWH-Sonderheft 3/2001.
- RAGNITZ, J.; SCHARFE, S.; SCHIRWITZ, B. (2009): Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Fortschritte im Osten Deutschlands 1989–2008. ifo Dresden Studie 51.
- RAGNITZ, J.; EICHLER, S.; GRUNDIG, B.; LEHMANN, H.; POHL, C., SCHNEIDER, L.; SEITZ, H.; THUM, M. (2007): Die demographische Entwicklung in Ostdeutschland. ifo Dresden Studien Nr. 41.
- ROOS, M. (2006): Regional Price Levels in Germany. In: Applied Economics, Vol. 38; S. 1.553–1.566.
- SACHVERSTÄNDIGENRAT (1990): Brief des Sachverständigenrates vom 9. Februar 1990 an den Bundeskanzler. Wiederabgedruckt in: Sachverständigenrat zur

- Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, JG 1990/91; S. 306–308.
- SCHÜRER, G.; SCHALCK, A.; HÖFNER, E.; DONDA, A. (1989): Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen. Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, 30. 10. 1989. mimeo.
- SINN, G.; SINN, H.-W. (1992): Kaltstart, Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung (2. Aufl.).
- SINN, H.-W. (1995): Staggering along: Wages Policy an Investment Support in East Germany. *Economics of Transition*, Vol. 3; S. 403–426.
- SINN, H.-W. (2000): Zehn Jahre deutsche Wiedervereinigung: Die Fakten. In: ifo Schnelldienst 26-27/2000; S. 10–22.
- SÖSTRA (2009): IAB-Betriebspanel Ost, Ergebnisse der dreizehnten Welle 2008.
- WILLGERODT, H. (1990): Vorteile der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln.

¹ Überarbeitete und gekürzte Version des Beitrags „Ostdeutschland heute: Viel erreicht, viel zu tun“. In: ifo-Schnelldienst 18/2009, S. 3–13.

² Wenn nicht anders angegeben, beziehen sich die Berechnungen in diesem Beitrag auf Ostdeutschland einschließlich Berlin bzw. auf Westdeutschland ohne Berlin.

³ Ursache hierfür ist nicht allein eine Verringerung der Erwerbsneigung in Ostdeutschland (um rund 5 Prozentpunkte im Vergleich zum Jahr 1991), sondern auch ein betragsmäßig in etwa gleich großer Anstieg der Erwerbsbeteiligungsquote in Westdeutschland.

⁴ Auch wenn derzeit vermehrt darüber diskutiert wird, wie alternative Entwicklungsziele für die neuen Länder aussehen könnten, wird im Folgenden angenommen, dass die (annähernde) Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland auf Basis des westdeutschen Gesellschaftsmodells das Hauptziel der Politik darstellt.

Innovationskraft der sächsischen Industrie hilft bei der Krisenbewältigung

Horst Penzkofer und Heinz Schmalholz*

Begünstigt durch ein sich dynamisch entwickelndes wirtschaftliches Umfeld nahm in den Jahren 2005 bis 2007 die Innovationstätigkeit in der deutschen Industrie stetig zu und die Innovationsbudgets wuchsen. Der Mitte 2008 durch die Finanzkrise verursachte globale Konjunkturabschwung hatte auch für das Innovationsgeschehen in Deutschland negative Folgen, die sich allerdings noch in moderaten Größenordnungen hielten. Für 2009 wird infolge der sich bis Jahresmitte verschärfenden rezessiven Entwicklung mit einer starken Beeinträchtigung der Innovationsneigung zu rechnen sein. Eine aktuelle Studie zeigt jedoch, wie wichtig gerade in der Krise Wissen und Innovationsfähigkeit als Voraussetzungen für prosperierende Regionen sind [PROGNOS (2009)]. Nachfolgend wird analysiert, wie sich das Innovationsgeschehen in der sächsischen Industrie vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Situation der Jahre 2007 und 2008 entwickelt hat. Die präsentierten Daten stammen zum einen aus der Sonderfrage „Innovation“ im ifo Konjunkturtest, mit der im Dezember 2008 die Innovatorenquote in der Industrie für das abgelaufene Jahr erhoben wurde und zum anderen aus dem Mitte 2008 durchgeführten ifo Innovationstest, der der Informationsbeschaffung zum Innovationsgeschehen des Vorjahres diente.

Innovationsverhalten in der Krise: Gibt es einen Paradigmenwechsel?

Die Meldung überrascht: Viele Unternehmen in Deutschland treten in der Krise die Flucht nach vorn an und fahren ihre Innovationsanstrengungen hoch [DIHK (2009)]. Allerdings war die Fragestellung in der DIHK-Umfrage „Innovationsverhalten der Unternehmen in der Krise“ eher allgemein gehalten und lautete „Hat Ihr Unternehmen in der derzeitigen Krisensituation sein Innovationsverhalten verändert?“, wobei die Änderung eine Reduktion oder einen Ausbau der Innovationsaktivitäten beinhalten konnte oder auf die Verschiebung von ursprünglich avisierten Innovationsprojekten abzielte [DIHK (2009), S. 15]. In der Befragung gaben 49 % der Unternehmen an, dass sich ihr Innovationsverhalten im Zuge der Krise verändert hat. Von diesen wiederum haben 57 % ihre Anstrengungen verstärkt, 13 % die Innovationsaktivitäten reduziert und

30 % avisierte Projekte verschoben. Inwieweit die genannten Verhaltensweisen mit budgetären Veränderungen einhergingen, lässt sich aus den Befragungsergebnissen nicht unmittelbar schlussfolgern.

In einer im Rahmen des „Berichts zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands“ erstellten Studie konnte nachgewiesen werden, dass für die Höhe der FuE-Ausgaben die Veränderung des Umsatzes und der Produktivität von größter Bedeutung sind [RAMMER et al. (2004), S. 96]. Dabei führt ein Umsatzwachstum (bzw. ein Umsatzrückgang) von 10 % kurzfristig zu einer Erhöhung (Verringerung) der gesamten FuE-Aufwendungen von 2 %. In den zurückliegenden Jahren wirtschaftlichen Wachstums hat die deutsche Wirtschaft ihre FuE-Ausgaben spürbar erhöht und zwar 2005 (+5,1 % gegenüber dem Vorjahr), 2006 (+7,3 %) und 2007 (+2,8 %) [GRENZMANN (2009), S. 30]. Bei Berücksichtigung weiterer im Innovationsprozess anfallender Aufwendungen – wie z. B. für konstruktive oder designerische Entwicklungen, Patente/Lizenzen, Produktionsvorbereitung und Werbung – erhöhten sich die Innovationsaufwendungen der deutschen Wirtschaft 2007 um 6 % und damit im Gleichschritt wie der Gesamtumsatz aller Unternehmen [ASCHHOFF et al. (2009), S. 2]. Die Planungen für 2008 gehen nur von einer schwachen nominalen Zunahme der Innovationsaufwendungen um 0,9 % aus und lassen für 2009 einen Rückgang – zum ersten Mal seit 1994 – um 1 % erwarten.

Die konjunkturabhängige Umsatzentwicklung der Unternehmen determiniert schon deshalb die Höhe der FuE-Aufwendungen, weil ein bedeutender Teil dieser Aufwendungen vom Auftragsvolumen abhängt [RAMMER et al. (2004), S. 97]. Dies trifft insbesondere auf jene Branchen zu, deren Innovationsaktivitäten stark auf die spezifischen Wünsche der Kunden ausgerichtet sind, wie etwa im Maschinen- und Anlagenbau. Gerade für Produktinnovationen spielt das richtige Timing in Bezug auf die Konjunktur eine wesentliche Rolle: Werden neue Produkte in einer Phase expansiver Nachfrage auf den Markt gebracht, ist die Wahrscheinlichkeit einer (erwarteten) positiven Marktakzeptanz deutlich höher als bei einer kontraktiven Nachfrageentwicklung. Die Durchführung von Prozessinnovationen hängt dagegen eher von der aktuellen Geschäftslage und der Kapazitätsauslastung ab [RAMMER et al. (2004), S. 101].

Vor diesem Hintergrund ist der Befund der DIHK-Untersuchung nicht verwunderlich, dass über die Hälfte der

* Horst Penzkofer und Heinz Schmalholz sind wissenschaftliche Mitarbeiter am ifo Institut München.

befragten Unternehmen in der aktuellen Wirtschaftskrise die Chance sieht, neue Innovationsprozesse zu realisieren. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist einerseits der Bedarf an innovativen Produkten, die Kosten- und Effizienzvorteile versprechen, groß, andererseits zwingen eben diese Effekte die Hersteller ihre eigenen Produktionsprozesse zu optimieren. Viele Unternehmen können die Krise möglicherweise zumindest in Teilen positiv für sich nutzen, indem sie rechtzeitig Geschäftsprozesse und Projektabläufe erneuern, was in der Vergangenheit aufgrund Produktions- und Termindrucks oft nicht möglich war. Effiziente Prozesse und innovative Produkte sind die besten Rezepte, um sich in der nach Erreichen der Talsohle erwarteten, vergleichsweise schwachen Wachstumsphase am Markt, behaupten zu können.

Innovatorenanteil in Sachsen auch 2008 noch auf hohem Niveau

Die Ergebnisse der ifo Innovationserhebung zeigen für das Jahr 2008 einen im Vergleich zum Vorjahr noch nahezu konstant gebliebenen Anteil von rund 63% innovierender Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe Deutschlands. Dieser Befund deckt sich mit der in der ZEW-Erhebung für 2008 in Deutschland erwarteten stabilen Innovationsbeteiligung [ASCHHOFF et al. (2009), S. 3]. Bei regionaler Differenzierung der Innovatorenanteile zeigt sich, dass die westdeutsche und sächsische Industrie leichte Steigerungen (+0,6 bzw. +0,2 Prozentpunkte) aufzuweisen haben, während die ostdeutsche Innovatorenquote minimal zurückging (-0,1 Prozentpunkte). Der sächsische Innovatorenanteil lag damit 2008 +0,5 Prozentpunkte über dem ostdeutschen Durchschnitt (vgl. Tab. 1).

In Ostdeutschland arbeiteten 2008 knapp 70% der Industriebeschäftigten in innovativen Betrieben, während es in den alten Bundesländern 78% waren. Trotz der ausgeprägten kleinbetrieblichen Struktur der sächsischen Industrie ergibt sich ein relativ hoher Anteil von

69,5% an Beschäftigten bei Innovatoren. In Westdeutschland hat sich diese Relation im Vergleich zum Vorjahr um drei Prozentpunkte verringert, während sie sich in Ostdeutschland und in Sachsen leicht erhöht hat. Im Bundesdurchschnitt lag dieser Wert 2008 bei 77%.

Wirtschaftliche Lage schlägt sich im Produktportfolio der Industrie nieder

Einen quantifizierbaren Niederschlag findet die Innovationsstätigkeit der Industrie in der Zusammensetzung ihrer Umsatzstruktur. Analysiert man den von den Unternehmen erzielten Gesamtumsatz danach, welcher Anteil jeweils auf Produkte entfällt, die sich in unterschiedlichen Lebensphasen befinden, dann ist festzustellen, dass 2008 die Unternehmen in allen drei Teilregionen bei der Einführung neuer Produkte etwas zurückgefallen sind, wobei dieser Anteil aber immer noch deutlich über der 10-Prozent-Marke liegt (vgl. Abb. 1). Die westdeutsche Industrie weist einen Markteinführungsanteil von 11,5% auf, dicht gefolgt vom sächsischen verarbeitenden Gewerbe mit 11,4%. Beim Anteil neu am Markt platzierter Produkte liegt die sächsische Industrie damit noch leicht über dem ostdeutschen Durchschnitt (10,9%).

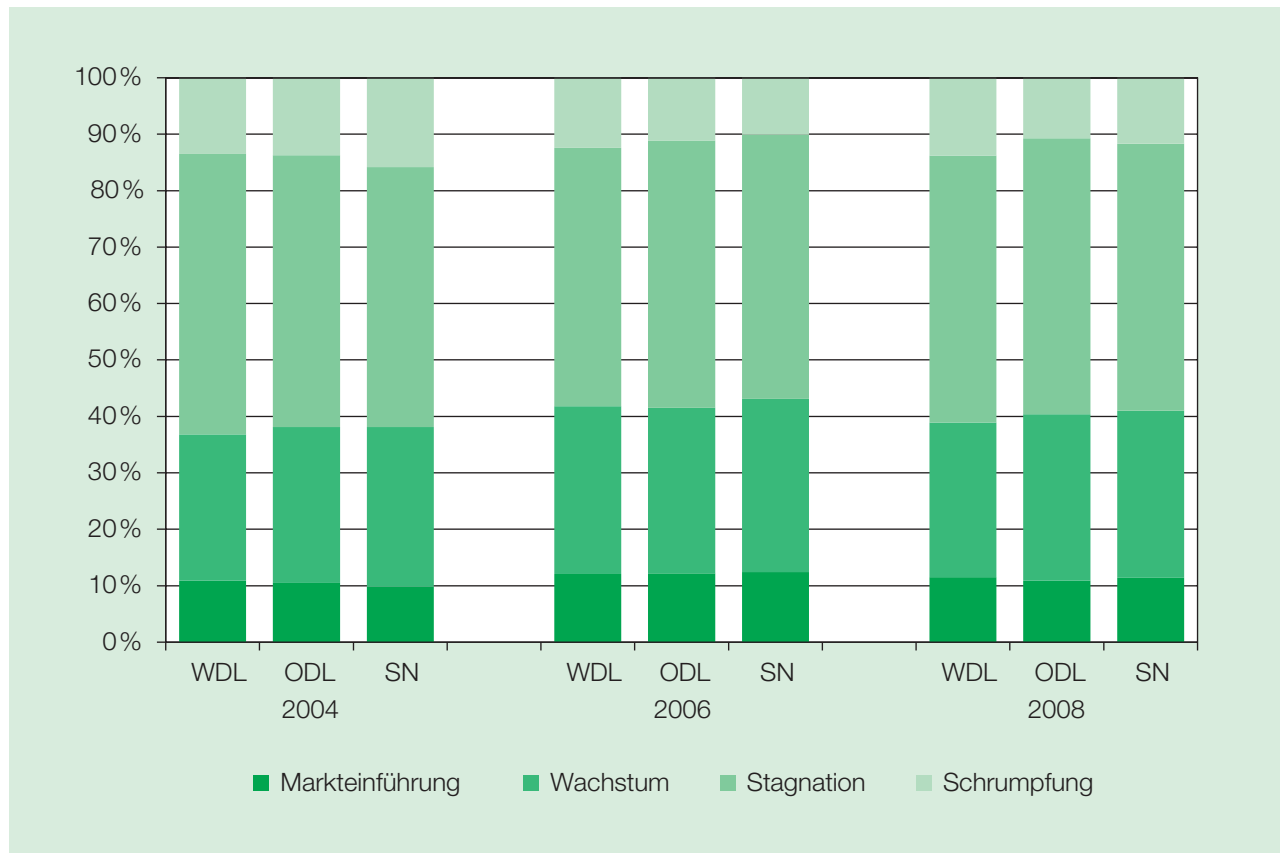
Deutlich wird aber auch, dass jeweils etwa 60% der Umsätze von den Unternehmen in den drei betrachteten Teilregionen auf stagnierenden oder schrumpfenden Märkten erzielt werden. Ursächlich hierfür ist die ab Jahresmitte 2008 einsetzende Konjunkturschwäche, die einen Rückgang des Umsatzanteils von Produkten in der Wachstumsphase zur Folge hatte, d.h. die danach anhaltend geringe Wachstumsdynamik der Absatzmärkte beeinträchtigte die Expansionschancen der erneuerten Produktportfolios. Auch in Sachsen verringerte sich der Umsatzanteil mit Produkten, die die Wachstumsphase bereits erreicht haben, so dass zusammen mit dem knapp 12-prozentigen Anteil an Produkten in der Schrumpfungsphase doch eine leichte Schiefelage in der Umsatzstruktur zu konstatieren ist.

Tabelle 1: Anteil innovativer Unternehmen 2008 (in %)

	Innovative Industrieunternehmen in		
	Westdeutschland	Ostdeutschland	Sachsen
Bezogen auf Anzahl der:			
– Unternehmen	63,6	59,4	59,9
– Beschäftigten	78,0	69,3	69,5

Quelle: Sonderfrage „Innovation“ im ifo Konjunkturtest.

Abbildung 1: Umsatzstruktur im verarbeitenden Gewerbe für Westdeutschland (WDL), Ostdeutschland (ODL) und Sachsen (SN)



Quelle: Sonderfrage Innovation im ifo Konjunkturtest.

Diese Entwicklung ist sicher auch ein Beleg dafür, dass sich die Unternehmen bei ihren Neuerungsaktivitäten überwiegend auf ihre angestammten Märkte beschränken und in zu geringem Umfang wachstumsdynamische Märkte erschließen. Damit ist ein zentrales Problem der Innovationstätigkeit berührt: Einerseits sollen Innovationen die Finanz- und Ertragskraft von Unternehmen stärken, auf der anderen Seite setzt jedoch die Innovationstätigkeit erhebliche Ressourcen voraus.

Etablierte Unternehmen setzen eher auf ihre Markterfahrung

Die Produktsortimente der Unternehmen enthalten in der Regel eine Vielzahl neu- und weiterentwickelter Produkte. Hieraus resultieren qualitative Unterschiede hinsichtlich ihrer technischen und damit auch ökonomischen Bedeutung. Der technische Neuheitsgrad determiniert den Verbraucher- oder Anwendernutzen im Hinblick auf die Bedürfnisbefriedigung oder den funktionalen Erfüllungszweck und ist somit für die Marktrelevanz der weiterentwickelten oder neuen Produkte bestimmend. Je nachdem,

ob es sich bei diesen Produkten um Substitute, komplementäre oder gänzlich neue Produkte handelt, wird auch die damit erzielbare Marktwirkung ausfallen. Tabelle 2 enthält die im ifo Innovationstest erfassten Produkt/Markt-Ziele für die genannten Produktkonfigurationen.

Die Ergebnisse spiegeln das für die Produktpolitik der Industrie in den alten Bundesländern schon seit Längerem konstante Verhaltensmuster wider, von dem sich das der ostdeutschen Unternehmen – aber auch der sächsischen Industrie – allerdings nur graduell unterscheidet. Die primäre Strategie der Unternehmen ist auf die Verteidigung des erreichten Marktanteils gerichtet. Diese „defensive“ Ausrichtung wird noch sichtbarer, wenn der Schwerpunkt der Produktinnovationstätigkeit auf der Ausweitung der Produktpalette mit berücksichtigt wird, der deutlich auf die angestammten Produktbereiche fokussiert ist. Ursächlich hierfür ist, dass etablierte Unternehmen häufiger bestehende Technologien nach Kundenwünschen weiterentwickeln [KfW (2009), S. 123]. Diese Innovationen sind oft inkrementeller Natur und basieren seltener auf eigener FuE als auf dem Wissen aus langjähriger Herstellererfahrung. Nur etwa jedes siebente Unternehmen in Westdeutschland und etwa jedes

Tabelle 2: Innovationsziele im verarbeitenden Gewerbe 2007 (in %)

Innovationsziele ^a	Westdeutschland	Ostdeutschland	Sachsen
bei Produktinnovationen			
Schaffung von Nachfolgeprodukten	53,1	43,7	41,9
Ausweitung der Produktpalette			
– innerhalb des Erzeugnisschwerpunkts	69,5	75,0	71,3
– außerhalb des Erzeugnisschwerpunkts	14,5	15,6	16,5
Erhaltung des Marktanteils	71,4	68,3	60,8
Erschließung neuer Märkte			
– in internationaler Hinsicht	47,0	44,0	40,6
– im Hinblick auf neue Zielgruppen	50,3	48,1	44,8
bei Prozessinnovationen			
Steigerung der Flexibilität der Produktion	65,2	67,8	65,1
Senkung der Produktionskosten durch Verringerung			
– des Lohnkostenanteils	45,9	42,0	43,5
– des Materialverbrauchs	45,6	52,3	54,2
des Energieverbrauchs	37,1	44,9	45,1
des Ausschusses	44,6	41,7	35,2
Verbesserungen der Arbeitsbedingungen	37,9	33,6	31,8
Verminderung der Umweltbelastungen	35,1	32,0	30,9
a) Mehrfachnennungen möglich.			

Quelle: ifo Innovationstest.

sechste in Ostdeutschland hat sich 2007 auf Märkte außerhalb seines traditionellen Erzeugnisschwerpunkts gewagt. Eine derartige Strategie dürfte jedoch am ehesten dazu beitragen, neue Expansionschancen zu eröffnen. Diese Chancen scheinen sächsische Unternehmen stärker zu nutzen. Aber auch ohne Diversifikation lassen sich noch neue Marktsegmente erschließen, vor allem in regionaler Hinsicht und im Hinblick auf die Gewinnung neuer Kundengruppen.

Die Innovationsaktivitäten im Produktionsbereich sind wie die Produktinnovationen auf dasselbe Oberziel, nämlich die Erreichung eines bestimmten Unternehmensgewinns, ausgerichtet. Primär wird dieses Ziel durch die Effizienzsteigerung der Produktion und damit über die Kostensenkung zu erreichen versucht (vgl. Tab. 2).

Neben der Produktionskostensenkung, für die eine breite Palette von Aktionsparametern existiert, nimmt die

Steigerung der Flexibilität der Produktion eine zentrale Bedeutung im Zielbündel der Industrie ein. Bei jeweils rund zwei Dritteln der Prozessinnovatoren in den drei Teilregionen ist dies das technische Innovationsziel. Eine hohe Fertigungsflexibilität verhindert, dass Absatzeinbußen deshalb eintreten, weil die Produktion nicht rechtzeitig an neue Markterfordernisse angepasst werden kann.

Nicht zu vernachlässigen sind die Beiträge zum Gesamtziel des Unternehmens, die von der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Verminderung von Umweltbelastungen ausgehen. So kann die Reduzierung von Umweltbelastungen unbedingt erforderlich sein, um Gesetzesauflagen zu erfüllen. Aufgrund der in der Regel moderneren Produktionsanlagen ist dies für ostdeutsche Unternehmen weniger maßgeblich als für westdeutsche Produzenten.

Produktinnovationen in West und Ost überwiegend marktgetrieben

Die Anstöße zur Durchführung von Innovationen können aus den Unternehmen selbst stammen oder von außen an sie herangetragen werden, d. h. zum einen werden technische Innovationen durch Aktivitäten der betrieblichen FuE-Abteilung induziert (Technologie-Orientierung), und zum anderen werden Entwicklungen durch die Verarbeitung von Marktinformationen initiiert (Markt-Orientierung).

Hinsichtlich der Bedeutung der unternehmensinternen Impulsgeber unterscheiden sich die west- und ostdeutschen Unternehmen am deutlichsten hinsichtlich der Firmenleitung, die in Ostdeutschland und auch in Sachsen stärker maßgebend ist als in Westdeutschland, was mit der kleinteiligeren Unternehmensstruktur zusammenhängt (vgl. Tab. 3). Die Marketingabteilungen sind in allen Regionen die zweitwichtigsten Quellen für Innovationsanregungen. Vor diesem Hintergrund ist auch der hohe Anteil der Nennungen zu interpretieren, der auf die Variable „Kunden“ entfällt, da die Marktinformationen zu einem großen Teil durch enge Kundenkontakte gewonnen werden.

Zwar realisierten 2007 rund 36 % der westdeutschen und etwa 35 % der ostdeutschen Innovatoren (Sachsen: knapp 32 %) technologieinduzierte Neuerungen, aber mit einem starken Bias bezüglich größerer Unternehmen. Diese Gruppe von Unternehmen tätigt auch in höherem Maße aus prozesstechnologischen Anstößen (Produktion und Materialwirtschaft) resultierende Innovationen, als es bei kleinen und mittleren Unternehmen der Fall ist.

Die Bedeutung der durch Konkurrenzunternehmen ausgelösten Aktivitäten gibt Hinweise auf die Verbreitung der Imitationsstrategie in der Industrie. So stammten 2007 bei jeweils mehr als einem Drittel der Innovatoren Neuerungs-ideen von Wettbewerbern. Hierzu gehören auch die Impulse, die aus der Informationsbeschaffung auf Messen und Kongressen (jeweils über ein Viertel in West und Ost) oder bei Lieferanten (durchschnittlich 22 % in West- und 16 % in Ostdeutschland) resultierten.

Mit 14 % (West) bzw. rund 27 % (Ost) der Nennungen spielen partnerschaftlich miteinander verbundene Unternehmen als Ideenlieferanten eine gewisse Rolle, in ausgeprägtem Maße jedoch nur bei Großunternehmen. Fachliteratur (rund 10 bzw. 14 %) und Einrichtungen des Wissenschaftsbereichs (rund 7 % bzw. 10 %) liefern noch nennenswerte Beiträge. Beide Ideenquellen werden von

Tabelle 3: Herkunft der Innovationsideen im verarbeitenden Gewerbe 2007 (in %)

Innovationsimpulse ^a	Westdeutschland	Ostdeutschland	Sachsen
unternehmensintern			
Forschung und Entwicklung	35,9	35,1	31,7
Produktion, Materialwirtschaft	31,6	29,4	31,5
Marketing, Produktbetreuung	60,1	62,9	59,3
Firmenleitung	62,6	66,6	67,1
unternehmensextern			
Verbundenes Unternehmen	13,6	27,1	23,7
Konkurrenz	34,4	36,3	33,2
Lieferanten	21,7	15,9	15,7
Kunden	65,1	67,8	62,1
Fachliteratur, Patentschriften	9,7	14,0	12,9
Hochschulen, Forschungsinstitute	7,3	10,1	9,4
Messen, Kongresse etc.	26,5	28,9	24,7
Staatliche FuE-Programme	6,7	14,3	12,7
a) Mehrfachnennungen möglich.			

Quelle: ifo Innovationstest.

ostdeutschen Unternehmen intensiver genutzt als von westdeutschen. Dies trifft auch für die staatlichen FuE-Programme zu, die aber mehrheitlich auch nur für entsprechende Aktivitäten in Ostdeutschland zur Verfügung stehen.

Verglichen mit den Ergebnissen für die ostdeutsche Industrie insgesamt, weisen die Meldungen der sächsischen Industrie keine nennenswerten Abweichungen auf.

Wissensgenerierung dominierende Komponente der Innovationsaufwendungen

Das verarbeitende Gewerbe in den alten Bundesländern hat im Jahr 2007 für seine Innovationsvorhaben 82,6 Mrd. € aufgewendet und gab damit rund 7 % mehr aus als im Vorjahr (76,3 Mrd. €) (vgl. Tab. 4). Für die neuen Bundesländer belief sich der Innovationsaufwand auf 3,8 Mrd. €, der damit rund 0,1 Mrd. € unter dem Vorjahresniveau lag. In Sachsen stagnierten die Innovationsausgaben der Industrie bei rund 1,6 Mrd. €.

Bezogen auf den Gesamtumsatz der westdeutschen Industrie, belief sich 2007 die Innovationsquote auf 5,1 % und lag somit 0,1 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert. Für die Industrie Ostdeutschlands ergab sich ein Anteil am Umsatz von nur noch 3,0 % (2006: 3,6 %). Bei stagnierenden Innovationsausgaben sank in Sachsen die Innovationsquote um 0,6 Prozentpunkte auf nunmehr 3,6 %. Ursächlich hierfür ist der im Beobachtungsjahr in Ostdeutschland und Sachsen jeweils um die 10 % gestiegene Umsatz des verarbeitenden Gewerbes.

Von den gesamten Innovationsausgaben entfielen 2007 in der westdeutschen (ostdeutschen) Industrie rund 63 % (knapp 58 %) auf den Know-how-Einsatz (FuE, Konstruktion, Produktdesign), um neue oder verbesserte Produkte und/oder Verfahren realisieren zu können (vgl. Tab. 4). Für erworbene oder angemeldete Schutzrechte mussten 3 % (etwa 2 %) aufgewendet werden. Die für Produktionsvorbereitung und Rationalisierung erforderlichen Investitionen machten rund 29 % (knapp 35 %) der Gesamtaufwendungen aus. Die Aufwendungen für Absatzvorbereitungsmaßnahmen erforderten rund 6 % (etwa 5 %) der gesamten Innovationsaufwendungen.

Beim Vergleich mit den Strukturanteilen der sächsischen Industrie gibt es in den Aggregaten nur einige graduelle Unterschiede, aber keine gravierenden Abweichungen zum ostdeutschen Durchschnitt.

Innovationshemmnisse differieren stark in den Untersuchungsregionen

Die Innovationsaktivitäten der Unternehmen finden in einem Umfeld statt, das sich aufgrund gesellschaftlicher, technologischer und ökologischer Entwicklungstrends ständig verändert. Weitere wichtige Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln stellen politische Maßnahmen sowie marktstrukturelle Veränderungen dar. Von den genannten Faktoren werden alle Unternehmen mehr oder weniger stark tangiert. Daneben gibt es noch spezifische Innovationshemmnisse, die so stark ausgeprägt sein können, dass die betroffenen Unternehmen

Tabelle 4: Innovationsaufwendungen im verarbeitenden Gewerbe 2007 (in %)

Aufwendungen für	Westdeutschland	Ostdeutschland	Sachsen
Forschung, Entwicklung und Konstruktion	50,4	45,4	45,1
Produktdesign	12,4	12,5	14,9
Lizenzen	2,9	1,9	1,5
Produktionsvorbereitung	11,8	14,8	14,5
Absatzvorbereitung	5,7	5,4	5,9
Prozessinnovation	16,8	20,0	18,1
nachrichtlich:			
Innovationsaufwendungen 2007			
– absolut (in Mrd. €)	82,6	3,8	1,6
– in % vom Umsatz	5,1	3,0	3,6

Quelle: ifo Innovationstest.

Innovationsaktivitäten gänzlich unterlassen oder Innovationsprojekte zwar erfolgreich abschließen konnten, aber das betriebliche Innovationspotenzial nicht voll ausgeschöpft wurde.

Die Befragung west- und ostdeutscher Unternehmen zur Bedeutung von Innovationshemmnissen, die aus ökonomischen, unternehmensinternen und sonstigen Faktoren resultierten, ergab teils übereinstimmende,

teils aber auch deutlich differierende Einschätzungen (vgl. Tab. 5). Für die Unternehmen in den alten Bundesländern ist fehlendes Eigen- und Fremdkapital zwar immer noch ein bedeutendes Innovationshemmnis, in Ostdeutschland – und damit auch in Sachsen – ist der von einer unzureichenden Eigenkapitaldecke ausgehende Problemdruck jedoch wesentlich spürbarer ausgeprägt. Allerdings signalisierten die Unternehmen 2007

Tabelle 5: Bedeutung hemmender Faktoren bei innovierenden Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes 2007 (in %)

Innovationshemmnisse ^a	West-deutschland	Ost-deutschland	Sachsen
Ökonomische Faktoren			
Fehlendes Eigenkapital	16,1	25,6	24,2
Fehlendes Fremdkapital	11,5	21,4	23,0
Innovationsaufwand zu hoch	26,4	34,1	37,5
Innovationspotenzial			
Zu geringe Innovationsbereitschaft			
– der Mitarbeiter	15,8	7,0	8,1
– der Führungskräfte	13,6	4,7	3,1
Organisationsprobleme	12,1	7,3	6,1
Personalprobleme infolge Beschaffungsschwierigkeiten geeigneter Mitarbeiter auf dem Arbeitsmarkt für den			
– FuE-Bereich	26,3	17,1	19,4
– Produktionsbereich	17,9	16,9	16,8
– Absatzbereich	16,9	9,1	11,8
Unzureichende Kooperationsmöglichkeiten			
– mit anderen Unternehmen	7,7	8,8	10,8
– mit öffentlichen, wissenschaftlichen Institutionen	5,4	7,9	8,3
Keine Innovationsmöglichkeiten wegen eines ausgereiften Standes der Technik	25,0	13,2	12,3
Fehlende Information zu extern vorhandenem Know-how	10,5	6,6	5,3
Umsetzungsprobleme von technischem Know-how in marktfähige Produkte	22,3	17,8	18,9
Sonstige Faktoren			
Gesetzgebung zu restriktiv	15,2	12,6	14,0
Verwaltungsverfahren zu lang	14,4	16,0	15,1
Akzeptanzprobleme bei Kunden bzgl. Neuheitsgrad der Produkte/Prozesse	15,5	20,4	19,1
a) Mehrfachnennungen möglich.			

Quelle: ifo Innovationstest.

eine im Vergleich zum Vorjahr günstigere Eigenkapital-situation, die mit günstigeren Thesaurierungsmöglichkeiten aufgrund gestiegener Umsätze zusammenhängen kann.

Innovationstätigkeit ist mit Risiko behaftet, und niemand kann es den Unternehmen verdenken, wenn sie Risikobegrenzung betreiben. So beklagen viele Innovatoren, dass sich das für Innovationsvorhaben eingesetzte Kapital nicht in voller Höhe oder erst in zu langer Frist amortisiert. Für rund ein Viertel der innovierenden Unternehmen in Westdeutschland erscheint der Innovationsaufwand insgesamt als zu hoch. Dies ist jedoch immerhin bei über einem Drittel der ostdeutschen Unternehmen der Fall.

Gegenüber der Bedeutung ökonomischer Faktoren als Innovationshemmnis, werden die übrigen möglichen Barrieren in West und Ost teilweise deutlich unterschiedlich gewichtet. Bei den personenbezogenen Faktoren spielen Akquisitionsprobleme qualifizierter Mitarbeiter für die Bereiche FuE, Produktion und Absatz in West und Ost schon längere Zeit eine gewisse Rolle. Etwa jedem fünften Unternehmen in Ost- und Westdeutschland ist 2007 die Umsetzung von vorhandenem Know-how in marktfähige Produkte nicht gelungen. Hierfür könnten die schon genannten Personalengpässe oder der schon erreichte Entwicklungsstand ursächlich sein [DAPP (2009), S. 6]. Für innovativ tätige Unternehmen in West und Ost stellen weder die Informationsmöglichkeiten über, und die Beschaffungsmöglichkeiten von extern vorhandenem Know-how ein gravierendes Problem dar, noch die Kooperationsmöglichkeiten mit öffentlichen, wissenschaftlichen Institutionen oder mit anderen Unternehmen.

Während die betriebsinternen Hemmnisse seitens der Unternehmen gestaltbar sind, lassen sich politisch determinierte Rahmenbedingungen kaum direkt beeinflussen. Angesichts einer Flut von Bau- und Sicherheitsvorschriften, technischen und arbeitsrechtlichen Normen, Sicherheitsbestimmungen für Arbeitnehmer, Anlagen und Verbraucher wird die heute existierende Regelungsdichte als spürbare Einengung des Handlungsspielraums empfunden. Zu den regelungsbedingten Innovationshemmnissen gehört auch die Dauer behördlicher Genehmigungsfristen, weil sie Vorhaben verzögern, verteuern oder gänzlich verhindern kann. Unternehmen in den alten und neuen Bundesländern sind hiervon in etwa gleichermaßen betroffen.

Eine bedeutende Barriere für die Beschleunigung der Innovationszyklen oder die Erhöhung des Innovationsgehalts von Produkten stellen Akzeptanzprobleme auf der Abnehmerseite dar. Diese Vorbehalte des Marktes werden dabei in Westdeutschland mit rund 16% geringer eingeschätzt als in Ostdeutschland mit 20%.

Insgesamt gesehen, spiegeln die Angaben der sächsischen Unternehmen die für ganz Ostdeutschland skizzierte Situation wider.

Konjunkturelle Aussichten ungewiss

Die von den Unternehmen in ihrem jeweiligen Produktmarkt mittelfristig erwarteten Marktperspektiven üben einen relativ starken Effekt auf die Entscheidung aus, ein neues oder verbessertes Produkt am Markt zu platzieren. Nachdem noch 2007 knapp 70% der westdeutschen Industrieunternehmen und jeweils über 55% der ostdeutschen/sächsischen Unternehmen ein auf mittlere Sicht anhaltendes Marktwachstum antizipierten, fielen die Einschätzungen Ende 2008 angesichts der schon spürbaren Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich negativer aus. Nur noch rund jedes zweite Unternehmen im Westen und jeweils etwas über zwei Fünftel der Unternehmen in Ostdeutschland und in Sachsen rechnen sich mittelfristig Wachstumschancen für ihre Produktmärkte aus (vgl. Tab. 6). Während die Meldeanteile über einen erwarteten stagnierenden Marktverlauf nahezu konstant blieben, erhöhten sich in allen drei Regionen die skeptischen Erwartungen, mit einem schrumpfenden Markt konfrontiert zu sein.

Zahlreiche Untersuchungen bestätigten, dass auf wachsenden Märkten operierende Unternehmen den höchsten Anteil innovierender Unternehmen aufweisen. Mit der Verschlechterung der Marktconstellationen wird auch die Innovationsneigung der auf stagnierenden oder rückläufigen Märkten operierenden Unternehmen abnehmen, da das auf diesen Märkten angebotene Sortiment überwiegend Produkte enthält, die sich am Ende ihres Produktlebenszyklus befinden und kaum mehr Weiterentwicklungs- oder Verbesserungsmöglichkeiten bieten. Es hat sich aber auch gezeigt, dass in absatzmäßig schrumpfenden Marktsegmenten sehr wohl die Möglichkeit besteht, durch Innovationsaktivitäten die vorhandene Produktionsstruktur zu ändern und versiegende Nachfrageströme wieder zu beleben.

Weiterer Ausbau innovationsfreundlicher Rahmenbedingungen in Sachsen

Die neue Regierungskoalition in Sachsen hat sich in ihrem Koalitionsvertrag eine stärkere Unterstützung von Forschung und Innovation auf die Fahnen geschrieben [CDU und FDP (2009), S. 8]. Eine Monitoringstudie zur sächsischen Forschungs- und Technologiepolitik attestiert dem bisherigen Förderinstrumentarium des Freistaates – z. B. der Förderkulisse für High-Tech-Industrien und

Tabelle 6: Mittelfristige Absatzmarktperspektiven^a 2008 (in %)

Einschätzung der mittelfristigen Marktentwicklung	Westdeutschland	Ostdeutschland	Sachsen
Wachsend	53,7	41,1	41,6
Gleichbleibend	28,3	37,2	38,9
Schrumpfend	18,0	21,7	19,5
Saldo ^b	35,7	19,4	22,1

a) Einschätzung der Unternehmen von Ende 2008 für die nächsten drei bis fünf Jahre. – b) Nennungen „wachsender Markt“ abzüglich Nennungen „schrumpfender Markt“.

Quelle: Sonderfrage „Innovation“ im ifo Konjunkturtest.

für die Verbundforschung – messbare Erfolge bei dem bislang erreichten Stand des Strukturwandels nach der Wende [SELLENTHIN und RAMMER (2008), S. 27]. Die neue Staatsregierung will künftig die Fördermaßnahmen jedoch breiter anlegen und für mehr Unternehmen zugänglich machen. Daneben sollen die wirtschaftsnahe, anwendungsorientierte Forschungsinfrastruktur ausgebaut und der Technologietransfer effizienter ausgerichtet werden. Auch neue Förderinstrumente, wie z. B. „Innovationsgutscheine“, die schon in einigen anderen Bundesländern vergeben werden, sollen zum Einsatz kommen. Damit sollen kleine Unternehmen/Handwerksbetriebe an die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen herangeführt und so ihre Innovationskraft gestärkt werden.

Im Rahmen einer Innovationskampagne will der Freistaat zudem stärkere Anreize für Unternehmensgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen schaffen und die Kooperationsintensität zwischen Wirtschaft und Wissenschaft erhöhen. Gerade technologieorientierte Unternehmensgründungen treiben den technologischen Fortschritt voran und bilden den Nukleus für eine Verjüngung der Wirtschaftsstruktur in Richtung FuE-intensiverer Branchen.

Aber auch die aktuell in Sachsen präsenten Industriebranchen sind mit guten Zukunftschancen ausgestattet. Von sieben thematischen Zukunftsfeldern, die PROGNOSE als diejenigen mit den langfristig höchsten Wachstumspotenzialen ermittelt hat – Maschinenbau, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Fahrzeugbau, Logistik, Informations- und Kommunikationstechnologien, hochwertige Unternehmens- und Forschungs-/Entwicklungsdienstleistungen und Gesundheitswirtschaft [PROGNOSE (2009), S. 13] –, sind fast alle im Freistaat vertreten und viele davon auch in der aktuellen Rezession gut aufgestellt. In etlichen der genannten Branchen wird zusammen mit den in Sachsen ansässigen Hochschulen und außeruniversitären FuE-Einrichtungen an der Spitze des technischen

Fortschritts geforscht [DEUTSCH und BROK (2009), S. 30]. Betrachtet man allerdings die Verteilung dieser Zukunftsfelder auf die 413 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland, so ist doch festzustellen, dass insgesamt gesehen Ostdeutschland noch viele weiße Flecken aufweist. Während sich als Spitzenreiter unter den zukunftsfähigen Regionen Hamburg, Berlin, München und Frankfurt etabliert haben, ragt im Osten unter den Top 20 – abgesehen von Berlin – nur noch Dresden (Platz 15) als Leuchtturm heraus [TERPITZ (2009)].

Resümee

Die präsentierten Ergebnisse aus der ifo Innovationsbefragung lassen die Schlussfolgerung zu, dass die sächsische Industrie in den Jahren 2007 und 2008 im Hinblick auf ihre Innovationskraft gut aufgestellt war. Die aktuelle Wirtschaftsschwäche wird auch an Sachsen nicht spurlos vorübergehen, aber die kleinteilige Wirtschaftsstruktur kann sich im Hinblick auf deren flexiblen Anpassungsmechanismen als vorteilhaft erweisen. Innovationsfreudige Unternehmen, eine gut ausgebaute Hochschul- und Forschungslandschaft sowie eine breite Palette an innovationsunterstützenden Hilfestellungen seitens der Staatsregierung lassen erwarten, dass sich im Zuge einer Belebung der Weltwirtschaft der sächsischen Industrie mittelfristig gute Entwicklungschancen eröffnen. Einer aktuellen Untersuchung zur Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland zufolge, dürften von einem Mix aus anspruchsvoller Innovationsförderung, einfacher Anwerbung von Investoren und pragmatischer Stärkung des vorhandenen industriellen Mittelstandes weitere positive Impulse ausgehen [PAQUÉ (2009), S. 231ff.]. Dieser Agenda müssten sich sowohl die Landes- als auch die Kommunalpolitik in Sachsen verpflichtet fühlen, um die Quellen für eine Stärkung der Innovationskraft künftig noch kräftiger sprudeln zu lassen.

Literatur

- ASCHHOFF, B. et al. (2009): Innovationsverhalten der deutschen Wirtschaft: Indikatorenbericht zur Innovationserhebung 2008.
- CDU CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS, LANDESVERBAND SACHSEN UND FDP FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS, LANDESVERBAND SACHSEN (2009): Freiheit. Verantwortung. Solidarität: Gemeinsam für ein starkes und selbstbewusstes Sachsen, Vertrag über die Bildung der Staatsregierung für die 5. Legislaturperiode des Sächsischen Landtages abrufbar unter: http://www.sachsen.de/download/Koalitionsvertrag_2009_09_22.pdf.
- DAPP, T. F. (2009): Innovative Köpfe braucht das Land. Aktuelle Themen 456, DB Research.
- DEUTSCH, K.-G. und BROK, S. (2009): Aufbruch Ost: Die Wirtschaftsentwicklung in den östlichen Ländern. Aktuelle Themen 458, DB Research.
- DIHK DEUTSCHER INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMERTAG (2009): Innovationsverhalten deutscher Unternehmen in der Krise – erstaunlich offensiv. DIHK-Umfrage, September.
- GRENZMANN, C. (2009): Industrieforschung und Konjunktur im Gleichschritt. In: Forschung & Entwicklung, Heft 2009; S. 30.
- KFW BANKENGRUPPE (Hrsg.) (2009): Mittelstandsmonitor 2009: Deutsche Wirtschaft in der Rezession – Talfahrt auch im Mittelstand.
- PAQUÉ, K.-H. (2009): Die Bilanz: Eine wirtschaftliche Analyse der Deutschen Einheit.
- PROGNOS AG (2009): Zukunftsatlas Branchen 2009. Basel et al. abrufbar unter: <http://www.prognos.com/zukunftsatlas>.
- RAMMER, C.; PENZKOFER, H.; STEPHAN, A.; GRENZMANN, C. (2004): FuE- und Innovationsverhalten von KMU und Großunternehmen unter dem Einfluss der Konjunktur. Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 22.
- SELLENTHIN, M. O.; RAMMER, C. (2008): Monitoring and analysis of policies and public financing instruments conducive to higher levels of R&D investments: The „Policy Mix“ project. Case Study.
- TERPITZ, K. (2009): Deutschlands Kraftfelder von morgen. In: Handelsblatt vom 21.09.09; S. 17.

Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das zweite Quartal 2009

Wolfgang Nierhaus*

Methodischer Aufriss

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) haben die Aufgabe, ein möglichst umfassendes und übersichtliches Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens zu geben. Mit der Berechnung nationaler VGR-Daten ist in Deutschland das STATISTISCHE BUNDESAMT betraut; regionalisierte Ergebnisse werden vom ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN DER LÄNDER (AK VGR d L) veröffentlicht. Anders als in den nationalen VGR werden auf regionaler Ebene allerdings keine vierteljährlichen Daten bereitgestellt; unterjährige Ergebnisse für das Bruttoinlandsprodukt gibt es lediglich für die jeweils erste Jahreshälfte. Das IFO INSTITUT hat vor zwei Jahren in dieser Zeitschrift einen statistischen Ansatz (temporale Disaggregation nach dem CHOW & LIN-Verfahren) vorgestellt, mit dessen Hilfe diese Datenlücke geschlossen werden kann [vgl. NIERHAUS, W. (2007)]

Die hier präsentierte eigenständige Bruttoinlandsprodukt-Vierteljahresrechnung für Sachsen erfolgt in Verantwortung des IFO INSTITUTS. Die Berechnungen fußen auf den amtlichen jährlichen Länderdaten, die vom AK VGR d L ermittelt werden (aktueller Rechenstand: Februar 2009). Zudem werden seitens des STATISTISCHEN LANDESAMTES DES FREISTAATES SACHSEN aktuelle konjunkturstatistische Informationen für die Berechnungen bereitgestellt [BORMANN, M.; SPEICH, W.-D. (2008)]. Der Fokus der Quantifizierung liegt auf der Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts in der WZ-Tiefe A6, d.h. es werden preisbereinigte Vierteljahreswerte für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Bruttowertschöpfung (BWS) in den sechs großen Wirtschaftsbereichen Sachsens ermittelt: Das vierteljährliche BIP folgt aus der BWS nach Wirtschaftsbereichen durch Hinzurechnung der Nettogütersteuern (Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen).

Der für das CHOW & LIN-Verfahren gewählte Schätzzeitraum umfasst die Jahre 1996 bis 2008; von einer temporalen Disaggregation der Jahre 1991 bis 1995 wurde aufgrund der tendenziell erhöhten statistischen Fehlermargen der Ausgangsdaten abgesehen. Für das laufende Jahr vermag das Verfahren Prognosewerte auf der Basis der geschätzten Zusammenhänge zu liefern, sofern die entsprechenden unterjährigen Indikatoren hierfür bereits vorhanden sind. Zwar gibt es für das zwei-

te Vierteljahr 2009 aufgrund der Einführung der neuen Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) bisher noch keinen kompletten Indikatorensatz, doch können mit Hilfe von ergänzenden Schätzungen dennoch erste Ergebnisse präsentiert werden. Zusätzlich wurden die in dieser Zeitschrift bereits veröffentlichten Werte für das erste Vierteljahr überarbeitet [vgl. NIERHAUS, W. (2009)]. Die neuen Berechnungen sind überdies abgestimmt auf die am 24. September vom AK VGR d L veröffentlichten amtlichen Ergebnisse der BIP-Halbjahresrechnung 2009.¹ Konkret erfolgte eine proportionale Anpassung der originären Vierteljahresergebnisse an das amtliche Halbjahresergebnis, so dass die Veränderungsrate vom ersten zum zweiten Quartal 2009 erhalten blieb.

Ergebnisse

Tabelle 1 präsentiert die aktuellen Ergebnisse der temporalen Disaggregation für Sachsen. Die preisbereinigten Quartalsergebnisse werden, der Veröffentlichungspraxis des AK VGR d L folgend, als Kettenindizes² dargestellt, hinzu kommen die daraus abgeleiteten Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahresquartal sowie die entsprechenden Wachstumsbeiträge zum BIP. Kettenindexwerte sind auf ein bestimmtes Referenzjahr bezogen (derzeit das Jahr 2000) und geben für das jeweilige Berichtsjahr an, wie sich das Volumenaggregat seit dem Referenzjahr quantitativ entwickelt hat. Die hier veröffentlichten Kettenindizes basieren auf dem ANNUAL-OVERLAP-Verfahren, das auch der Vierteljahresrechnung des STATISTISCHEN BUNDESAMTS zugrunde liegt.

Den Ergebnissen der Vierteljahresrechnung zufolge lag die Wirtschaftsleistung in Sachsen im zweiten Vierteljahr 2009 nach wie vor deutlich unter Vorjahresniveau. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unterschritt das vergleichbare Vorjahresniveau um 5,3%; noch stärker sank die Bruttowertschöpfung (-5,9%). Im Durchschnitt des ersten Halbjahres 2009 – also unter Berücksichtigung des BIP-Rückgangs im ersten Quartal in Höhe von 6,0% – beläuft sich die Abnahme des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts auf 5,7%, was dem amtlichen Ergebnis des AK VGR d L für diesen Zeitraum entspricht.

Außergewöhnlich kräftig war der Produktionsrückgang erneut im „produzierenden Gewerbe ohne Bau“; das Minus im zweiten Quartal 2009 belief sich in diesem Sektor auf 17,5%. Nach wie vor ist die besonders exportabhän-

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im ifo Institut für Wirtschaftsforschung München.

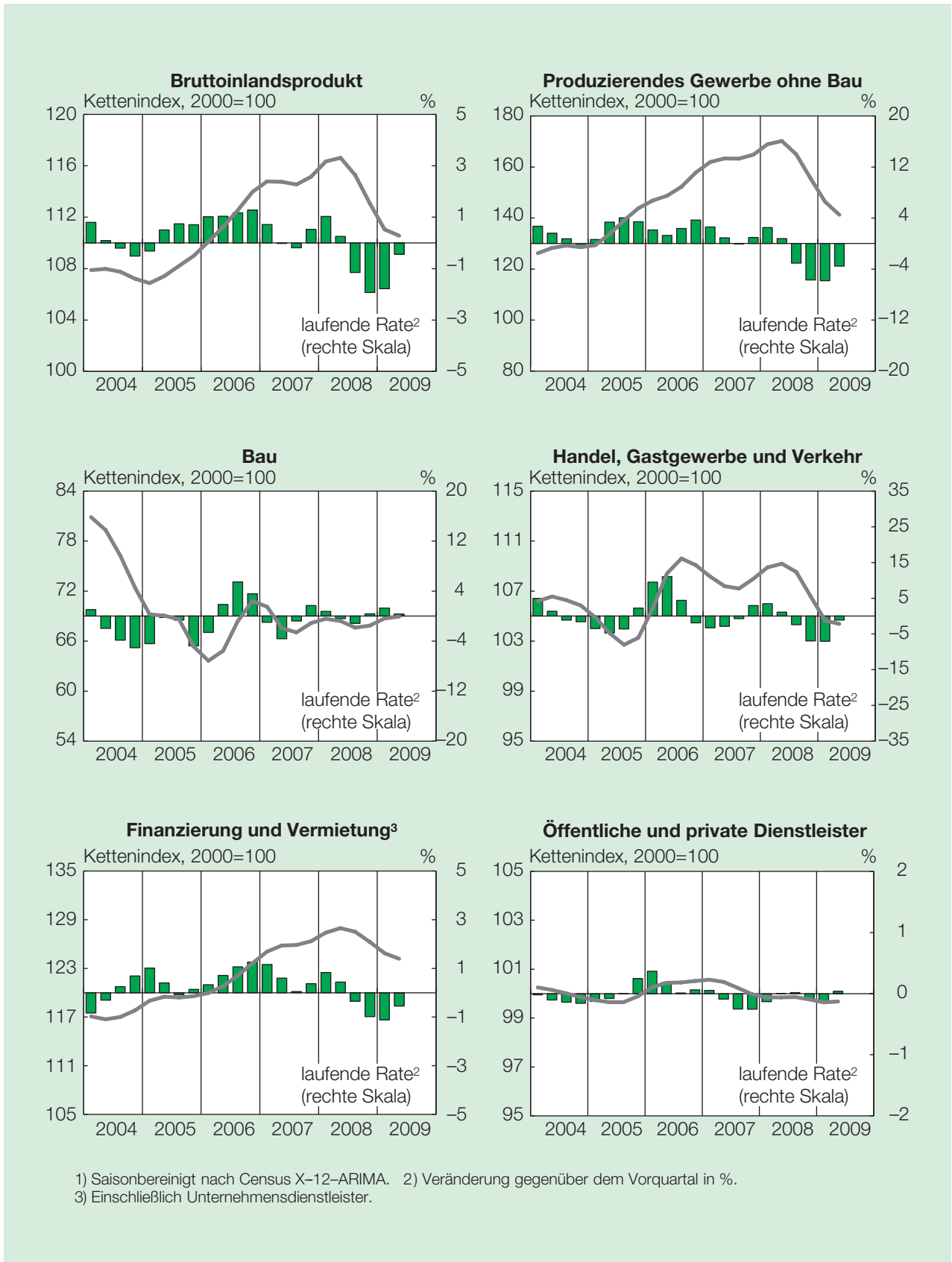
Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Sachsen (preisbereinigt, verkettet)

Jahr	BIP	Gütersteuern abzüglich Subventionen	Bruttowertschöpfung insgesamt	Bruttowertschöpfung					
				Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel; Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung; Vermietung u. Untern.-dienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
Index (2000 = 100)									
2007	114,7	99,3	116,5	112,6	163,3	67,9	107,1	125,8	100,3
2008	115,7	99,3	117,6	112,2	166,4	68,4	108,8	127,4	99,9
1 2007	110,3	100,7	111,3	104,4	158,3	47,6	97,8	123,6	100,1
2 2007	114,3	98,0	116,2	117,4	164,6	65,8	107,5	124,2	100,4
3 2007	115,8	99,0	117,7	116,9	163,3	74,8	105,0	129,0	100,5
4 2007	118,4	99,5	120,6	111,8	166,9	83,2	118,2	126,4	100,3
1 2008	112,0	100,4	113,3	111,0	164,4	49,3	100,6	125,6	99,3
2 2008	116,2	98,0	118,3	115,0	172,8	66,3	108,7	126,7	99,8
3 2008	116,5	99,0	118,6	114,0	164,4	76,2	106,9	130,4	100,2
4 2008	118,0	99,7	120,2	109,0	163,9	81,6	119,0	126,8	100,3
1 2009	105,3	97,7	106,0	106,9	136,6	47,7	93,8	122,1	98,7
2 2009	110,0	97,3	111,4	112,1	142,5	67,4	104,3	122,8	99,6
Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr in %									
2007	2,4	-1,8	2,8	23,1	7,7	0,8	-1,2	3,6	-0,0
2008	0,9	-0,0	1,0	-0,3	1,9	0,7	1,6	1,3	-0,5
1 2007	4,2	0,6	4,6	23,5	9,2	14,4	2,3	4,6	0,2
2 2007	3,3	-2,4	3,9	25,1	11,0	2,6	-1,6	4,3	0,0
3 2007	1,9	-1,7	2,3	26,6	7,1	-0,5	-2,2	2,9	-0,2
4 2007	0,4	-3,7	0,8	17,4	4,0	-5,7	-2,9	2,5	-0,2
1 2008	1,6	-0,4	1,7	6,3	3,9	3,6	2,9	1,6	-0,8
2 2008	1,6	0,0	1,8	-2,1	5,0	0,7	1,1	2,1	-0,6
3 2008	0,7	0,0	0,8	-2,5	0,7	1,9	1,8	1,1	-0,4
4 2008	-0,3	0,2	-0,3	-2,5	-1,8	-1,9	0,6	0,4	-0,1
1 2009	-6,0	-2,6	-6,4	-3,7	-17,0	-3,4	-6,7	-2,7	-0,6
2 2009	-5,3	-0,7	-5,9	-2,5	-17,5	1,7	-4,0	-3,1	-0,2
Wachstumsbeiträge zum BIP in Prozentpunkten^a									
2007	2,4	-0,2	2,6	0,2	1,6	0,0	-0,2	0,9	-0,0
2008	0,9	-0,0	0,9	-0,0	-0,0	0,0	0,2	0,3	-0,1
1 2007	4,2	0,1	4,1	0,2	2,0	0,5	0,3	1,2	0,1
2 2007	3,3	-0,2	3,5	0,2	2,3	0,1	-0,2	1,1	0,0
3 2007	1,9	-0,2	2,1	0,2	1,5	-0,0	-0,3	0,7	-0,0
4 2007	0,4	-0,4	0,8	0,1	0,9	-0,4	-0,4	0,6	-0,1
1 2008	4,2	0,1	4,1	0,2	2,0	0,5	0,3	1,2	0,1
2 2008	3,3	-0,2	3,5	0,2	2,3	0,1	-0,2	1,1	0,0
3 2008	1,9	-0,2	2,1	0,2	1,5	-0,0	-0,3	0,7	-0,0
4 2008	0,4	-0,4	0,8	0,1	0,9	-0,4	-0,4	0,6	-0,1
1 2009	-6,0	-0,3	-5,7	-0,0	-3,8	-0,1	-0,9	-0,7	-0,1
2 2009	-5,3	-0,1	-5,3	-0,0	-4,0	0,1	-0,6	-0,7	-0,0

a) Angaben für das Bruttoinlandsprodukt in %. Die Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts ergibt sich aus der Summe der Wachstumsbeiträge der sechs Wirtschaftsbereiche (einschließlich der Nettogütersteuern). Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 1: Trend-Konjunktur-Komponenten von Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Sachsen (preisbereinigt, verkettet)¹



Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Berechnungen des ifo Instituts.

gige Industrie in Sachsen von der globalen Finanz- und Konjunkturkrise stark betroffen. Im Durchschnitt des ersten Halbjahres lag der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe um ein Drittel unter dem Vorjahresergebnis. Die großen Nachfrage- und Produktionsausfälle in der Industrie zeitigten weiterhin Einbußen im „Handel“, was auch zu einem deutlich verminderten Transportaufkommen im „Verkehrssektor“ führte. Unter Einrechnung des „Gastgewerbes“ sank die Wirtschaftsleistung im zweiten Vierteljahr um 4,0%. Produktionsrückgänge gab es auch im Bereich der „Finanzierung, Vermietung und unternehmensnahen Dienstleistungen“ (-3,1%). Die unternehmensbezogenen „Dienstleister“ hatten in den Jahren 2007 und 2008 vom Aufschwung in der Industrie beträchtlich profitiert. Als Reflex hierzu ergaben sich nunmehr deutliche Rückgänge. Im Sektor „Landwirtschaft“ belief sich das Minus auf 2,5%. Nur unwesentlich ist die Wertschöpfung zuletzt bei den „öffentlichen und privaten Dienstleistern“ gesunken, die von der Rezession im industriellen Kern Sachsens deutlich weniger betroffen sind. Die Wertschöpfung im Bausektor war mit 1,7% sogar etwas höher als ein Jahr zuvor. Hier dürfte allerdings auch Produktion nachgeholt worden sein, die aufgrund ungünstiger Witterung zu Jahresbeginn ausgefallen war. Zudem könnten von den beiden Konjunkturpaketen I und II der Bundesregierung erste Impulse auf den öffentlichen Bau ausgegangen sein.

Tabelle 1 präsentiert auch die dazugehörigen Wachstumsbeiträge der sechs großen Wirtschaftsbereiche (unter Einrechnung der Nettogütersteuern) zum preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt („Lundberg-Komponenten“). Mit ihrer Hilfe kann die relative Bedeutung der einzelnen Wertschöpfungsaggregate für die Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts dargestellt werden. Dominierend für die negative Entwicklung war im zweiten Quartal 2009 weiterhin das „produzierende Gewerbe ohne Bau“, das allein 4 Prozentpunkte zum Rückgang des preisbereinigten BIP beitrug. Der Bereich „Finanzierung, Vermietung und unternehmensnahen Dienstleistungen“ steuerte zum BIP-Minus weitere 0,7 Prozentpunkte bei, der Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ 0,6 Prozentpunkte.³

Zur Identifizierung der aktuellen konjunkturellen Entwicklungstendenzen im FREISTAAT SACHSEN sind zusätzlich die Trend-Konjunktur-Komponenten der quartalisierten VGR-Reihen ermittelt worden (vgl. Abb. 1). Die Trend-Konjunktur-Komponente (auch: glatte Komponente) kann als zusammengefasste systematische Bewegungskomponente einer Zeitreihe aufgefasst werden. Sie verläuft in aller Regel stetig und verdeutlicht die Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung. Beim preisbereinigten Bruttoin-

landsprodukt zeigen sich am aktuellen Rand – nach vorausgegangenem starken Einbruch – nunmehr erste Stabilisierungstendenzen. Zu dieser Entwicklung haben alle großen Wirtschaftsbereiche mehr oder weniger beigetragen.

Zusammenfassung

Mit der hier vorgestellten Vierteljahresrechnung liegen erstmals Ergebnisse für die Wirtschaftsleistung im Freistaat Sachsen für den Zeitraum I/1996 bis II/2009 vor. Die vierteljährlichen Angaben sind mit den amtlichen Jahresdaten des ARBEITSKREISES VGR D L konsistent und zusätzlich auf das kürzlich veröffentlichte amtliche Ergebnis für das erste Halbjahr 2009 abgestimmt. Die Ergebnisse zeigen, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Vierteljahr 2009 erneut deutlich unter dem Stand des Vorjahres gelegen hat (-5,3%). Für das erste Quartal beläuft sich das Minus sogar auf 6,0% (revidiertes Ergebnis).

Die Trend-Konjunktur-Komponente der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Sachsen zeigt im Vergleich zu den vorangegangenen, stark rezessionsgeprägten Quartalen aber nunmehr erste Stabilisierungstendenzen. Bei der Interpretation der vorgelegten Vierteljahresergebnisse ist zu beachten, dass aufgrund der Einführung der neuen Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) die länderspezifische Datenverfügbarkeit zurzeit immer noch eingeschränkt ist, so dass ergänzende Schätzungen erforderlich waren, um die vorhandenen Lücken zu schließen. Außerdem sind angesichts der Schwere und Tiefe der Finanz- und Wirtschaftskrise alle Schätzansätze mit erhöhten Unsicherheiten behaftet.

Literatur

- NIERHAUS, W. (2007): Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für Sachsen mit Hilfe temporaler Disaggregation. In: ifo Dresden berichtet, 4/2007; S. 24–36.
- BORMANN, M.; SPEICH, W.-D. (2008): Möglichkeiten der Bereitstellung unterjähriger gesamtwirtschaftlicher Konjunkturinformationen für den Freistaat Sachsen. In: Statistik in Sachsen, 1/2008; S. 16–29.
- NIERHAUS, W. (2009): Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das erste Quartal 2009, in: ifo Dresden berichtet, 4/2009; S. 22–27.

¹ Der aus nicht abgestimmten Vierteljahresergebnissen berechnete Halbjahreswert kann aus verschiedenen Gründen vom amtlichen Halbjahreswert des ARBEITSKREISES VGR d L abweichen. Zum einen wird die Vierteljahresrechnung des IFO INSTITUTS auf einer anderen methodischen Grundlage erstellt, nämlich auf der Basis eines rein ökonomischen Verfahrens. Zum anderen ist die Zahl der zugrunde liegenden primärstatistischen Ausgangsreihen im Vergleich zum ARBEITSKREIS VGR d L kleiner und die Rechartiefe (Disaggregationsgrad) geringer. Außerdem sind bei unvollständiger Datengrundlage ergänzende Schätzungen erforderlich,

die unterschiedlich ausfallen können. Schließlich erfolgt, anders als beim ARBEITSKREIS VGR d L keine Koordinierung auf das Bundesergebnis.

² Alternativ können Volumenaggregate auch als verkettete Absolutwerte (in Mill. €) nachgewiesen werden. Dies hat zwar den Vorteil langer vergleichbarer Reihen auch für Absolutwerte, andererseits aber den Nachteil der Nichtadditivität der Reihen, und zwar auf jeder Aggregationsebene.

³ Der vollständige Datensatz (preisbereinigte Ergebnisse für das erste Quartal 1996 bis zum zweiten Quartal 2009) steht auf der IFO DRESDEN-Homepage zum Download zur Verfügung.

Die Strukturen der Ausfuhr in Deutschland: ein Vergleich zwischen neuen und alten Bundesländern

Robert Lehmann*

Einleitung

Eine wichtige Triebkraft für die positive wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland der letzten Jahre war der Export. Die starke Außenhandelsverflechtung der deutschen Wirtschaft wird in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise jedoch immer mehr zu einer Belastung. Aufgrund der starken Auslandsabhängigkeit geriet der Motor der deutschen Konjunktur ins Stocken. Vor diesem Hintergrund analysiert der nachfolgende Beitrag die ostdeutschen Ausfuhrstrukturen und vergleicht diese mit denen der westdeutschen Bundesländer. Der Beitrag schließt mit einer Einschätzung, wie diese Ausfuhrstrukturen in Zeiten der globalen Wirtschaftskrise wirken.

Methodik

Zur Analyse der Ausfuhrstruktur werden die betrachteten Handelspartner nach vier Weltregionen klassifiziert. Die Zuordnung der Staaten erfolgt nach geographischen Aspekten und orientiert sich nicht an spezifischen Gemeinsamkeiten wie z. B. der Zugehörigkeit zum europäischen Währungsraum. Die Auswahl der einbezogenen Handelspartner richtet sich dabei nach der Rangfolge ihrer prozentualen Anteile an den gesamten Ausfuhrungen. Im Einzelnen werden folgende Gruppen unterschieden:

- **Westeuropa:** Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich, Schweiz, Spanien, Vereinigtes Königreich;
- **Osteuropa:** Polen, Russische Föderation, Tschechische Republik, Ungarn;
- **Amerika:** Vereinigte Staaten von Amerika;
- **Asien:** Japan, Volksrepublik China.

Grundlage für die Berechnung der Ausfuhranteile sind Daten des STATISTISCHEN BUNDESAMTS (DESTATIS) zu den wertmäßigen Ausfuhrungen nach Ländern – Warenexporte ohne Dienstleistungen [vgl. DESTATIS (2009), S. 6] – in den Jahren 2002 bis 2008, welche zu den genannten Gruppen verdichtet werden. Die Vergleichsaggregate West- und Ostdeutschland (ostdeutsche Flächenländer einschließlich Berlin) ergeben sich aus der Summe der wertmäßigen Ausfuhrungen der zugehörigen Bundesländer.

Die Ausfuhrstruktur der neuen Bundesländer

Auf die 15 ausgewählten Handelspartner entfallen im Schnitt 70 % der ostdeutschen Ausfuhrungen. Dominierend dabei sind die westeuropäischen Handelspartner, welche in den Jahren 2002 bis 2008 einen durchschnittlichen Ausfuhranteil in Höhe von 42,0 % an den gesamten Ausfuhrungen besaßen. Jedoch geht der Anteil der Ausfuhrungen in diese Länder seit 2002 zurück; dieser lag im Jahr 2008 erstmals unter der 40-Prozent-Marke (vgl. Tab. 1). Auch die amerikanischen Staaten verlieren als Außenhandelspartner zumindest relativ an Bedeutung. Im Gegenzug werden die osteuropäischen Länder immer bedeutungsvoller. Deren Ausfuhranteile zeigen seit 2004 einen starken Aufwärtstrend, während der Anteil asiatischer Staaten weitestgehend konstant geblieben ist (vgl. Abb. 1). Richtet man den Blick auf die einzelnen Länder, so weist Polen die stärksten Handelsbeziehungen auf. Betrug der Ausfuhranteil Polens im Jahre 2005 noch 5,9 % und lag damit im oberen Mittelfeld, überholte es im Jahr 2008 sogar die konstant starke Warenausfuhr aus Ostdeutschland nach Frankreich. Auch Russland und Tschechien haben ihre Anteile an den ostdeutschen Ausfuhrungen steigern können, nicht aber Ungarn (vgl. Tab. 1). Innerhalb der Gruppe der westeuropäischen Länder haben die meisten Außenhandelspartner an Bedeutung verloren, lediglich Belgien und die Schweiz konnten leicht wachsende Anteile verzeichnen. Die Vereinigten Staaten von Amerika nehmen hingegen anteilig immer weniger Waren aus ostdeutscher Produktion ab, sind jedoch nach wie vor drittichtigster Handelspartner für die neuen Länder. Auffällig in dieser Analyse ist der geringe Anteil japanischer Handelspartner, trotz der Größe dieser Volkswirtschaft.

Sachsen – Analogie zu Ostdeutschland?

Die Ausfuhrungen aus Sachsen weisen in vielerlei Hinsicht Ähnlichkeiten zu den neuen Ländern insgesamt auf. Dies gilt insbesondere für die Veränderung der Ausfuhranteile

* Robert Lehmann ist Student (VWL) an der TU Dresden und verfasste vorliegenden Beitrag während seines Praktikums in der ifo Niederlassung Dresden.

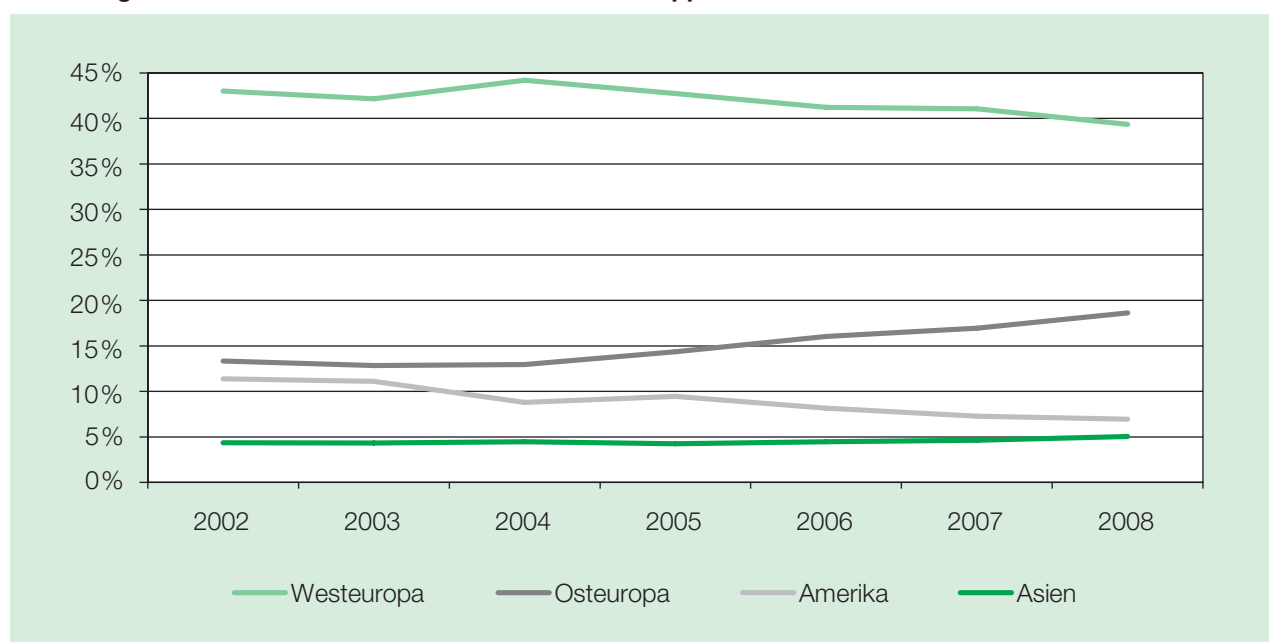
Tabelle 1: Die wichtigsten Handelspartner Ostdeutschlands^a

	Anteile an den gesamten Ausfuhren in %			
	2005	2006	2007	2008 ^b
Länder				
Polen	5,9	6,9	7,4	8,3
Frankreich	7,5	6,9	7,6	7,7
Vereinigte Staaten von Amerika	9,5	8,2	7,3	6,9
Italien	6,9	6,3	6,6	6,0
Vereinigtes Königreich	6,6	6,8	6,4	5,8
Niederlande	5,5	5,2	5,0	4,8
Österreich	5,1	5,0	4,7	4,5
Tschechische Republik	4,0	4,1	4,4	4,5
Spanien	4,6	4,6	5,0	4,4
Russische Föderation	2,8	3,2	3,5	4,3
Volksrepublik China	2,5	2,9	3,1	3,5
Belgien	3,8	3,7	3,2	3,5
Schweiz	2,8	2,7	2,6	2,7
Ungarn	1,7	1,8	1,7	1,6
Japan	1,7	1,6	1,5	1,5
Gruppen				
Westeuropa	42,7	41,2	41,1	39,4
Osteuropa	14,4	16,0	16,9	18,6
Amerika	9,5	8,2	7,3	6,9
Asien	4,3	4,5	4,6	5,0
Auswahl insgesamt	70,8	69,9	69,9	69,9

a) Geordnet nach den Anteilen im Jahr 2008 – b) Vorläufige Angaben

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 1: Ausfuhranteile Ostdeutschlands nach Gruppen



Quellen: Statistisches Bundesamt, Darstellung und Berechnungen des ifo Instituts.

in den vergangenen Jahren. Es ist deutlich erkennbar, dass auch hier die osteuropäischen Länder zulasten der westeuropäischen Länder sowie der amerikanischen Staaten an Bedeutung gewinnen (vgl. Tab. 2). Auch die Rangfolge der einzelnen Regionen ist seit dem Jahre 2006 für Sachsen dieselbe wie in den neuen Bundesländern insgesamt. Bei der Niveaubetrachtung zeigen sich allerdings Unterschiede: Innerhalb des hier analysierten Betrachtungszeitraums übersteigen die westeuropäischen Ausfuhranteile Sachsens lediglich im Jahr 2004 die 40-Prozent-Marke; in Ostdeutschland insgesamt wird dieser Wert am aktuellen Rand erstmals unterschritten (vgl. Abb. 2). Bemerkenswert ist zudem, dass die USA als Handelspartner für Sachsen von größerer Bedeutung sind als das benachbarte Polen, und auch dass die Ausfuhren nach China anteilig bedeutsamer sind als in Ostdeutschland insgesamt.

Strukturunterschiede in den neuen und alten Bundesländern

Der Vergleich der ostdeutschen mit der westdeutschen Ausfuhrstruktur zeigt eine stärkere Verflechtung der alten Länder mit den westeuropäischen Staaten. Im Durchschnitt stellen die westeuropäischen Länder über die Hälfte aller Ausfuhren, wobei sich – wie in den neuen Bundesländern – ein leichter Abwärtstrend zeigt (vgl. Tab. 3). Größter Handelspartner ist Frankreich mit einem Anteil von 10,5 %. Die USA verlieren als Handelspartner auch hier an Bedeutung, wenngleich der Effekt nicht so stark ausgeprägt ist. Ferner zeigt sich, dass, obwohl die osteuropäischen Staaten zuletzt an Bedeutung gewonnen haben, diese für Westdeutschland eher von geringerer Wichtigkeit sind (vgl. Abb. 3). Insbesondere Polen ist für die westdeutschen Exporteure kein so großer Absatzmarkt wie für die ostdeutschen Unternehmen.

Dennoch konnten die alten Bundesländer vom dynamischen Wirtschaftswachstum der osteuropäischen Staaten profitieren. Mit einem Wirtschaftswachstum von 6,6 % – einhergehend mit einem Anstieg der Importe in Höhe von 13,6 % im Jahr 2007 [vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION (2009), S. 95] – konnte Polen seine Ausfuhranteile in den alten Bundesländern steigern. Dasselbe gilt für die Tschechische Republik mit 6,0 % BIP- und 14,2 % Importwachstum gegenüber dem Jahr 2006. Es bleibt weiterhin zu klären, warum die Unterschiede, gerade an den Beispielen Polen und Frankreich, so gravierend sind. Mögliche Erklärungen hierfür sind die aus der Vergangenheit bestehenden Verflechtungen zwischen den neuen Ländern und Polen sowie der Tschechischen Republik auf der einen Seite und Frankreich mit Westdeutschland auf der anderen [vgl. RAGNITZ, J.; SCHARFE S.; SCHIRWITZ B.



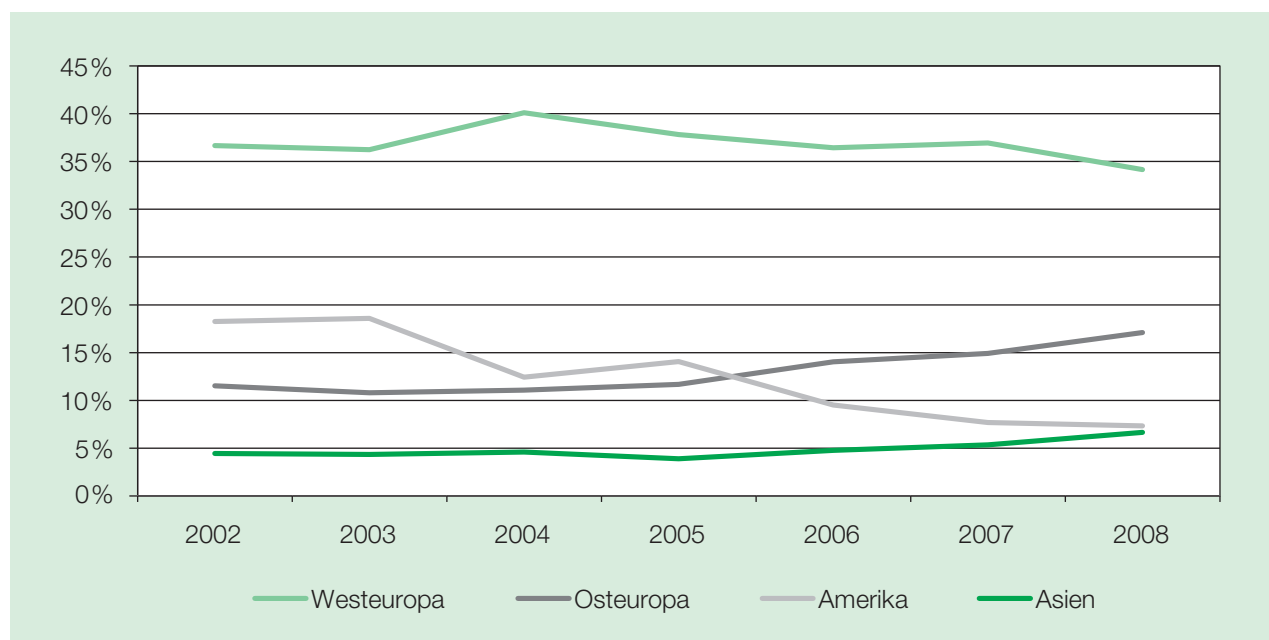
Tabelle 2: Die wichtigsten Handelspartner Sachsens^a

	Anteile an den gesamten Ausfuhren in %			
	2005	2006	2007	2008 ^b
Länder				
Vereinigte Staaten	14,1	9,5	7,7	7,3
Polen	3,8	4,4	5,2	6,3
Italien	6,6	5,1	6,5	6,1
Frankreich	6,3	6,0	5,9	5,8
Volksrepublik China	2,7	3,7	4,4	5,6
Tschechische Republik	4,8	5,3	5,2	5,3
Vereinigtes Königreich	5,6	6,2	5,8	4,7
Spanien	5,4	5,4	5,9	4,5
Österreich	4,3	4,2	4,0	4,0
Russische Föderation	1,6	2,5	2,8	3,8
Niederlande	3,8	3,8	3,6	3,7
Schweiz	2,7	2,9	3,9	2,9
Belgien	3,0	2,9	2,5	2,4
Ungarn	1,5	1,8	1,8	1,7
Japan	1,2	1,1	1,0	1,1
Gruppen				
Westeuropa	37,8	36,4	37,0	34,2
Osteuropa	11,7	14,1	14,9	17,1
Amerika	14,1	9,5	7,7	7,3
Asien	3,9	4,8	5,3	6,7
Auswahl insgesamt	67,5	64,8	64,9	65,3

a) Geordnet nach den Anteilen im Jahr 2008 – b) Vorläufige Angaben

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 2: Ausfuhranteile Sachsens nach Gruppen



Quellen: Statistisches Bundesamt, Darstellung und Berechnungen des ifo Instituts.

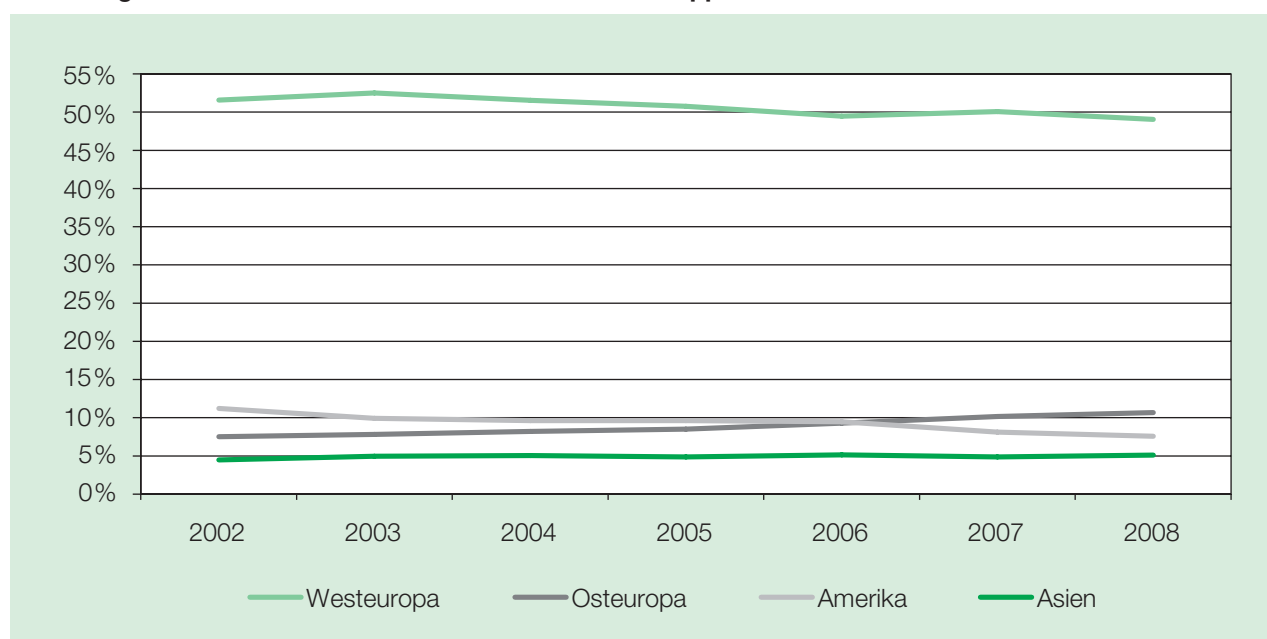
Tabelle 3: Die wichtigsten Handelspartner Westdeutschlands^a

	Anteile an den gesamten Ausfuhren in %			
	2005	2006	2007	2008 ^b
Länder				
Frankreich	10,6	10,1	10,0	10,3
Vereinigte Staaten	9,6	9,5	8,1	7,6
Niederlande	6,4	6,6	6,9	7,1
Vereinigtes Königreich	7,7	7,4	7,4	6,8
Italien	7,0	6,8	6,9	6,7
Österreich	5,5	5,7	5,7	5,6
Belgien	4,9	4,6	4,8	4,5
Spanien	5,2	4,8	5,0	4,3
Volskrepublik China	3,0	3,4	3,4	3,7
Schweiz	3,5	3,6	3,5	3,6
Polen	2,6	2,8	3,2	3,3
Russische Föderation	1,9	2,3	2,6	2,9
Tschechische Republik	2,3	2,4	2,6	2,7
Ungarn	1,7	1,8	1,8	1,8
Japan	1,8	1,7	1,5	1,4
Gruppen				
Westeuropa	50,8	49,5	50,1	49,1
Osteuropa	8,5	9,3	10,2	10,7
Amerika	9,6	9,5	8,1	7,6
Asien	4,9	5,1	4,9	5,1
Auswahl insgesamt	73,8	73,4	73,3	72,5

a) Geordnet nach der Stärke im Jahr 2008 – b) Vorläufige Angaben

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 3: Ausfuhranteile Westdeutschlands nach Gruppen



Quellen: Statistisches Bundesamt, Darstellung und Berechnungen des ifo Instituts.

Tabelle 4: Bruttowertschöpfungsanteile nach Wirtschaftsbereichen 2006 (in %)

	Sachsen	Ostdeutschland	Westdeutschland
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0,9	1,1	0,8
Bergbau und Gew. v. St. u. Erd.	0,3	0,3	0,2
Verarbeitendes Gewerbe	19,8	16,8	24,3
Energie- und Wasserversorgung	3,5	3,3	2,2
Baugewerbe	5,8	4,9	3,6
Handel, Gastgewerbe	10,2	11,0	12,4
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	5,7	6,2	5,6
Unternehmensnahe Dienstleister	27,2	27,6	29,8
Private und öffentliche Dienstleister	26,6	28,8	21,1

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder.

eine schwächere Schrumpfung der ostdeutschen Ausfuhren vermuten. Diese Aussage wird durch die hohe Verflechtung westdeutscher Unternehmen mit französischen Handelspartnern bekräftigt. Importprognosen für 2010 vermuten ein leichtes Plus bei den osteuropäischen Handelspartnern, einhergehend mit einer besseren Entwicklung ostdeutscher Ausfuhren im Vergleich zu denen der westdeutschen Bundesländer [vgl. OECD (2009), Kapitel 2 und 3]. Was dies für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bedeutet, kann anhand der Anteile des verarbeitenden Gewerbes an der jeweiligen gesamten Bruttowertschöpfung beurteilt werden. Das ostdeutsche verarbeitende Gewerbe ist deutlich schwächer ausgeprägt als das der alten Bundesländer (vgl. Tab. 4).

Der vermutete stärkere Einbruch der Ausfuhren Westdeutschlands und das höhere Gewicht des verarbeitenden Gewerbes im gesamtwirtschaftlichen Kontext der alten Bundesländer lässt vermuten, dass die ostdeutsche Wirtschaft schwächer schrumpfen wird als die westdeutsche Wirtschaft [diese Ergebnisse zeigen sich auch bei KRENZ, S.; SCHIRWITZ, B.; VOGT, G. (2009), S. 12–21].

Literatur

ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN DER LÄNDER (2009): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraum-

regionen Deutschlands 1991 bis 2008. Reihe 1, Länderergebnisse Band 1, Berechnungsstand: August 2008/Februar 2009.

FUCHS, M. (2004): Perspektiven Ostdeutschlands im Zuge der EU-Erweiterung. In: Magazin Städte im Umbruch, Ausgabe 11/04; S. 52–57.

EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hrsg.) (2009): Economic Forecast.

KRENZ, S.; SCHIRWITZ, B.; VOGT, G. (2009): Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2009/2010: Anhaltende Rezession. In: ifo Dresden berichtet 4/2009; S. 12–21.

ORGANISATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT (Hrsg.) (2009): OECD Economic Outlook. Volume 2009/1, No. 85.

RAGNITZ, J.; SCHARFE, S.; SCHIRWITZ, B. (2009): Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Fortschritte im Osten Deutschlands 1989–2008. ifo Dresden Studie 51.

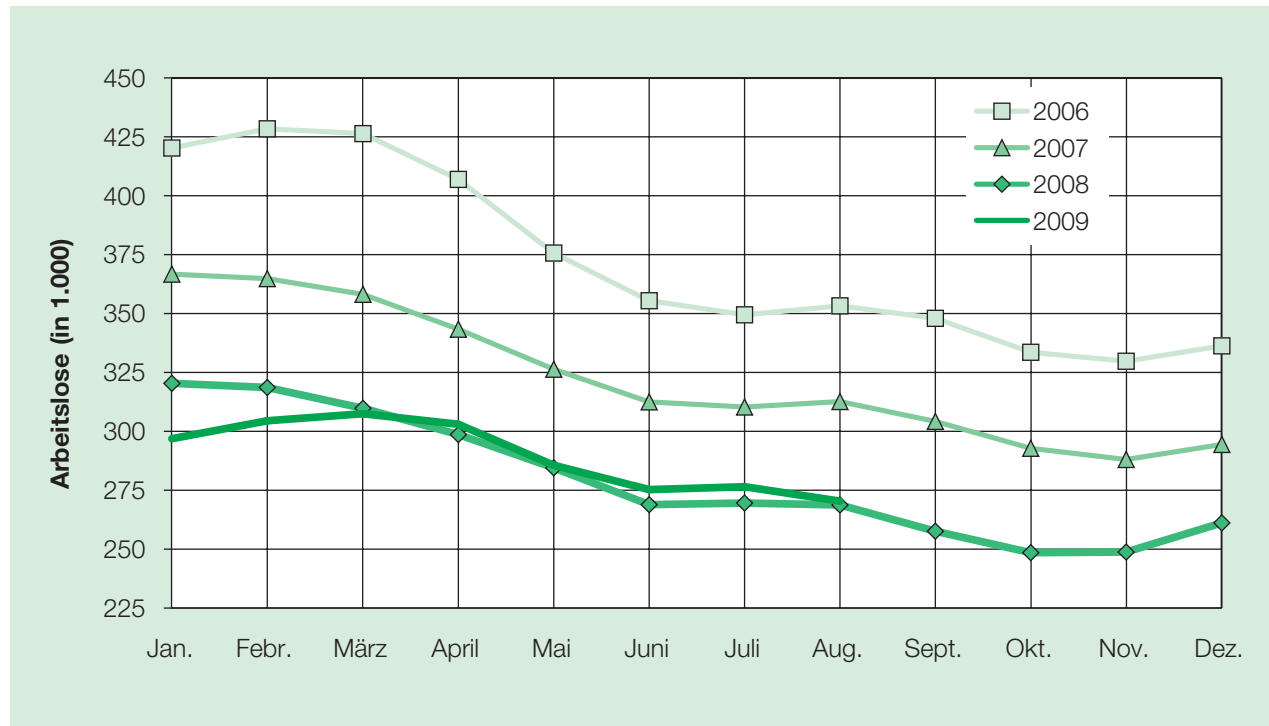
STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2009): Außenhandel – Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel. Fachserie 7 Reihe 1, erschienen am 12.03.2009.

STATISTISCHES BUNDESAMT (2009): Daten aus der Zeitreihe 51000–0032: Ein- und Ausfuhr (Außenhandel): Bundesländer, Jahre, Länder. Stand: 27.08.2009.

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

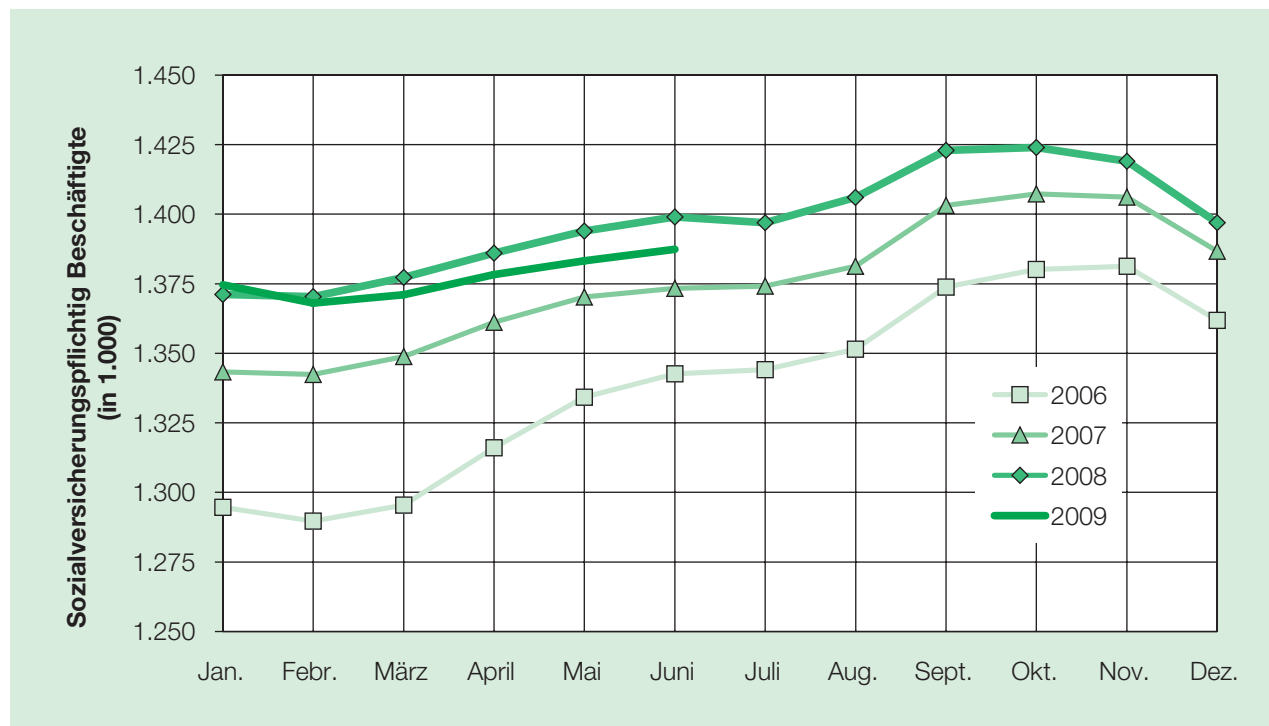
sk

Abbildung 1: Arbeitslose in Sachsen (2006 bis 2009)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen (2006 bis 2009)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 1: Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

Beschäftigung und Zweiter Arbeitsmarkt (in 1.000 Personen)									
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^a			offene Stellen ^b			Beschäftigungsbegleitende Leistungen ^c		
	Jun. 2009	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Jun. 2009	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Aug. 2009	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	738	737	737	7,0	6,9	7,6	17,5	17,4	18,9
Mecklenburg-Vorp.	521	518	520	5,3	5,2	5,5	13,0	12,7	13,7
Sachsen	1.387	1.383	1.398	10,9	11,0	14,9	32,8	32,2	36,1
Sachsen-Anhalt	742	741	743	6,9	6,9	8,1	19,9	19,4	20,2
Thüringen	723	722	736	7,2	7,4	9,4	17,0	16,5	18,0
D Ost (mit Berlin)	5.222	5.209	5.218	52,8	54,3	63,8	123,3	121,0	129,2
D West (ohne Berlin)	22.199	22.209	22.238	250,8	249,5	354,5	241,3	238,3	237,7
D gesamt	27.421	27.418	27.457	303,6	303,8	418,3	364,6	359,1	366,9

Arbeitslosigkeit									
	Arbeitslose (in 1.000 Personen)			Arbeitslosenquote ^d (in %)			Langzeitarbeitslose ^e (in % der Arbeitslosen)		
	Aug. 2009	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Aug. 2009	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Aug. 2009	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	162	171	162	12,1	12,1	12,7	32,5	33,2	38,6
Mecklenburg-Vorp.	112	116	111	12,8	12,7	13,3	24,5	25,3	31,0
Sachsen	270	269	277	12,6	12,9	12,4	32,4	32,2	39,5
Sachsen-Anhalt	164	170	169	13,3	13,7	13,6	32,7	32,5	40,9
Thüringen	132	129	137	11,1	11,5	10,7	29,0	28,5	37,1
D Ost (mit Berlin)	1.082	1.087	1.094	12,8	12,9	12,8	31,1	31,3	37,8
D West (ohne Berlin)	2.389	2.109	2368	7,1	7,0	6,3	27,8	28,1	35,5
D gesamt	3.471	3.196	3.462	8,3	8,2	7,6	28,8	29,1	36,3

a) Die Zahlen zur Beschäftigung werden mit zweimonatiger Verzögerung veröffentlicht. – b) Offene Stellen umfassen alle zu besetzenden sozialversicherungspflichtigen Vollzeitverhältnisse (gefördert und ungefördert). Als gemeldete Stellen gelten der Bundesagentur für Arbeit gemeldete und zur Vermittlung freigegebene Stellen mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als 7 Kalendertagen. – c) Ab dem Heft 5/2008 von „ifo Dresden berichtet“ werden aufgrund fehlender Datenaktualisierungen der amtlichen Statistik die Werte der „Beschäftigungsbegleitenden Leistungen“ ausgewiesen. Diese umfassen die „Förderung abhängiger Beschäftigung“ sowie die „Förderung der Selbständigkeit“. Die Werte sind nicht mit Angaben früherer Hefte zur „Direkten Förderung regulärer Beschäftigung“ vergleichbar. – d) In % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – e) Als Langzeitarbeitslose gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung 1 Jahr und länger bei den Arbeitsagenturen arbeitslos gemeldet waren. Angaben ohne zugelassene kommunale Träger (Optionskommunen), da für diese bisher keine vollständigen Daten zu Langzeitarbeitslosen vorliegen.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest

gv

Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft Sachsens

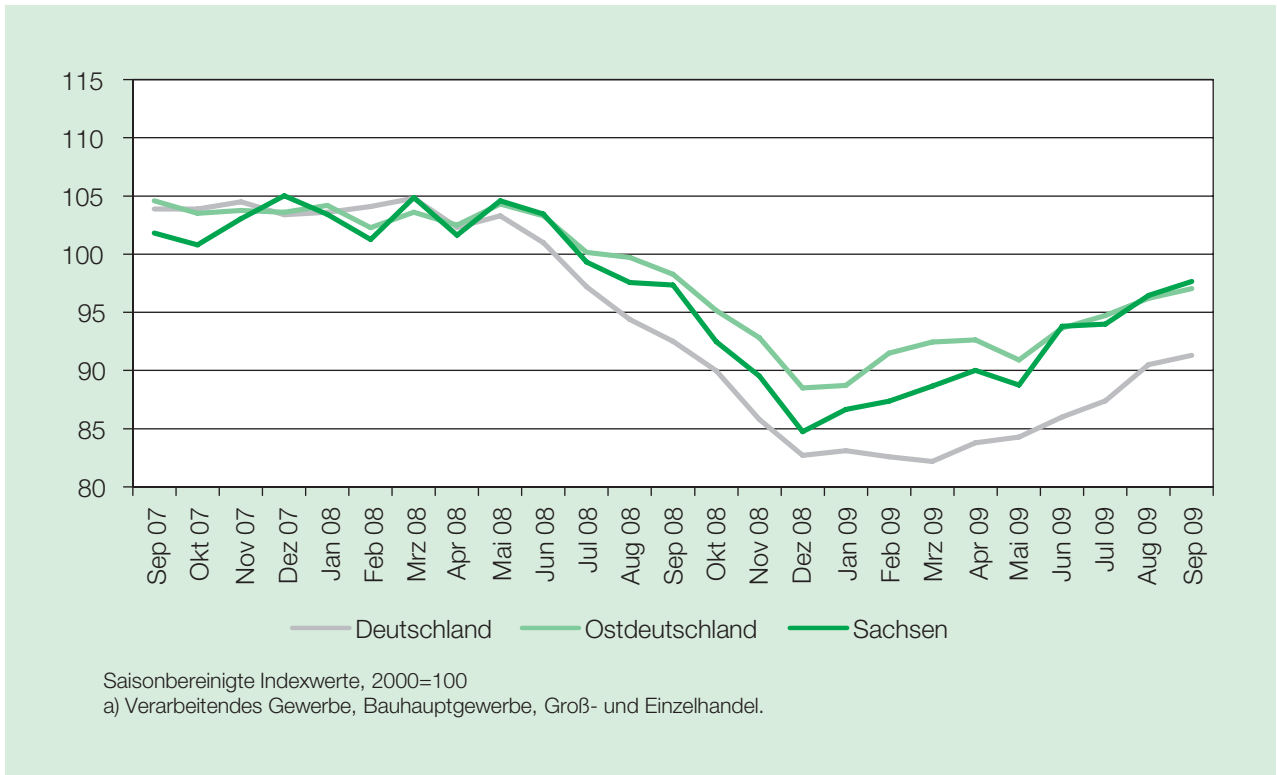
Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands ist im September erneut gestiegen (vgl. Abb. 1). Im Vergleich zum Vormonat haben die Unternehmen ihre Lage und ihre Geschäftsaussichten per saldo etwas weniger kritisch beurteilt. Auch in Sachsen und in den ostdeutschen Bundesländern insgesamt setzte sich die Aufhellung des Geschäftsklimas fort. Während die Lage von den sächsischen Unternehmen noch immer überwiegend mit „schlecht“ beurteilt wird, halten sich bezüglich der Perspektiven momentan die optimistischen und die pessimistischen Stimmen in etwa die Waage. Nach dem massiven Konjunkturreinbruch im Winterhalbjahr 2008/2009 kann dies als Zeichen dafür interpretiert werden, dass sich die Konstitution der Wirtschaft allmählich verbessert.

Schwerpunkt: Entwicklung im Handel Sachsens

In den letzten Monaten hat sich das Geschäftsklima im sächsischen Handel ebenfalls deutlich verbessert (vgl. Abb. 2). Im September bewerteten die befragten Groß- und Einzelhandelsunternehmen ihre Geschäftslage bei

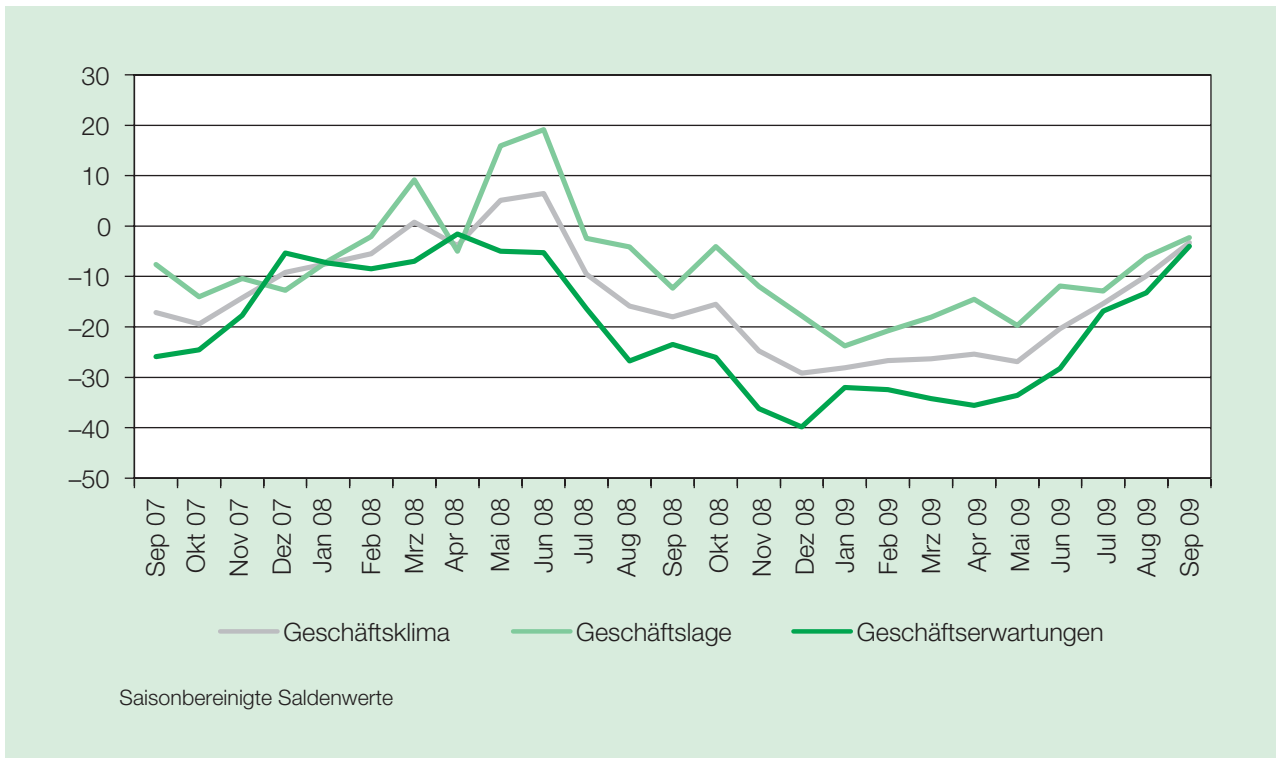
weitem nicht mehr so ungünstig wie noch zu Beginn des Jahres. So ist der Saldo der Prozentanteile von Unternehmen, die ihre Lage mit „gut“ beziehungsweise mit „schlecht“ bewerten, von -23,8 im Januar auf aktuell -2,3 Prozentpunkte gestiegen. Auch in Hinblick auf die Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate hat der Pessimismus insgesamt nachgelassen. Nach einzelnen Handelsabteilungen differenziert zeigen sich gleichwohl unterschiedliche Trends: Während die Einzelhandelsfirmen gegenwärtig für das nächste halbe Jahr überwiegend eine Lageverschlechterung erwarten, rechnen die Großhandelsfirmen mehrheitlich mit einer Verbesserung ihrer Wirtschaftslage. Entscheidend für den weiteren Verlauf der Handelskonjunktur wird vor allem die künftige Situation auf dem Arbeitsmarkt sein. Wenn es in den nächsten Monaten zu einem stärkeren Anstieg der Arbeitslosenzahl kommen sollte, dürften die Konsumausgaben der privaten Haushalte spürbar zurückgehen und in vielen Einzelhandelsgruppen zu einem Nachfragerückgang führen. Der Großhandel dürfte von einer solchen Nachfrageschwäche gleichwohl weniger stark betroffen sein, da hier die potenziellen Einbußen im Konsumgütergeschäft durch eine exportinduzierte Belebung im Produktionsverbundhandel kompensiert werden könnten.

**Abbildung 1: Geschäftsklimaindex
Gewerbliche Wirtschaft^a Deutschlands, Ostdeutschlands und Sachsens im Vergleich**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 2: Geschäftsklima im Handel Sachsens und seine Komponenten
die Geschäftslage- und Geschäftserwartungssalden**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Tabelle 1: Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest
Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen im Vergleich**

Region	Deutschland		Ostdeutschland		Sachsen	
	3Q2009	2Q2009	3Q2009	2Q2009	3Q2009	2Q2009
Verarbeitendes Gewerbe						
Auftragsbestand in Monaten ^a	2,3	2,3	3,0	2,9	3,0	2,7
Kapazitätsauslastung in Prozent ^a	71,8	71,3	73,0	73,2	73,3	73,8
Exportgeschäft Erwartungen ^b	-2,7	-19,3	0,7	-7,5	-0,3	-10,5
Beschäftigtenzahl Erwartungen ^b	-31,2	-34,9	-15,6	-24,4	-15,4	-21,2
Verkaufspreise Erwartungen ^b	-4,4	-10,2	-8,5	-9,1	-16,0	-16,8
Bauhauptgewerbe						
Auftragsbestand in Monaten ^a	2,4	2,4	2,1	2,2	2,1	2,0
Kapazitätsauslastung in Prozent ^a	68,5	68,8	71,8	73,6	74,2	75,5
Beschäftigtenzahl Erwartungen ^b	-15,5	-20,4	-15,0	-19,1	-16,9	-18,0
Baupreise Erwartungen ^b	-23,0	-23,0	-18,1	-15,8	-10,5	-13,1
Großhandel						
Umsatz gegen Vorjahr ^b	-29,0	-30,3	-34,7	-41,7	-36,7	-46,0
Bestellpläne ^b	-28,4	-35,9	-20,9	-31,4	-17,0	-42,9
Verkaufspreise Erwartungen ^b	3,0	0,7	13,2	10,7	27,4	22,0
Einzelhandel						
Umsatz gegen Vorjahr ^b	-1,3	-2,3	-19,0	-18,3	-16,3	-23,7
Bestellpläne ^b	-24,1	-27,3	-20,3	-26,9	-21,9	-29,9
Verkaufspreise Erwartungen ^b	-4,8	1,6	7,1	10,0	0,4	12,4
Die Angaben basieren auf saisonbereinigten Werten (Ausnahme: Umsatz gegen Vorjahr).						
a) Durchschnitte. – b) Salden der Prozentanteile von positiven und negativen Unternehmensmeldungen.						

Quelle: ifo Konjunkturtest.

ifo Veranstaltungen

Die nächste Veranstaltung im Rahmen der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** ist für den **11. November 2009** geplant. Gastredner wird Prof. Michael C. Burda, Ph.D., Leiter des Instituts für Wirtschaftstheorie an der Humboldt-Universität zu Berlin sein. Er arbeitet hauptsächlich auf den Gebieten Gesundheitsökonomie, Soziale Sicherung, Europäische Integration. Seinen Vortrag wird er zum Thema „Die ostdeutsche Wirtschaft im 21. Jahrhundert“ halten.

Die Vortragsreihe **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** will einen Beitrag zur öffentlichen Diskussion über aktuelle wirtschaftspolitische Themen leisten, indem sie ausgewiesenen Wirtschafts- und Finanzwissenschaftlern die Möglichkeit bietet, ihre neuesten Erkenntnisse einem breiten Publikum zu präsentieren. Die Vorträge sind öffentlich und finden in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden, in der **Einsteinstraße 3**, statt. Beginn des Vortrags ist jeweils um **18:30 Uhr**.

Am **19. und 20. November 2009** findet in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden der 4. Workshop „Makroökonomik und Konjunktur“ statt. Dieser Workshop wird

gemeinsam von der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg und dem Hamburgischen Welt-Wirtschaftsinstitut organisiert. Er soll ein Forum für den Austausch und die Diskussion von aktuellen Forschungsergebnissen aus dem Bereich der Makroökonomik bieten und gleichzeitig zur besseren Vernetzung der Konjunkturforschung beitragen.

Des Weiteren findet am **4. und 5. Dezember 2009** der „3. Workshop on Political Economy“ in der ifo Niederlassung Dresden statt. Der zweitägige Workshop soll der Information über neue Forschungsergebnisse aus dem Bereich der ökonomischen Theorie der Politik dienen. In dessen Mittelpunkt wird die Möglichkeit zur Diskussion aktueller politökonomischer Fragestellungen stehen, wodurch auch eine größere internationale Vernetzung auf diesem Gebiet angestrebt wird.

Weiterführende Informationen zu den Workshops finden Sie unter: http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoHome/a-rts/a2comp/50ifodr/_ifodrcomp_b_nd_events.

ifo Vorträge

Vom **13.–16. August 2009** nahm Marcel Thum, Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden, an der 65. Jahrestagung des International Institute of Public Finance in Kapstadt teil und hielt einen Vortrag zum Thema: „Ageing Municipalities, Gerontocracy and Fiscal Competition“.

Marcel Thum und Joachim Ragnitz, stellvertretender Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden, stellten am **20. August 2009** im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit Thesen des ifo Instituts zur mittelfristigen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik in Sachsen vor.

Am **21. August 2009** stellte Joachim Ragnitz in Berlin eine Studie des ifo Dresden im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zu den materiellen Wohlstandsgewinnen in Ostdeutschland vor. Am **27. August 2009** nahm er darüber hinaus an einer Podiumsdiskussion zu den wirtschaftlichen Perspektiven in den ostdeutschen Bundesländern 20 Jahre nach dem Mauerfall teil, die vom DIW Berlin veranstaltet wurde.

Vom **25.–29. August 2009** nahm Anna Montén, Doktorandin am ifo Institut, Niederlassung Dresden, am „49. European Congress of the Regional Science Association International“ in Lodz, Polen teil. Sie hielt dort einen Vortrag zum Thema: „Determinants of efficiency in the provision of child care services“.

Am **2. September 2009** hielt Marcel Thum anlässlich der Dresden Leibniz Graduate School (DLGS) Summer School Nr. 4 einen Vortrag zum Thema: „Demography and Bank Profitability“.

Beate Schirwitz, Doktorandin im Dresdner ifo Institut, referierte am **8. September** auf einem Workshop in Sarajevo zu den Themen „Arbeitsmarktinstitutionen in Europa“, „Arbeitsmarktpolitik in einem föderalen System“ sowie zu den „Herausforderungen des Arbeitsmarkts in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung“. Der Workshop

wurde vom Institut für europäische Politik im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie dem nationalen „Directorate for European Integration“ zur EU-Annäherung von Bosnien und Herzegowina als Trainingsmaßnahme für leitende Verwaltungsangestellte veranstaltet.

Im Rahmen der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, welche vom **8.–11. September 2009** in Magdeburg stattfand, hielt Marcel Thum einen Vortrag zum Thema: „Subprime Losses and Boardroom (In-)Competence: Private vs. Public Banks in Germany“. Joachim Ragnitz nahm anlässlich dieser Jahrestagung an einem Panel zum Thema „Aufbau Ost“ teil.

Joachim Ragnitz war am **16. September 2009** Teilnehmer eines Workshops der Staatskanzlei des Landes Brandenburg in Potsdam. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Diskussion über die Auswirkungen der demographischen Entwicklung in den strukturschwachen Regionen des Landes Brandenburg und die Möglichkeiten der Politik, hierauf adäquat zu reagieren.

Am **24. September 2009** besuchte eine internationale Delegation von Wahlbeobachtern den Freistaat Sachsen; Joachim Ragnitz beriet die Mitglieder der Delegation über die wirtschaftliche Lage in Ostdeutschland und deren vermutlichen Einfluss auf das Wahlverhalten der ostdeutschen Bevölkerung.

Am **30. September 2009** nahm Joachim Ragnitz an einer Diskussionsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Chemnitz teil, bei der die wirtschaftlichen Entwicklungen in Ostdeutschland seit dem Jahr 1989 analysiert wurden.

Am **20. Oktober 2009** hielt er, anlässlich einer Tagung in der Politischen Akademie in Tutzing, einen Vortrag zu den Entwicklungsmöglichkeiten der ostdeutschen Wirtschaft.

ifo Veröffentlichungen

Harald Hau und Marcel Thum: Subprime Losses and Boardroom – (In-)Competence: Private vs. Public Banks in Germany. In: *Economic Policy* 60, Oktober 2009. S. 701–752.

Joachim Ragnitz: Ostdeutschland heute: Viel erreicht, viel zu tun. In: *ifo Schnelldienst* 18/2009, S. 3–13.

Joachim Ragnitz: Ostdeutschland – Eine regional differenzierte Sicht. In: *Wirtschaftsdienst*, 89. Jahrgang, Heft 10, Oktober 2009.

Joachim Ragnitz: Demographische Entwicklung in Ostdeutschland: Tendenzen und Implikationen. In: *DIW Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, Heft 2/2009, S. 110–121.

Die Niederlassung Dresden des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung hat soeben eine weitere Ausgabe ihrer Publikationsreihe *ifo Dresden Studien* veröffentlicht. In der aktuell erschienenen Nummer 51 werden wesentliche Forschungsergebnisse aus einem kürzlich abgeschlossenen Projekt vorgestellt:

ifo Dresden Studie 51: Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Fortschritte im Osten Deutschlands 1989–2008

Joachim Ragnitz, Simone Scharfe, Beate Schirwitz, 70 Seiten, zahlreiche Abbildungen und Tabellen, München/Dresden 2009.

ISBN 978-3-88512-489-4, 15,- €, zzgl. Versandkosten.

Im Fokus der Studie stehen die in den zwanzig Jahren nach der Vereinigung in Ostdeutschland erzielten Fort-

schritte. Es erfolgt ein Vergleich zwischen der wirtschaftlichen Situation in Ostdeutschland im Jahr 2008 und der Ausgangslage in der DDR im Jahr 1989. Die typischerweise für ökonomische Vergleiche herangezogenen monetären Messgrößen können dabei auf Grund der unterschiedlichen Systeme, der Währungsreform 1990 und unterschiedlicher statistischer Erhebungsverfahren nur eingeschränkt angewendet werden. Vor diesem Hintergrund werden in der Studie hauptsächlich „realwirtschaftliche“ Größen herangezogen. Teilweise muss auch auf Daten für den Zeitpunkt unmittelbar nach der Vereinigung zurückgegriffen werden. Die Studie zeigt, dass sich die materiellen Lebensverhältnisse in Ostdeutschland gegenüber dem Jahr 1989 enorm verbessert haben. In einer Gesamtschau der positiven und negativen Aspekte wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungen seit 1989 dominieren diese eindeutig, sodass die deutsche Einheit trotz aller fortbestehenden Probleme als Erfolg gewertet werden muss. Die Ergebnisse verweisen zudem auf die hohe Bedeutung marktwirtschaftlicher Ordnungsprinzipien für das Gelingen des „Aufbau Ost“. Darüber hinaus wird der Beitrag der Politik, die den Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklungen vorgibt, für die wirtschaftlichen Fortschritte in den neuen Ländern, thematisiert.

Diese Publikation kann in der ifo Niederlassung Dresden bei Anja Ziesche bestellt werden (Tel. 0351/26476-12, Fax 0351/26476-20 oder per Email ziesche@ifo.de).